

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1972**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

**DEZEMBER**



## INHALT

---

### Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

275 Durch Hochrechnen der Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Ergebnissen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik ist es möglich, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Jahreszahlen über die wirtschaftliche Entwicklung 1972 zu veröffentlichen.

---

### Unterhaltsquellen 1970

286 Die Gliederung der Bevölkerung nach den überwiegenden Quellen des Lebensunterhalts, wobei die „Ernährten“ jeweils den Ernährern zugeordnet werden, zeigt eine besorgniserregende Zunahme des Teils der Bevölkerung, der überwiegend von Renten und dergleichen lebt.

---

### Krankenhäuser 1971

294 Einer optimalen Krankenhausversorgung der Bevölkerung wird heute besondere Bedeutung zugemessen. Insofern dürfte der derzeitige Stand des rheinland-pfälzischen Krankenhauswesens weithin von Interesse sein.

---

### Sozialhilfeempfänger 1971

299 Jeder 49. Rheinland-Pfälzer erhielt im Jahre 1971 Sozialhilfe, die für 39 000 hilfsbedürftige Menschen Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts und für etwa 50 000 Hilfe in einer besonderen Lebenslage bedeutete.

---

### Anhang

- 89\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
  - 95\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



### **22% leben von Rente**

Nach der Bestandsaufnahme am Tage der Volks- und Berufszählung 1970 lebten in Rheinland-Pfalz 2 832 574 Personen, das sind 77,7% der Wohnbevölkerung, überwiegend aus Erwerbseinkünften, entweder aus eigener Erwerbstätigkeit oder aus der Erwerbstätigkeit eines Angehörigen. Dagegen führten 22,3% der Wohnbevölkerung, also 812 863 Personen (Ernährer und Ernährte) Renten, Vermögen u. dgl. als überwiegende Unterhaltsquelle an. Ein Rückblick auf die Volkszählung 1961 zeigt eine überraschende Verschiebung in dem zahlenmäßigen Verhältnis dieser beiden Bevölkerungsgruppen. In dem Zeitraum der letzten neun Jahre hat die Zahl der Personen, deren überwiegende Unterhaltsquelle aus Erwerbstätigkeit fließt, nur um 2,9% zugenommen, während der Bevölkerungsteil, für den Renten u. dgl. die Hauptunterhaltsquelle bilden, um 22,5% gestiegen ist. Die entsprechenden Anteilssätze sind damit von 80,6 auf 77,7% gefallen bzw. von 19,4 auf 22,3% gestiegen.

Die Ursachen für diese Wandlung sind zum einen in einer recht ungünstigen Veränderung der Altersstruktur und zum anderen in einer Verminderung der Erwerbsquote zu sehen. Diese Entwicklung hat erhebliche wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen, von denen die wichtigste die ist, daß ein wachsender Teil der Erwerbseinkommen für Rentenzahlungen abgezweigt werden muß. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 286.

### **4362 Ehescheidungen**

Mit 4 362 Ehescheidungen im Jahre 1971 hat sich die seit dem Jahre 1967 in Rheinland-Pfalz zu beobachtende kontinuierliche Zunahme der Ehescheidungen fortgesetzt. Die auf 10 000 Einwohner errechnete, gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt gestiegene Scheidungsziffer 11,9 dürfte jedoch noch erheblich unter dem für das vorgenannte Jahr erwarteten Bundesdurchschnitt (um 13) liegen.

Der Anteil der Geschiedenen mit einer geringen Ehedauer war 1971 besonders hoch. Bei fast der Hälfte dieser Personen bestand die Ehe noch keine fünf Jahre. Die Gefährdung der Ehen in den ersten Ehejahren geht auch daraus hervor, daß die Zahl der Scheidungen, die bei den Ehepaaren mit einer zweijährigen Ehedauer am höchsten liegt, mit zunehmender Ehedauer abnimmt.

Während sich die geschiedenen Männer in mehr als der Hälfte aller Fälle im Alter von 25 bis unter 40 Jahren befanden, lag das Alter der Frau bei nahezu zwei Drittel aller Scheidungen zwischen 20 und 35 Jahren.

Von der Scheidung ihrer Eltern wurden insgesamt 5 456 Kinder betroffen. Die größte Zahl der Geschiedenen hatte ein Kind (1 461), 872 Eltern hatten zwei, 352 drei, 144 vier und mehr Kinder. 1 433 Ehen waren kinderlos.

Die Klageerhebung ging zumeist (69,3 %) von der Frau aus. Der Mann erhob in 705 Fällen (23,3 %) Widerklage.

2 281mal wurde dem Mann, 763mal der Frau und 1 071mal beiden Partnern die Schuld zugesprochen. In 247 Fällen erfolgte die Scheidung ohne Schuldspruch. Etwa 91 % betrug der Anteil der wegen „anderer Eheverfehlungen“ (§ 43 EG) geschiedenen Ehen. zi

### **Sinkende Lehrer-Wochenstunden und verbesserte Frequenzen**

Mit 423 704 Schülern hat sich die Anzahl der Schüler an den Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) 1972, wie vorläufige Ergebnisse zeigen, gegenüber 1971 um 1,8% vermindert. Die Anteile der Geschlechter (weiblich rund 49%) blieben unverändert. Der Unterricht wurde 1972 von 15 285 (+ 5%) haupt- und 2 841 (— 25%) nicht-hauptberuflichen Lehrern durchgeführt.

Die Klassenfrequenz (Schüler je Klasse) verbesserte sich in 1972 auf 32,7 (1971: 33,7), gleiches gilt für die Lehrerfrequenz (Schüler je hauptberuflichen Lehrer) mit 27,7 (29,6). Ferner wurden je hauptberuflichen Lehrer durchschnittlich 22,1 (25,1) Wochenstunden geleistet, die unter Berücksichtigung des Unterrichts der nicht-hauptberuflichen Lehrer um 1,3 (1,4) Wochenstunden höher anzusetzen sind. se

### **118 Krankenhausbetten für 10 000 Einwohner**

Für die stationäre Versorgung der Bevölkerung wurden Ende 1971 in den 230 Krankenhäusern des Landes 43 300 planmäßige Betten vorgehalten. Damit waren im Landesdurchschnitt für je 10 000 Einwohner 117,6 Betten verfügbar. Im Bereich der Akut-Krankenhäuser — in diese werden Kranke aufgenommen, deren Gesundheitszustand einer sofortigen, zumindest nicht länger aufschiebbaren Behandlung bedarf — belief sich die Planbettenzahl auf 28 200, was einer Bettenziffer von 76,6 entspricht. Damit wurde die bisher höchste Aufnahmekapazität erreicht. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 294.

### **Zwei Drittel der Strafgefangenen unter 35 Jahre alt**

Die in Rheinland-Pfalz bestehenden acht Justizvollzugsanstalten in Diez, Koblenz, Mainz, Trier mit Zweiganstalt Saarburg, Wittlich, Frankenthal/Pfalz mit Zweiganstalt Ludwigshafen, Kaiserslautern und Zweibrücken verfügten am Ende des Jahres 1971 über eine Belegfähigkeit von insgesamt 3 103 Plätzen. Hinsichtlich ihrer Aufnahmekapazität rangierten die in Wittlich und Diez befindlichen Anstalten an erster und zweiter Stelle; sie ermöglichten die Unterbringung von 737 bzw. 528 Gefangenen. Die im Laufe des Jahres registrierten Zu- und Abgänge hielten sich sowohl insgesamt als auch innerhalb der Strafarten fast die Waage. 17 224 Zugängen standen 17 159 Abgänge gegenüber. Der Anteil der Frauen war gering und lag bei rund 3 %.

Jeweils zum 31. März werden die Ingesessenen nach ihren persönlichen und kriminologischen Merkmalen erfaßt. Nach diesen Feststellungen waren in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 1 841 Strafgefangene untergebracht, darunter befanden sich 12 Frauen. Eine Freiheitsstrafe verbüßten 1 577 Gefangene. Fast zwei Drittel der Erfassten hatten ein Alter zwischen 21 bis unter 35 Jahren. Jugendstrafen wurde an 264 im Altersbereich zwischen 14 bis 24 Jahren befindlichen Delinquenten vollzogen. Hier lagen die 18 bis unter 21 Jahre alten Jugendlichen mit 64 % weit an der Spitze. Mehr als die Hälfte der Strafgefangenen war noch ledig, knapp ein Viertel verheiratet und fast ein Fünftel geschieden.



Der Anteil der Vorbestraften betrug 82 %. Gut die Hälfte dieser Personen hatte mehr als fünf Vorstrafen.

In der Gliederung nach den begangenen Delikten verbüßten 49,5 % der am Stichtag Inhaftierten eine Freiheits- oder Jugendstrafe wegen Diebstahls oder Unterschlagung. Es folgten die wegen Raub und Erpressung (9,5 %), die wegen Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit (8,1 %) und die wegen Verbrechen und Vergehen wider das Leben Verurteilten (6,5 %). In der letztgenannten Gruppe befanden sich 90 Inhaftierte, denen ein vollendeter oder versuchter Mord nachzuweisen war. Eines Vergehens oder einer Übertretung im Straßenverkehr hatten sich 6 % der Eingesessenen schuldig gemacht. zi

#### **Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung**

Die wirtschaftliche Entwicklung im zu Ende gehenden Jahr war gekennzeichnet durch ein zögerndes Durchsetzen konjunktureller Auftriebstendenzen. Das Sozialprodukt als umfassendster Maßstab für die wirtschaftliche Leistung eines Landes ist nominal um rund 11% gewachsen. Infolge der erneut überdurchschnittlichen Preissteigerungen ist die reale Zuwachsrate mit + 4,5% allerdings wieder erheblich niedriger ausgefallen.

Die Industrie, als wichtigster Träger der wirtschaftlichen Aktivität, konnte ihre Produktion 1972 um rund 10% vergrößern, obwohl das Beschäftigungsniveau sogar geringfügig zurückgegangen ist. Auch die übrigen Wirtschaftszweige hatten zum Teil erhebliche Produktionsausweitungen bei nur geringem Beschäftigungsanstieg. Beachtlich ist trotz der in den letzten Jahren erfolgten währungspolitischen Maßnahmen der Export angewachsen (+ 16%), während die Einfuhr erheblich weniger zugenommen hat (+ 9%). ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 275.

#### **6 Mill. Hektoliter Wein in den Kellern**

In den rheinland-pfälzischen Weinkellern lagerten am 31. August dieses Jahres 6,00 Mill. hl Wein. Die Bestände waren somit um 660 000 hl oder 9,9% niedriger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Abnahme dürfte vorwiegend auf die nur durchschnittliche Höhe der Weinmosternte 1971 zurückzuführen sein.

Der weitaus größte Teil der Bestände waren Trinkweine, die mit 5,74 Mill. hl um 747 000 hl unter denen des Vorjahres lagen, während die Verarbeitungsweine um knapp die Hälfte auf 261 000 hl anstiegen. Die Vorräte an inländischen Trinkweinen verringerten sich um 914 000 hl (— 15%) auf 5,24 Mill. hl; bei den Trinkweinen ausländischer Herkunft konnte eine Zunahme um 49% auf 506 000 hl beobachtet werden. Die aus EWG-Ländern importierten Trinkweine verzeichneten eine Bestandserhöhung um mehr als zwei Drittel, diejenigen aus anderen Ländern nahmen nur geringfügig zu.

Unter den Trinkweinen inländischer Herkunft dominierte der Weißwein mit 4,43 Mill. hl gefolgt von Schaumwein (413 000 hl), Rotwein (338 000 hl) und Perlwein (52 000 hl). Bestandserhöhungen ergaben sich infolge der Rekordmenge des 1970ers bei den Jahrgängen 70 und früher für Weißwein (+ 67%) und Rotwein (+ 49%), während für die Weinarten des Jahrgangs 1971 Reduzierungen um rund ein Drittel festgestellt wurden. wr

#### **Weinmosternte etwa ein Viertel höher als 1971**

Nach den vorläufigen Schätzungen der Ernteberichterstatistiker und den bisher vorliegenden Ergebnissen der Ergänzenden Erntermittlung wird sich die diesjährige Weinmosternte in Rheinland-Pfalz auf etwa 5,6 Mill. hl belaufen. Sie übertrifft somit die Gesamtmenge des Vorjahres um etwa ein Viertel und bleibt auch über dem Ergebnis im Sechsjahresdurchschnitt 1966/71.

Bei der Qualitätsbeurteilung des Mostes entstanden infolge der späten Reifeentwicklung zusätzliche Schwierigkeiten. Nach ersten vorläufigen Feststellungen fiel das durchschnittliche Mostgewicht mit 60 Grad Öchsle erheblich schlechter aus als im Vorjahr (82 °). Es ergaben sich deutliche Parallelen zu den Jahrgängen 1965 und 1968. Rund drei Viertel des geernteten Mostes dürfte Qualitätswein und knapp 10% Prädikatswein erbringen. Der Rest entfällt auf Tafelwein. wr

#### **Milchaufkommen fast auf Vorjahreshöhe**

In den zurückliegenden drei Quartalen des Jahres 1972 wurden in Rheinland-Pfalz 741 000 t Milch erzeugt, womit die Produktion trotz der Reduzierung des Kuhbestandes nur noch um rund 3 800 t oder 0,5 % unter der des Vorjahres liegt. Die Annäherung an das vorjährige Produktionsaufkommen erklärt sich aus der wachsenden Milchleistung der Kühe.

Der an die Molkereien gelieferte Anteil an der Gesamtproduktion hat sich gegenüber 1971 absolut und relativ erhöht. Bis Ende September wurden auf diesem Wege rund 616 300 t abgesetzt. Das waren 10 600 t (1,8%) mehr als 1971. Zugunsten der erhöhten Marktleistung schränkten die Erzeuger ihren Milchverbrauch in Betrieb und Haushalt sichtbar ein. So gelangten im Berichtszeitraum fast 2 800 t (— 4,7%) weniger zur Verfütterung als in der gleichen Zeitspanne 1971. Der Frischverbrauch sowie die für die Verarbeitung zu Butter und Käse benötigten Mengen wurden um 13 % auf 43 500 t reduziert und die für sonstige Verwendungszwecke benötigte Menge ging auf 24 300 t zurück (— 17,7%). po

#### **Schlachtungen weiter rückläufig**

In den Monaten Januar bis September 1972 wurden in Rheinland-Pfalz rund 146 500 Rinder, 11 600 Kälber, 865 000 Schweine, 4 700 Schafe, 629 Pferde und 77 Ziegen geschlachtet.

Von den Rinderschlachtungen entfiel wie bisher der überwiegende Teil auf Bullen (80 800) und Ochsen (1 000), während die Zahl der weiblichen Schlachtrinder rund 64 700, davon 39 400 Kühe und 25 300 Färsen, betrug.

Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum waren mit Ausnahme der Schafe bei allen Tierarten zum Teil recht erhebliche Rückgänge zu verzeichnen. Bei den Rindern verringerte sich die Zahl der Schlachtungen um rund 25 600 (— 14,9%), bei den Kälbern um 5 500 (— 32,3 %) und bei den Schweinen um 36 400 (— 4,0 %).

Die aus den Schlachtungen gewonnene Fleischmenge belief sich auf insgesamt 14 300 t. Sie war um fast 9 000 t oder 7,3 % geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im wesentlichen setzte sie sich aus 41 600 t Rind-, 960 t Kalb- und 71 400 t Schweinefleisch zusammen. po



### Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Wie in den beiden vorherigen Jahren werden im Interesse einer möglichst aktuellen Berichterstattung bereits zum jetzigen Zeitpunkt erste Ergebnisse für das zu Ende gehende Jahr veröffentlicht. Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Statistiken der Monate Januar bis Oktober bzw. September, die auf das volle Jahresergebnis hochgerechnet wurden und somit von dem späteren Gesamtergebnis leicht abweichen können. Im allgemeinen wurde bei der Hochrechnung davon ausgegangen, daß sich die zur Jahresmitte abzeichnende Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstums auch zum Jahresende hin fortgesetzt hat. Stichtagsergebnisse sind auf den entsprechenden Vorjahres-Stichtag bezogen. Bei Bundesergebnissen, die durchweg dem „Statistischen Wochendienst“ entnommen sind, wurde auf eine Hochrechnung verzichtet.

**Gesamtwirtschaft: Nominal + 11%, real + 4,5%**

Die wirtschaftliche Entwicklung im zu Ende gehenden Jahr war gekennzeichnet durch ein zögerndes Durchsetzen der konjunkturellen Auftriebstendenzen. Nach den bis jetzt vorliegenden Indikatoren konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahre 1972 mit der erneut sehr hohen *nominalen* Zuwachsrate des Sozialprodukts von rund 11% das wirtschaftliche Wachstum des Vorjahres (+ 12,7%) nicht ganz wiederholen. Die Entwicklung im Bundesgebiet wurde damit jedoch wie bereits in den Vorjahren erneut übertroffen. Im Bundesgebiet ist nach dem Jahresgutachten 1972 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einem nominalen Anstieg des Bruttosozialprodukts von 9,5% zu rechnen.

Auch in diesem Jahre war das nominale Wachstum in überdurchschnittlichem Maße von Preissteigerung getragen, so daß die *realen* Zuwachsraten wesentlich geringer ausfallen. Zwar ist für das Land eine Berechnung des Sozialprodukts in konstanten Preisen zum jetzigen Zeitpunkt nur mit Einschränkungen möglich, doch treten erfahrungsgemäß in der Preisentwicklung zwischen den Bundesländern keine allzu großen Differenzen auf, so daß von der Bundesentwicklung auch auf die Regionaldaten geschlossen werden kann. Für das Bundesgebiet hat der Sachverständigenrat einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisindex

von rund 6,5% errechnet, so daß sich für den realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1962) ein Wert von + 3% ergibt. Für Rheinland-Pfalz resultiert hieraus ein reales wirtschaftliches Wachstum von rund 4,5%, das nur geringfügig unter demjenigen im Jahr vorher (+ 4,9%) liegt.

#### Konjunkturverlauf: Aufwärtstrend ab Jahresmitte

Anhand der aus Bereichsstatistiken vorliegenden Indikatoren für den zeitlichen Konjunkturablauf ist zu ersehen, daß der Tiefpunkt der konjunkturellen Rezession — unter Rezession können seit längerer Zeit nur nachlassende Wachstumsraten verstanden werden — auf das Jahresende 1971 zu datieren ist. Danach zeigen sowohl der für Rheinland-Pfalz errechnete Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose wie auch insbesondere der Men-

Sozialprodukt

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland-Pfalz				
Bruttoinlandsprodukt				
in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	48,0	12,7	11
in Preisen von 1962	"	33,1	4,9	4 1/2
Bundesgebiet				
Bruttosozialprodukt				
in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	830,8	10,7	9 1/2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	"	561,6	2,7	3

genindikator innerhalb dieser Berechnung<sup>1)</sup> in den ersten vier Monaten des Jahres 1972 einen nicht unbeachtlichen Anstieg, der jedoch zur Jahresmitte hin erneut von einem Nachlassen der Zuwachsraten unterbrochen wird. Erst zur Jahresmitte haben sich, nach den bis jetzt vorliegenden Informationen, die konjunkturellen Auftriebskräfte durchgesetzt. Der Kosten- und Preisindikator zeigt gleichzeitig einen ziemlich ausgeglichenen Verlauf auf sehr hohem Niveau. In den Monaten um die Jahresmitte 1972 hat er leicht fallende Tendenz angenommen. Das gleiche Bild bietet die Entwicklung des Indexes der industriellen Produktion, die in den ersten vier Monaten des Jahres im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt

<sup>1)</sup> Näheres zum Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose enthält ein entsprechender Beitrag in den Statistischen Monatsheften, Jahrgang 25, Heft 8 August 1972.



einen Anstieg ausweist, danach jedoch wieder leicht zurückgeht und erst von der Jahresmitte ab auf einen einheitlichen Aufwärtstrend zu deuten scheint. Seit Juli bewegen sich die Einzelwerte der Monate oberhalb der 10%-Grenze, lediglich die Veränderung im Oktober ist geringer ausgefallen.

#### Arbeitsmarkt: Verhaltene Aufwärtstendenz

Die Unterlagen des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz/Saar über den Arbeitsmarkt von Rheinland-Pfalz spiegeln die gleichen Tendenzen in der konjunkturellen Entwicklung während der einzelnen Monate wider wie der Gesamtindikator. Durch die außerordentlich günstigen Witterungsbedingungen im *Frühjahr* wurde — insbesondere in den Außenberufen — die saisonübliche Winterarbeitslosigkeit sehr früh abgebaut und bereits im April ließ sich eine zwar nicht besonders auffällige, jedoch eindeutig konjunkturell bedingte kontinuierliche Aufwärtsentwicklung beobachten. Dieser positive Trend setzte sich in den darauf folgenden Monaten nur zögernd fort. Zur Jahresmitte sank die Arbeitslosenquote — das ist die Zahl der Arbeitslosen gemessen an der Zahl der abhängig Erwerbstätigen — auf 0,8%. Die Zahl der Arbeitslosen ging zwar auf rund 8 900 zurück, doch wurde damit der Vorjahresstand noch um fast ein Drittel übertroffen. Ende Juni 1971 hat sich die Arbeitslosenquote auf 0,6% gestellt. Im Juli kam die Aufwärtsentwicklung sogar zum Stillstand, da die Zahl der Firmen mit geschlossenen Betriebs-

Vorjahren im September stets ein Rückgang zu verzeichnen war. Gleichzeitig nahm die Zahl der Arbeitslosen auf rund 8 500 ab, was gegenüber Ende September 1971 allerdings noch ein Mehr von etwa 18% bedeutet. Infolgedessen blieb die Arbeitslosenquote, die vor einem Jahr 0,6% betragen hatte, mit 0,7% im August und September 1972 etwas über dem Vorjahresniveau.

Während bei den Arbeitslosen *Männer und Frauen* etwa gleich stark vertreten sind, dominieren bei den offenen Stellen in sehr starkem Maße diejenigen für Männer. Von den beim Landesarbeitsamt als Arbeitssuchende registrierten rund 17 300 Personen sind weit über die Hälfte Frauen (57%). Somit kommen auf einen Arbeitslosen 3,5 offene Stellen, auf einen Arbeitssuchenden 1,7. Wegen der höheren Zahl freier Arbeitsplätze für Männer zeigen diese Relationen deutliche Unterschiede für Männer und Frauen. Einem männlichen Arbeitslosen stehen im Durchschnitt 4,3 Stellenangebote zur Auswahl, einer arbeitslosen Frau dagegen nur 2,7. Für Arbeitssuchende ergeben sich 2,5 freie Plätze für Männer und nur 1,1 für Frauen.

Besonders angespannt unter den *Berufsgruppen* war die Arbeitslage im zu Ende gehenden Jahr bei den Bau-, Raumausstatter- und Polsterern sowie den Tischlern und Modellbauern, wo auf einen Arbeitslosen im Durchschnitt jeweils mehr als 20 offene Stellen kommen. Ebenfalls sehr hoher Arbeitskräftebedarf besteht bei Elektrikern (18,5 offene Stellen je Arbeitslosen), bei den Bauberufen (12,7), die vom Volumen her mit nahezu 3 400 offenen Stellen im September 1972 das höchste Arbeitsangebot verzeichneten, bei Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Mathematikern (12,3) sowie bei Schlossern, Mechanikern und zugeordneten Berufen (10,4). Die Nachfrage nach Hilfsarbeitern (insgesamt 410 bzw. 0,6 offene Stellen je Arbeitslosen) war im Vergleich zu den Vorjahren sehr gering.

Die Arbeitslage der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wäre wesentlich schwieriger, wenn nicht durch Einstellung *ausländischer Arbeiter* viele Arbeitsplätze ausgefüllt würden. Insgesamt waren Ende September 1972 in den Betrieben des Landes 78 600 nichtdeutsche Arbeitnehmer tätig, darunter gut ein Viertel Frauen. Die hierzulande amtlich registrierten Gastarbeiter kommen zum überwiegenden Teil aus der Türkei (22,5%), aus Italien (20,4%), Jugoslawien (17,7%), Spanien (7,7%) und Griechenland (7,1%). Damit ist zur Zeit ungefähr jeder 15. abhängige Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz Ausländer. Ohne Gastarbeiter würde sich die Zahl der derzeit offenen Stellen nahezu vervierfachen.

#### Landwirtschaft: Erneut Betriebsaufgaben

Bereits seit Jahren ist in der Land- und Forstwirtschaft ein Rückgang der *Betriebszahl* zu beobachten. Diese Tendenz hat sich im vergangenen Jahr — wenn auch etwas abgeschwächt — fortgesetzt. Während zwischen 1970 und 1971 rund

Arbeitsmarkt Ende September

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Arbeitslose	Anzahl	8 508	39,9	18,3
Männer	"	4 434	43,6	24,9
Frauen	"	4 074	36,5	11,8
Offene Stellen	"	30 134	- 16,5	6,8
für Männer	"	19 060	- 15,2	2,4
für Frauen	"	11 074	- 19,0	15,4
Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer	"	78 617	17,5	7,9
Türken	"	17 724	41,6	16,6
Italiener	"	16 054	7,9	7,3

ferien im Vergleich zum Vorjahr weiter zugenommen hat.

Im August und September haben sich auf dem Arbeitsmarkt von Rheinland-Pfalz die konjunkturellen Auftriebstendenzen weiter fortgesetzt. Nach den Unterlagen des Landesarbeitsamtes begann sich in dieser Zeit die allgemein optimistischere Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung auf die Einstellungsbereitschaft von Personal auszuwirken. Zwar verlief die Belegung ruhiger als beim letzten Konjunkturaufschwung, doch ist zu berücksichtigen, daß der Wiederanstieg anders als 1967 von einem hochgebliebenen Beschäftigungsniveau ausgegangen ist. Der positive Trend ist auch daraus ersichtlich, daß sich Ende September diesen Jahres der Bestand an offenen Stellen auf über 30 000 erhöht hat, während in den



8 000 Landwirte oder 7% ihren Betrieb einstellten, waren es vom Frühjahr 1971 bis Frühjahr 1972 weitere 3 000. Damit hat sich die Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gegenüber 1950, als über 210 000 existierten, mehr als halbiert. Im Frühjahr 1972 wurden nur mehr rund 103 000 registriert. Bei zunehmend größeren Betriebseinheiten hat hauptsächlich die Zahl der Kleinbetriebe abgenommen, aber in verstärktem Maße auch die Zahl der als mittlere Familienbetriebe anzusprechenden mit 15 bis 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Ebenso wie die Zahl der Betriebe nimmt langfristig auch die *landwirtschaftlich genutzte Fläche* ab; im zu Ende gehenden Jahr um weitere 10 000 ha oder 1%. Der Rückgang betraf in erster Linie das Ackerland — hier konnten Einbußen beim Anbau von Hackfrüchten und Futterpflanzen durch vermehrten Getreideanbau (überwiegend Futter- und Industriegetreide) nicht kompensiert werden — und das Dauergrünland. Zugenommen hat 1972 in beachtlichem Ausmaße wieder das Rebland (+ 1 500 ha). Zugenommen haben allerdings auch die Brachflächen, und zwar um über 7 000 ha (+ 14,5%), was in erster Linie auf die Aufgabe von Kleinbetrieben mit Landwirtschaft als Nebenerwerb zurückzuführen sein dürfte, und darauf, daß vermehrt stark parzellierte Flächen geringer Bodengüte nicht mehr bewirtschaftet werden.

Trotz der nicht immer besonders günstigen Witterungsverhältnisse — zu kühles Wetter im Mai und häufige Regenfälle zur Erntezeit im August — ist die diesjährige *Ernte* im großen und ganzen als gut zu betrachten. Die Getreideernte belief sich bei einem Hektarertrag von 37,6 dz auf 1,40 Mill. t und lag damit bei einer um knapp 1% ausgeweiteten Anbaufläche um fast 3% über der Erntemenge des Vorjahres. Die bisher höchste Flächenleistung aus dem Jahre 1967 wurde somit noch um 0,6 dz übertroffen. Die Kartoffelernte beziffert sich 1972 auf insgesamt 1,20 Mill. t und überstieg damit trotz einer beachtlichen Flächenreduzierung diejenige des Vorjahres um rund 19 000 t oder 1,5%. Die Qualität von Getreide und Kartoffeln kann allgemein als gut bezeichnet werden. Auch Gemüse erbrachte meist höhere Hektarerträge als 1971, bei Obst dagegen fielen sie ausnahmslos niedriger aus.

Eine überdurchschnittlich große Ernte konnten die Winzer einbringen. Mit etwa 5,6 Mill. hl hat die *Mostmenge* zwar die bisher größte Menge aus dem Jahre 1970 (7,2 Mill. hl) nicht erreicht, diejenige des Vorjahres aber um nicht weniger als ein Viertel übertroffen. Allerdings fiel das durchschnittliche Mostgewicht mit 60 Grad Öchsle erheblich schlechter aus als im Vorjahr (82°). Dennoch dürften etwa drei Viertel des geernteten Mostes Qualitätswein und knapp 10% Prädikatswein erbringen.

In der landwirtschaftlichen *Viehhaltung* dauert die seit langem beobachtete Konzentrationsbewegung an. Im Juni 1972 war die Zahl der Rind-

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha LF	Anzahl	103 200	- 6,7	- 3
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	899 800	- 0,2	- 1
Ackerland	"	532 700	- 0,3	- 1
Bestocktes Rebland	"	60 100	2,2	2 1/2
Ernte				
Getreide	1 000 t	1 400	19,1	3
Weizen	"	500	22,8	- 4
Zuckerrüben	"	1 100	3,8	6 1/2
Kartoffeln	"	1 200	- 7,7	1 1/2
Weinmost	1 000 hl	5 600	- 38,3	24 1/2
Viehbestand				
Rindvieh	1 000	700	- 4,2	- 5
Schweine	"	700	3,5	- 9 1/2
Schlachtungen				
Rindvieh	"	200	- 3,0	- 15
Schweine	"	1 200	3,1	- 3
Monatliche Milchleistung je Kuh	kg	310	3,7	3
Milcherzeugung	1 000 t	950	- 4,5	0
Anteil der Marktproduktion	%	830	1,6	2 1/2
Eiererzeugung	Mill. St.	980	- 1,5	1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Pro- dukte MD Januar-Oktober (ohne Mehrwertsteuer)	1961/63			
(Bundesdurchschnitt)	= 100	111,4	- 4,2	12,3
Pflanzliche Produkte	"	94,3	- 15,9	13,5
Getreide und Hülsenfrüchte	"	86,9	2,5	- 0,6
Hackfrüchte	"	91,8	- 36,8	20,9
Tierische Produkte	"	117,1	- 1,0	12,7

viehhalter um 10%, die der Schweinehalter um 9,7% kleiner als im Juni 1971, während sich gleichzeitig der Viehbestand weniger stark veränderte (Rindvieh — 5%, Schweine — 9,5%). Zur Jahresmitte standen in den Ställen der rheinland-pfälzischen Viehhälter 698 000 Stück Rindvieh und 708 000 Schweine.

Die *tierische Produktion* hat etwa die gleiche Höhe erreicht wie im vergangenen Jahr. Rindvieh und Schweine wurden zum Teil erheblich weniger geschlachtet, so daß die gesamte Schlachtmenge 1972 um etwa 6% auf 158 000 t zurückgegangen ist. Infolge der weiter gestiegenen Milchleistung je Kuh (von 300 auf 310 kg monatlich) konnte der Bestandsabbau kompensiert werden, wodurch die Milcherzeugung mit rund 950 000 t konstant geblieben ist. Der Trend zur verstärkten Marktproduktion hat sich erneut fortgesetzt, denn der Anteil der Milchproduktion, der an Molkereien geliefert wird, stellt sich nunmehr auf beinahe 83%. Die Eiererzeugung nahm im Berichtszeitraum um 1% auf knapp 980 Mill. Stück zu.

Der Geldwert der Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft wird 1972 nicht unbeträchtlich höher ausfallen als im Vorjahr, denn bei im allgemeinen etwas größeren Produktionsmengen sind die *Erzeugerpreise* fast ausnahmslos und zum Teil sogar erheblich angestiegen. Im Bundesgebiet erhöhte sich der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (ohne Mehrwertsteuer) im Monatsdurchschnitt von Januar bis Oktober des Jahres um nicht weniger als 12,3%. Bei den pflanzlichen Produkten, die in ihrer Gesamtheit



um 13,5% höhere Preise einbrachten, hatten Getreide und Hülsenfrüchte mit — 0,6% einen geringen Rückgang zu verzeichnen, der aber durch den Preisanstieg bei Hackfrüchten um nahezu 21% überkompensiert wurde. Für tierische Produkte erhielten die Erzeuger im Durchschnitt um 12,7% mehr.

### Industrie: Neuer Aufschwung bei rückläufiger Beschäftigung

Nachdem im Jahre 1971 in der rheinland-pfälzischen Industrie eine deutliche Abschwächung der Aufwärtsentwicklung zu beobachten war, tritt im neuen Jahr, insbesondere bei der industriellen Produktion ein deutlicher Umschwung ein, der jedoch von einem Rückgang der Beschäftigung und der geleisteten Arbeiterstunden begleitet wird. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß sich der Aufschwung in erster Linie in den kapitalintensiven Wirtschaftszweigen, wie den Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie den Investitionsgüterindustrien vollzieht. Das Wachstum des Industrieumsatzes wird im Berichtsjahr das relativ niedrige Niveau des Vorjahres dagegen nicht erreichen. Die Steigerungsrate der Lohn- und Gehaltssumme bleibt voraussichtlich ebenfalls unterhalb der Vorjahreshöhe.

Die im Jahre 1970 seit der Mitte der 60er Jahre erstmals wieder beobachtete Zunahme der Zahl der rheinland-pfälzischen *Industriebetriebe* mit zehn und mehr Beschäftigten setzt sich in diesem Jahr in geringem Maße weiter fort. Dagegen ist im Bundesgebiet ein leichter Rückgang zu erkennen. Die kleineren Betriebe, deren Anteil am gesamten Industrieumsatz nur etwa 2% ausmacht, sind in der folgenden industriestatistischen Darstellung nicht berücksichtigt. Während die Zahl der *Beschäftigten* wegen der angespannten Arbeitsmarktsituation gleichzeitig um 1% auf 403 342 abnimmt (Bundesgebiet Januar bis August — 2,5%), werden um 3% weniger geleistete *Arbeiterstunden* als im Vorjahr gezählt (Bundesgebiet — 4,7%). Die in der gesamten Industrie bezahlte *Lohn- und Gehaltssumme* expandiert weiter um rund 9% auf 7 Mrd. DM. Diese Steigerung liegt zwar nur geringfügig unter der des Vorjahres, aber erheblich unter der der Jahre 1969 und 1970, in denen Zuwachsraten von 16 und 21% erreicht wurden. Die Lohn- und Gehaltsquote (Anteil am Umsatz) hält sich dadurch weitgehend auf der Vorjahreshöhe von 21%.

Der *Jahresumsatz* 1972 der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe, im folgenden immer ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, wird voraussichtlich mit 33,8 Mrd. DM um 10 % über dem des Vorjahres liegen. Im Bundesgebiet ist nach den bisher vorliegenden Ergebnissen (Januar bis August) dagegen nur mit einer Wachstumsrate zwischen 4 und 5 % zu rechnen. Die Umsatzentwicklung wird im Berichtsjahr im Gegensatz zu den vorausgegangenen Jahren, die vor allem von zahlreichen außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen geprägt waren, wieder in stärkerem Maße vom Auslandsabsatz beeinflusst. Aus diesem Grunde liegt die Ausfuhr der rheinland-pfälzischen Industrie in diesem Jahr mit 7,4 Mrd. DM um knapp 16% über der des Vorjahres, während sich der Inlandsabsatz nur um 8 % auf 26,4 Mrd. DM erhöht.

Die höchsten Umsatzsteigerungen unter den *Industriehauptgruppen* verzeichnen wieder die *Investitionsgüterindustrien*, die ihren Vorjahresumsatz um 13 % auf 10,0 Mrd. DM anheben werden. Dieser Wirtschaftsbereich, der inzwischen einen Anteil am Gesamtumsatz der Industrie von 30 % aufweist, zählt zu der von der Landesregierung Rheinland-Pfalz in besonderem Maße geförderten Industrie. Im Bundesgebiet steht ihm daher eine Steigerungsrate von voraussichtlich nur weniger als 5% gegenüber. An dem Umsatzwachstum der rheinland-pfälzischen Investitionsgüterindustrien ist 1972 mit einer Zuwachsrate von über 30 % der Maschinenbau, der mit einem Anteil von 12 % nach der chemischen Industrie den zweitgrößten Industriezweig des Landes darstellt, weitaus am stärksten beteiligt. Überdurchschnittliche Steigerungsraten weisen hier weiterhin der Schiffs- und Luftfahrzeugbau (+ 27 %) sowie die feinmechanische und optische Industrie (+ 13 %) auf, die aufgrund ihres geringen Gewichts jedoch wenig Einfluß auf die gesamte Umsatzentwicklung haben.

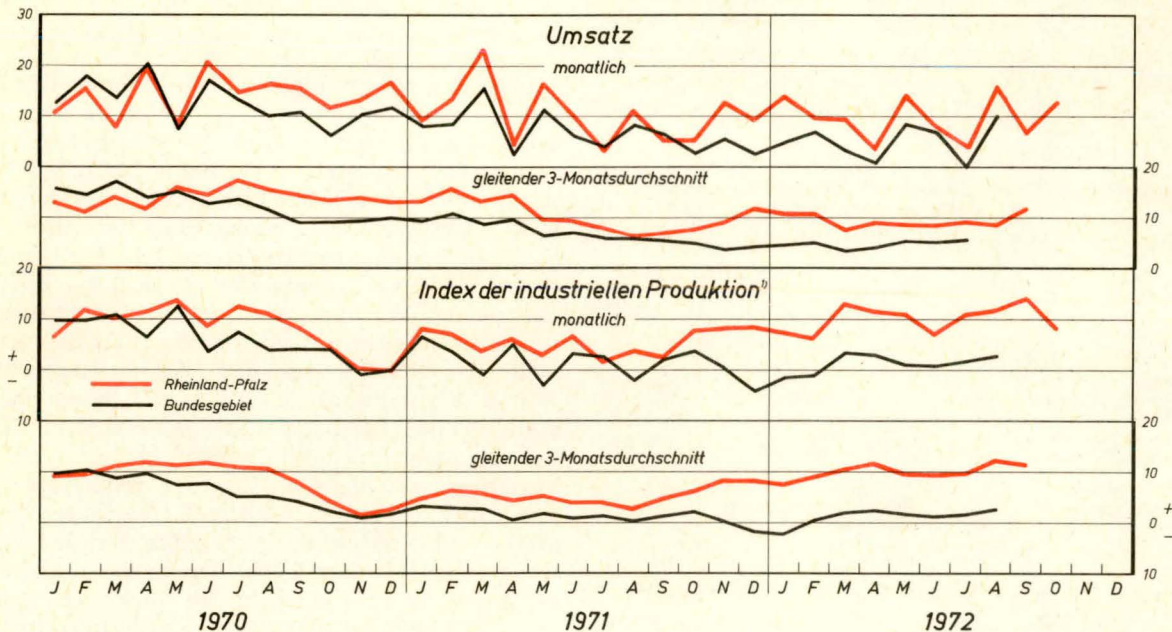
Industrie  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %		
			1971	1972	
Rheinland-Pfalz					
Betriebe	} Monats- durch- schnitt	Anzahl	3 067	1,8	0
Beschäftigte		1 000	403	0,3	- 1
Arbeiter		"	298	- 0,7	- 2
Angestellte		"	106	4,0	2
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	548	- 2,9	- 3
Lohn- und Gehaltssumme		Mill. DM	7 059	10,2	9
Lohnsumme		"	4 586	8,8	7
Umsatz		"	33 793	10,0	10
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien		"	12 835	7,1	8
Chemische Industrie		"	7 261	5,6	10
Investitionsgüterindustrien		"	10 074	12,2	13
Maschinenbau		"	4 186	10,2	32
Straßenfahrzeugbau		"	2 917	12,4	- 1
Verbrauchsgüterindustrien		"	6 887	10,2	11
Schuhindustrie		"	1 232	1,7	0
Nahrungs- und Genußmittel- industrien		"	3 991	13,9	6
Auslandsumsatz		"	7 429	6,2	16
Produktion		1962=100	247	5,7	10
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien		"	263	6,8	12
Chemische Industrie		"	316	7,7	14
Investitionsgüterindustrien		"	323	2,9	12
Maschinenbau		"	321	2,2	32
Straßenfahrzeugbau		"	1 012	4,8	- 5
Verbrauchsgüterindustrien		"	181	4,6	6
Schuhindustrie		"	102	- 3,2	- 5
Nahrungs- und Genußmittel- industrien		"	181	9,9	2
Bundesgebiet (Januar - August)					
Betriebe	} Monats- durchschnitt	Anzahl	55 828	- 0,2	- 0,5
Beschäftigte		1 000	8 340	- 0,2	- 2,5
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	7 423	- 3,4	- 4,7
Umsatz		Mrd. DM	382	7,7	4,9
Produktion		1962=100	153	1,1	2,1



## Konjunkturverlauf in der Industrie 1970-1972

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



109/72 1) Ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energiewirtschaft

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ H

Im Verbrauchsgüterbereich, wo in diesem Jahr die zweithöchste Umsatzexpansion unter den Industriehauptgruppen stattfindet (+ 11%), müssen die Holz verarbeitende Industrie (+ 30 %), Bekleidungsindustrie (+ 20 %), Glasindustrie (+ 17 %) und die Kunststoff verarbeitende Industrie (+ 15 %) erwähnt werden. Diese Industriezweige machen zusammen etwa 48 % des Umsatzes der gesamten Verbrauchsgüterindustrie aus. In der Schuhindustrie, bei der es sich mit einem Anteil von 18 % um den größten Industriezweig im Verbrauchsgüterbereich handelt, ist dagegen eine Stagnation in der Umsatzentwicklung zu erkennen.

Auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, zu denen als bedeutendster Industriezweig des Landes die chemische Industrie zählt, tragen — wenn auch in unterdurchschnittlichem Maße — zu dem günstigen Umsatzergebnis der Industrie bei. Mit einer Steigerungsrate von rund 8 % erreicht sie in diesem Jahr einen Gesamtumsatz von 12,8 Mrd. DM. Daran ist die chemische Industrie, die 1972 mit voraussichtlich 7,3 Mrd. DM Jahresumsatz wieder einen Anteil am Umsatz der gesamten Industrie von 22 % aufweist, mit einer Wachstumsrate von 10 % maßgeblich beteiligt. Ebenfalls einen starken Einfluß auf die Gesamtentwicklung nimmt die Industrie der Steine und Erden, die mit einer Rate von 13 % einen Umsatz von 1,9 Mrd. DM erzielt.

Noch weiter unter dem durchschnittlichen industriellen Wachstum bleiben im Berichtsjahr die Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Bei einer Zuwachsrate von 6 % ist für diese Industriehauptgruppe 1972 ein Jahresumsatz von 4 Mrd. DM zu

erwarten. Während die Ernährungsindustrie mit einer Rate von + 6 % dabei noch am günstigsten abschneidet, geht der Umsatz in der Tabak verarbeitenden Industrie um 7 % zurück.

Ein anderes Bild als bei den Umsätzen zeigt die Entwicklung der Industriezweige gemessen am Index der industriellen Produktion (Basis 1962 = 100; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt). Bei diesem Index, der die Entwicklung des mengenmäßigen outputs innerhalb einer Periode zeigt, bleibt im Gegensatz zum Umsatz die Preisentwicklung unberücksichtigt. Insgesamt steigt der Index der industriellen Produktion in Rheinland-Pfalz im Jahre 1972 erwartungsgemäß um rund 10 % an. Im Bundesgebiet muß dagegen mit einer nur geringen Steigerung von 2 % gerechnet werden.

Anders als bei den Umsätzen haben die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie die Investitionsgüterindustrien (jeweils + 12 %) die höchsten Steigerungsraten aufzuweisen, während die Verbrauchsgüter- (+ 6 %) und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 2 %) weit hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ragen die chemische (+ 14 %) sowie die Gummi und Asbest verarbeitende Industrie (+ 25 %) mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten heraus, während die Produktion der eisenschaffenden und NE-Metallindustrie weitgehend stagniert. In den Investitionsgüterindustrien beeinflusst wie bei den Umsätzen vor allem der Maschinenbau (+ 32 %) die positive Produktionsentwicklung. Im Bereich der Verbrauchsgüter sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrien



wirkt sich besonders der Produktionsrückgang in der Schuh- (— 5 %) sowie der Tabak verarbeitenden Industrie (— 11 %) auf die Ergebnisse aus.

Ein wesentlicher Grund für die unterschiedlichen Zuwachsraten bei Umsatz und Produktion stellt die Preisentwicklung dar. Der Index der *Erzeugerpreise industrieller Produkte* ist im Bundesgebiet von Oktober 1971 bis Oktober 1972 um 3,7 % angestiegen, in den Grundstoff- und Produktionsgüterindu-

Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet im Oktober  
(Ohne Mehrwertsteuer)

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Insgesamt	1962=100	117,5	4,2	3,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	107,1	1,7	2,4
Investitionsgüterindustrien	"	123,1	6,3	2,6
Verbrauchsgüterindustrien	"	121,3	4,3	5,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	"	115,0	3,1	6,0
Investitionsgüter	"	132,5	7,4	3,4
Verbrauchsgüter	"	117,8	3,9	4,3

strien um 2,4 %, im Bereich der Investitionsgüterindustrien um 2,6 %, der Verbrauchsgüterindustrien um 5,1 % und in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien um 6,0 %. Die relativ hohen Teuerungsraten der beiden letzten Gruppen erklären hier zum Teil auch den erheblichen Abstand zwischen Umsatz- und Produktionsentwicklung. Überdurchschnittlich verteuert haben sich in diesem Bereich Leder (+ 34,4 %), Musikinstrumente (+ 7,1 %), Lederwaren und Schuhe (+ 7,0 %) sowie Textilien (+ 6,6 %). Die monatliche Entwicklung der Erzeugerpreise industrieller Produkte zeigt vom Beginn des Jahres an eine ziemlich gleichmäßig ansteigende Tendenz, die im Oktober einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Allein von Januar bis Oktober ist ein Preisanstieg der Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie von 3,0 % festzustellen. Die höchste monatliche Zuwachsrate wurde mit 4,0 % von August auf September 1972 bei den Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittelindustrien beobachtet.

### Industrieverdienste: Geringerer Anstieg als im Vorjahr

Die Preissteigerungen für industrielle Produkte gehen zum Teil auf verteuerte Vorleistungen und auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurück. Der durchschnittliche *Bruttostundenverdienst in der Industrie* (ohne Hoch- und Tiefbau) erhöhte sich von Juli 1971 bis Juli 1972 insgesamt um 8,8 % auf 7,15 DM. Die Verdienste der Frauen verbesserten sich dabei überdurchschnittlich um 9,4 % auf 5,22 DM in der Stunde. Die stärksten Steigerungen verzeichneten diesmal die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (9,7 %), gefolgt von den Verbrauchsgüterindustrien (+ 8,9 %) und den Investitionsgüterindustrien (+ 8,7 %). Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, wo insbesondere in der chemischen Industrie mit 8,65 DM in der Stunde nach der Energiewirtschaft und Wasserversorgung (8,73 DM) die

höchsten Löhne von allen Wirtschaftszweigen der Industrie bezahlt werden, lag mit einer Steigerungsrate von 8,5 % — wenn auch im geringem Abstand — am Schluß. Der Anstieg der Stundenverdienste ist 1972 mit einer weiteren Reduzierung der geleisteten *Wochenarbeitszeit* um knapp 7 % auf 33,5 Stunden verbunden.

Fast im gleichem Maße wie die Arbeiterlöhne haben im Berichtsjahr auch die *Gehälter der Angestellten* zugenommen, und zwar um 8,4 %. Ein männlicher Angestellter verdiente im Juli 1972 somit durchschnittlich 1 908 DM, eine weibliche Angestellte 1 219 DM. Die prozentuale Steigerung der Gehälter bewegte sich in diesem Jahr für beide Geschlechter etwa auf gleicher Höhe. Eine deutliche Diskrepanz war dagegen wieder zwischen den einzelnen Leistungsgruppen zu beobachten, die zu einer weiteren Nivelierung der Angestelltengehälter führte. Während die Gehälter der höchsten Leistungsgruppe (II) bei den Männern um 7,2 % und bei den Frauen sogar nur um 6,4 % anzogen, verbesserten sich die Gehälter der niedrigsten Leistungsgruppe (V) um 10,2 bzw. 8,1 %. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien betrug die Steigerungsrate nur 6,9 %. Am meisten verbesserten sich die Angestellten in den Nahrungs- und Genußmittel- (+ 9,1 %) sowie in den Verbrauchsgüterindustrien (+ 9,0 %).

Verdienste und Arbeitszeiten in der Industrie im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	7, 15	12, 3	8, 8
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	8, 21	11, 0	8, 5
Chemische Industrie	"	8, 65	9, 1	7, 9
Investitionsgüterindustrien	"	7, 01	14, 0	8, 7
Verbrauchsgüterindustrien	"	6, 28	12, 9	8, 8
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	"	6, 22	12, 1	9, 7
Männer	"	7, 74	12, 3	8, 7
Frauen	"	5, 22	13, 6	9, 4
Bruttowochenverdienst insgesamt	"	312	11, 2	8, 7
Geleistete Wochenarbeits- stunden	Anzahl	33, 5	- 3, 8	- 6, 4
Mehrarbeitsstunden	"	3, 1	- 8, 6	- 3, 1
Bezahlte Wochenarbeitsstunden	"	43, 6	- 1, 1	- 0, 2
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	1 678	11, 6	8, 4
Männer	"	1 908	11, 0	8, 3
Frauen	"	1 219	13, 0	8, 4

### Handwerk: 9 % mehr Umsatz

Die *Beschäftigung* in den rheinland-pfälzischen Handwerksbetrieben erhöhte sich von Ende September 1971 bis Ende September 1972 um 1 % (Bundesgebiet Juni 1971 bis Juni 1972: 2 %). Dieser geringfügige Anstieg ergibt sich als Saldo aus den nicht unerheblichen Rückgängen bei den Handwerksgruppen Bekleidung, Textil, Leder (— 8 %), Glas, Papier, Keramik (— 9 %) sowie Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung (— 4 %) und der Ver-



## Handwerk

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte Ende September	1962=100	103	0,1	0,6
Bau und Ausbau	"	99	1,4	1,1
Metallverarbeitung	"	125	1,9	0,9
Holzverarbeitung	"	108	2,3	4,6
Nahrungsmittel	"	104	- 4,5	4,7
Gesundheits- und Körper- pflege, Reinigung	"	96	- 1,8	- 4,3
Umsatz	"	225	14,0	9,0
Bundesgebiet (Januar - Juni)				
Beschäftigte	1962=100	102	0,9	2,0
Umsatz	"	191	16,1	11,7

besserung des Beschäftigtenstandes in den Handwerksgruppen Bau und Ausbau (+ 1 %), Metall (+ 1 %), Nahrungsmittel (+ 5 %) sowie Holz (+ 5 %). In den drei letztgenannten Gruppen waren Ende September 1967 (Stichtag der Handwerkszählung) allerdings 77 % der Beschäftigten des Handwerks tätig.

Die Entwicklung des *Umsatzes* differiert zum Teil erheblich von derjenigen der Arbeitskräfte. Trotz des insgesamt sehr geringen Beschäftigtenanstiegs können die Handwerksbetriebe ihren Umsatz in diesem Jahr um 9 % erhöhen (Bundesgebiet + 12 %). Diese Wachstumsrate erreicht aber bei weitem nicht die Raten der vorausgegangenen drei Jahre, die sich zwischen 13 und 14 % bewegten. Am günstigsten schneidet im Berichtsjahr die Handwerksgruppe Bau und Ausbau ab, die mit einer Wachstumsrate von 14 % die der Gruppe Holz (+ 11 %) und Nahrungsmittel (+ 9 %) übertrifft. In der Metallverarbeitung, der am Umsatz gemessen größten Handwerksgruppe des Landes (35 %), können in diesem Jahr lediglich um 6 % höhere Umsätze als im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen setzte sich auch im Handwerk 1972 die jährliche Steigerung der *Stundenverdienste* fort, erreichte aber die hohen Zuwachsraten der beiden vorausgegangenen Jahre, die um der 15 %-Grenze lagen, nicht mehr. Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste nahmen von Mai 1971 bis Mai 1972 um 11 % auf 6,99 DM zu. Die Vollgesellen verdienten damit 7,31 DM, die Junggesellen 5,68 DM und die übrigen Arbeiter 5,97 DM in der Stunde. Den höchsten Stundenverdienst hatten im Mai des Jahres mit 8,51 DM

## Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im Mai

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Bruttostundenverdienst	DM	6,99	15,4	10,8
Vollgesellen	"	7,31	15,9	10,1
Junggesellen	"	5,68	16,1	12,5
Übrige Arbeiter	"	5,97	15,6	14,8
Bruttowochenverdienst	"	308	15,0	8,8
Geleistete Wochenarbeitszeit	Stunden	37,3	9,3	- 6,5
Bezahlte Wochenarbeitszeit	"	44,0	- 0,4	- 2,0

wie im Vorjahr die Vollgesellen der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation. Die augenfälligsten Lohnverbesserungen konnten diesmal die Tischler (+ 14 %), Klempner, Gas- und Wasserinstallateure (+ 13 %) und die Maler (+ 11 %) für sich verbuchen, während die übrigen Handwerkszweige nur unterdurchschnittliche Steigerungsraten verzeichneten.

## Bauwirtschaft: Weiter lebhaft

Ebenso wie in den Vorjahren hat auch im zu Ende gehenden Jahr das nichtstationäre und auch heute noch stark witterungsabhängige Bauhauptgewerbe weitere 1300 *Arbeitskräfte* oder 1,5 % verloren. Allerdings betrifft der Rückgang in diesem Jahr hauptsächlich Helfer und Hilfsarbeiter (- 3 %), während die qualifizierten Facharbeiter, Poliere und Meister nur unterdurchschnittlich abnahmen. Gleiches gilt erfreulicherweise auch für die Lehrlinge (+ 1 %), deren Zahl in den beiden vorangegangenen Jahren ebenfalls zugenommen hatte. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten ist im Jahresdurchschnitt sogar um 2,5 % angestiegen. Im Bundesgebiet hat im Zeitraum Januar bis August die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten um 2,3 % abgenommen.

Trotz geringerer Beschäftigtenzahl wurden auf den Baustellen des Landes mehr *Arbeitsstunden* geleistet als 1971. Dies ist wohl in erster Linie auf die durchweg günstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, insbesondere auf die im Vergleich zu anderen Jahren sehr milden und trockenen Monate Februar und März, die hinsichtlich der Arbeitsstundenzahl (+ 23 bzw. + 46 % gegenüber jeweiligem Vormonat) bereits das Ende der sonst

## Bauhauptgewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte	Anzahl	88 000	- 0,1	- 1 1/2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	159 300	3,0	0
Wohnungsbau	"	64 700	6,1	10
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	63 500	- 0,2	- 8
Straßenbau	"	21 700	- 7,9	- 10
Lohn- und Gehaltssumme	Mill,DM	1 500	15,2	11
Umsatz insgesamt	"	4 100	27,1	4 1/2
Wohnungsbau	"	1 200	37,4	7 1/2
Gewerblicher Bau	"	800	21,1	- 2
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	2 000	24,8	6 1/2
Straßenbau	"	700	14,5	- 3 1/2
Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt	"	1 134	- 13,8	80
Ausführungszeit bis 12 Monate	"	559	- 18,9	50
über 12 Monate	"	575	- 4,7	130
Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude im Bundesgeb.	"	157,0	10,4	7,1
Rohbauarbeiten	"	159,2	10,3	6,8
Ausbauarbeiten	"	159,4	10,7	8,1
Bürogebäude	"	155,7	10,0	6,4
Straßenbau	"	113,8	8,0	1,2
Bundesgebiet (Januar - August)				
Beschäftigte	1 000	1 504	- 0,3	- 2,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	1 633	1,1	- 1,0
Umsatz	Mill,DM	42 112	21,4	10,6



üblichen Winterpause brachten. Der Anstieg in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist wesentlich durch das Ergebnis im Wohnungsbau (+ 10%) bestimmt, während im öffentlichen und Verkehrsbau (— 8%), und hier namentlich im Straßenbau (— 10%) merkliche Einschränkungen erfolgen. Im Bundesgebiet nahm die Zahl der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden von Januar bis August um 1% ab.

Wesentlich stärker als die Arbeitsleistung sind in diesem Jahr wieder die *Löhne und Gehälter* gestiegen. Bei Stundenloohnerhöhungen für die Bauarbeiter im Hoch- und Tiefbau zwischen Juli 1971 und 1972 um durchschnittlich 9,1% und für die

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst	DM	7, 58	11, 4	9, 1
Bruttowochenverdienst	"	349	11, 9	6, 1
Geleistete Wochenarbeits- stunden	Anzahl	42, 1	- 2, 2	- 5, 4
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	"	46, 0	0, 4	- 2, 7
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	1 953	12, 5	10, 3

Angestellten um durchschnittlich 10,3% hat sich die Lohn- und Gehaltssumme im Jahr 1972 um 12% auf rund 1,5 Mrd. DM ausgedehnt.

Die *Bauproduktion* dürfte 1972 um rund 4% höher ausfallen als ein Jahr zuvor. In der gleichen Zeit dürfte der baugewerbliche *Umsatz* (ohne Umsatzsteuer), der als Kriterium für einen Zeitvergleich infolge der beachtlichen Zeitdifferenz zwischen Bauleistung und Abrechnung allerdings an Bedeutung verloren hat, um 4,5% zugenommen haben.

Auch im zu Ende gehenden Jahr hielt der starke Preisdruck auf dem Baumarkt an, wenn auch nicht mehr in dem gleichen Umfang wie in den vergangenen zwei Jahren. Der *Gesamtbaupreisindex* für Wohngebäude (ohne Mehrwertsteuer) auf Basis 1962 gleich 100 ist im Jahresdurchschnitt 1972 um 7,1% auf 157 angestiegen. Die einzelnen Bauleistungen verteuerten sich in unterschiedlichem Maße: Erd- und Grundbaurarbeiten wurden um 3,4% teurer, Rohbaurarbeiten um 6,8%, Ausbauarbeiten um 8,1% und für haustechnische Anlagen mußten 5,8% mehr ausgegeben werden. Die Kosten der einzelnen Gebäudearten (Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser und gemischt genutzte Gebäude) zeigten ähnliche Entwicklungstendenzen.

Wie sich das Ergebnis der Bautätigkeit auf den *Wohnungsbestand* ausgewirkt hat, zeigen erste Angaben über Baufertigstellungen, Baugenehmigungen und Bauüberhang. Im Jahre 1971 lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau mit rund 26 600 Einheiten um mehr als 9% über dem Vorjahresergebnis. Infolge

der anhaltenden Einkommenssteigerungen sowie der erheblich vergrößerten Eigenmittel aus neu zugeteilten Bausparverträgen und nicht zuletzt durch die Erhöhung der für Wohnungsbauförderung eingesetzten öffentlichen Mittel kann im zu Ende gehenden Jahr mit einer weiteren Verbesserung des 1971er Ergebnisses gerechnet werden. Gestützt wird diese Aussage durch einen bisher im Land noch nicht erreichten Bauüberhang, der Ende 1971 rund 54 600 Wohnungen erreichte. Dieser Vorrat an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen, lag um mehr als 17% über dem Wert von 1970. Der echte Bauüberhang (genehmigte und begonnene, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben) betrug etwas mehr als 42 200 Wohnungen. Aufgrund der Tatsache, daß in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres schon 25% mehr Wohnungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum fertiggestellt wurden, kann für 1972 mit einem Jahresergebnis von etwa 30 000 Wohneinheiten gerechnet werden.

### Außenhandel: Exportwachstum wieder erheblich höher als Importsteigerung

Die DM-Aufwertung im Herbst 1969 sowie die Freigabe des Wechselkurses der DM im Mai 1971 bestimmten in besonderem Maße den Außenhandel des Jahres 1971, was sich in den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik deutlich niederschlägt. Als Folge ergab sich eine Zunahme der Ausfuhr, die sich etwa in gleicher Höhe wie die Industrieumsätze bewegte (+ 12%) — in den vorausgegangenen Jahren lagen sie wesentlich darüber — sowie ein erhebliches Wachstum der Einfuhr (+ 17%), insbesondere aus der EWG (+ 23%). Im Jahre 1972 weist nun der Export mit + 16% wieder eine Wachstumsrate auf, die um 6 Prozentpunkte über der der Industrieumsätze liegt und fast an die hohe Rate des Jahres 1969 (+ 16,7%) herankommt, während das Importwachstum mit + 9% fast auf

Ausfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland - Pfalz				
<u>Insgesamt</u>	Mill. DM	8 828	11,9	16
EWG-Länder	"	3 566	16,4	17
Frankreich	"	1 501	22,8	23
Niederlande	"	662	10,4	4
Belgien/Luxemburg	"	620	12,0	19
Italien	"	786	15,0	20
EFTA-Länder	"	1 985	13,0	22
USA (Januar-September)	"	378	39,8	- 2
Ernährungswirtschaft	"	281	6,7	16
Wein	"	146	20,8	23
Gewerbliche Wirtschaft	"	8 548	12,1	16
Rohstoffe	"	125	4,6	3
Halbwaren	"	408	22,4	- 6
Fertigwaren	"	8 018	11,6	18
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Insgesamt</u>	Mrd. DM	144	8,6	6,2
EWG-Länder	"	58	8,5	5,8
EFTA-Länder	"	33	7,4	9,5



## Einfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland-Pfalz				
Insgesamt	Mill, DM	5 967	16,6	9
EWG-Länder	"	3 576	23,1	14
Frankreich	"	1 493	18,1	21
Niederlande	"	571	23,7	4
Belgien/Luxemburg	"	810	37,9	29
Italien	"	708	24,5	- 2
EFTA-Länder	"	608	3,9	6
USA	"	490	5,9	- 8
Ernährungswirtschaft	"	996	19,4	12
Wein	"	249	17,9	27
Gewerbliche Wirtschaft	"	4 974	16,1	9
Rohstoffe	"	795	12,2	4
Halbwaren	"	773	0,5	- 5
Fertigwaren	"	3 417	22,4	14
Bundesgebiet (Januar - September)				
Insgesamt	Mrd, DM	127	9,6	5,4
EWG-Länder	"	63	15,6	11,9
EFTA-Länder	"	17	2,1	1,9

die Hälfte der Vorjahresrate (+ 16,6%) schrumpft. Im Bundesgebiet war die Entwicklung jedoch nicht so ausgeprägt wie in Rheinland-Pfalz. So erhöhte sich der Export in den Monaten Januar bis August gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum mit 7% zwar ebenfalls stärker als der Import (+ 5%). Beide Wachstumsraten liegen aber unter denen des Vorjahres (+ 9 bzw. + 10%).

Von dem verstärkten rheinland-pfälzischen Exportwachstum sind vor allem die Lieferungen in die EWG-, EFTA- und die Ostblockstaaten betroffen. Die EWG-Partner nehmen im Berichtsjahr voraussichtlich für etwa 530 Mill. DM oder 17% mehr Waren aus Rheinland-Pfalz ab als im Vorjahr. Dabei nehmen die Länder Frankreich (+ 23%) und Italien (+ 20%) den ersten Platz ein, während die Niederlande ihre Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Produkten nur noch um 4% gegenüber 10% im Vorjahr erhöhen. Der Mehrabsatz an die EFTA- und die Ostblockländer beläuft sich auf 250 Mill. DM (+ 22%) bzw. 120 Mill. DM (+ 59%). Das immense Wachstum der Ostexporte dürfte als ein Ergebnis der verstärkten politischen Kontakte zum Ostblock anzusehen sein. Aber auch die Steigerung der Verkäufe an den künftigen EWG-Partner Großbritannien (+ 40%) nimmt in diesem Jahr ein beachtliches Ausmaß an.

Auffallend ist auf der anderen Seite der Rückgang der Ausfuhr in die *Vereinigten Staaten* (- 2%), die 1971 mit einem Anteil an der rheinland-pfälzischen Ausfuhr von 6% an fünfter Stelle unserer Handelspartner standen. Diese Entwicklung dürfte jedoch noch eine Folge der 10%igen Importsteuer in den USA sein.

In wesentlich geringerem Maße als die Ausfuhr erhöht sich 1972 die rheinland-pfälzische *Einfuhr*, die das Vorjahresergebnis nur noch um rund 9% übersteigen wird. An dem Rückgang des Import-

wachstums sind neben den EWG-Ländern, wo mit Ausnahme von Frankreich alle Partner wesentlich geringere Exportsteigerungen nach Rheinland-Pfalz aufweisen, auch die Länder Amerikas (- 8%) und Afrikas (+ 3%) beteiligt. Zunehmen werden dagegen die Importraten aus Frankreich (+ 21%), den EFTA- (+ 6%) und den Ostblockländern (+ 7%).

## Einzelhandel: Wieder günstige Geschäftsentwicklung

Die zu Beginn des Jahres beobachtete günstige Geschäftsentwicklung des rheinland-pfälzischen Einzelhandels, die das konjunkturelle Tief am Ende des vorausgegangenen Jahres ablöste, setzte sich in den nachfolgenden Monaten weiter fort, so daß 1972 wieder mit einem günstigeren Ergebnis als im Vorjahr (+ 8%) zu rechnen ist. Setzt sich die beobachtete Entwicklung auch im letzten Quartal fort, so liegen die *Einzelhandelsumsätze* in diesem Jahr wieder um 10% über denen des Vorjahres (Bundesgebiet Januar bis August + 9%). Am stärksten trägt zu dieser Entwicklung der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln bei, der als am Umsatz gemessen größter Einzelhandelszweig seinen Umsatz um 20% gegenüber dem Vorjahr steigern kann. Diese Wachstumsrate ist um so bemerkenswerter als der Umsatz dieser Branche 1971 noch stagnierte. Aber auch der Einzelhandel mit Papier und Druckerzeugnissen (+ 27%) sowie mit Elektro-, optischen Erzeugnissen und Uhren (+ 15%) sind an dem günstigen Gesamtergebnis beteiligt, obwohl ihr Anteil am Gesamtumsatz des Einzelhandels nicht groß ist.

Die Umsatzsteigerungen im Einzelhandel sind zu einem erheblichen Teil auf die Weitergabe von höheren Einstandspreisen und Lohnkosten an die Verbraucher zurückzuführen. Die *Einzelhandelspreise* erhöhten sich dadurch im Bundesgebiet von Oktober 1971 bis Oktober 1972 um 5,5%. Zwischen

## Einzelhandel und Lebenshaltung

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Rheinland - Pfalz				
Beschäftigte	1962=100	99	- 1,0	3
Umsatz	"	187	7,6	10
Index der Einzelhandelspreise im Bundesgebiet im Oktober	"	125,7	5,5	5,5
Preisindex für die Lebens- haltung im Bundesgebiet im Oktober	"			
Alle privaten Haushalte	"	140,4	5,9	6,4
Nahrungsmittel	"	132,3	5,1	7,9
Kleidung und Schuhe	"	132,7	6,6	6,0
Wohnungsmieten	"	186,2	6,6	5,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	"	139,0	6,1	5,9
4-Personen-Arbeitnehmer- haushalte mit mittlerem Einkommen	"	140,6	6,3	6,5
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern	"	144,7	6,1	7,0
Bundesgebiet (Januar - September)				
Umsatz	1962=100	205	11,4	9,0



den Einzelhandelszweigen waren die Preiserhöhungen von unterschiedlichem Ausmaß: So verzeichneten die Güter des Einzelhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln und Gemischtwaren sowie mit Kohle und Mineralöl (jeweils + 7%) den stärksten Preisauftrieb, während Papierwaren und Druckerzeugnisse, die neben Kohle und Mineralölerzeugnissen seit 1962 die höchsten Steigerungsraten aufwiesen, nur um weniger als 2% teurer geworden sind. Preissteigerungen von über 5% hatte außerdem der Einzelhandel mit Textilien und Schuhen.

Die Preissteigerungen im Einzelhandel tragen im wesentlichen zu der Verteuerung der *Lebenshaltung* bei. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat im gesamten Bundesgebiet von Oktober 1971 bis Oktober 1972 um 6,4% zugenommen. Dabei verteuerten sich die Güter aus dem dem Index zugrunde liegenden Warenkorb, die den größten Anteil an der Lebenshaltung haben, nämlich Nahrungs- und Genußmittel (+ 7,9%), Wohnungsmiete (+ 5,5%) sowie Kleidung und Schuhe (+ 6,0%), überdurchschnittlich. Von der Entwicklung waren die Haushaltstypen 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen und 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen annähernd in gleichem Umfang betroffen. Lediglich die 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (+ 7,0%) und die Lebenshaltungskosten für ein Kind (+ 7,3%) erhöhten sich in dieser Zeit überdurchschnittlich.

#### Fremdenverkehr: Nur geringe Übernachtungssteigerung bei stagnierender Gästezahl

Ebenso wie der Einzelhandel weist das rheinland-pfälzische Gastgewerbe in diesem Jahr insgesamt eine sehr günstige Geschäftsentwicklung auf. Bei einer leichten Personalverbesserung um 4% ist für das gesamte *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe* eine Umsatzsteigerung von mehr als 14% zu erwarten. Bei näherem Hinsehen ist aber zu erkennen, daß dies in hohem Maße nur für das Gaststättengewerbe zutrifft, das mit einem um 17% höheren Gesamtumsatz (Bundesgebiet Januar bis September + 6,4%) und um 5% höheren Beschäftigtenzahl als im Vorjahr wesentlich besser abschneidet als das Beherbergungsgewerbe, wo ein niedrigeres Umsatzwachstum (+ 8%) (Bundesgebiet + 7,5%) mit einem nur leichten Beschäftigungsanstieg (+ 1%) verbunden ist.

Am 1. April 1972 (Beginn des Sommerhalbjahres) gestaltete sich in den 286 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden rheinland-pfälzischen Gemeinden das für den Fremdenverkehr bereit gestellte *Beherbergungsangebot* bei einer nahezu konstant gebliebenen Betriebszahl umfangreicher als vor einem Jahr. In den 3 441 Betrieben standen zu diesem Zeitpunkt 45 742 Fremdenzimmer mit 79 565 Betten für den Beherbergungsverkehr zur Verfügung. Das sind jeweils um 3% mehr als ein Jahr zuvor. Dazu kommen noch 21 157 Betten in Privatquartieren (+ 6%).

#### Gastgewerbe und Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
<u>Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe</u>				
Beschäftigte	1962=100	117	-	4
Umsatz	"	199	7,4	14
<u>Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr</u> (286 Berichtsgemeinden)				
Bettenkapazität	Anzahl	100 722	2,4	3,6
Gäste	1 000	2 141	5,1	1,4
Übernachtungen	"	8 257	7,4	3,3
Rheintal	"	1 373	9,3	- 4,8
Rheinhessen	"	378	- 2,5	17,8
Eifel / Ahr	"	1 604	9,1	1,7
Mosel / Saar	"	1 789	10,7	8,8
Hunsrück / Nahe / Glan	"	869	11,6	6,0
Westerwald / Lahn / Taunus	"	1 139	6,3	2,7
Pfalz	"	1 104	- 0,6	2,2

Im Rahmen der Kapazitätsausweitung hält sich auch im wesentlichen die Steigerung der *Übernachtungszahl* (+ 3,3%) im Sommerhalbjahr 1972 bei einer gewissen Stagnation der Gästeanmeldungen (+ 1,4%). Dies läßt auf eine weiter gestiegene Verweildauer schließen. Die Zahl der neuankommenen Gäste belief sich damit auf 2,1 Mill., die der Übernachtungen auf 8,3 Mill. Die geringe Zunahme ist wie im Vorjahr jedoch allein auf die Besucher aus Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern zurückzuführen. Die Zahl der ausländischen Gäste ging dagegen um mehr als 5% gegenüber des Sommerhalbjahres 1971 zurück. Da die verbliebenen Ausländer dafür etwas länger verweilten (2,5 Tage im Durchschnitt), stiegen die Übernachtungen dieser Gäste sogar leicht an (+ 1%).

Weniger Ausländer als im vorausgegangenen Sommerhalbjahr waren mit Ausnahme von Mosel/Saar (+ 4,1%) in allen *Fremdenverkehrsgebieten* des Landes zu verzeichnen. Die Abnahme wirkte sich in den Gebieten Eifel/Ahr, Westerwald/Lahn/Taunus (jeweils - 14%) sowie Hunsrück/Nahe/Glan (- 12%) am stärksten aus, während an Mosel und Saar (- 2%), in Rheinhessen (- 2%) und der Pfalz (- 0,2%) weit unterdurchschnittliche Rückgänge zu beobachten waren. In Rheinhessen wurde gleichzeitig sogar ein erheblicher Anstieg der Ausländerübernachtungen (+ 22%) gemessen.

#### Verkehr: Wachstum des Kfz-Bestandes erstmals verlangsamt

Die durch eine extrem niedrige Wasserführung des Rheins und seiner Nebenflüsse bedingte starke Beeinträchtigung des Güterverkehrs in der *Binnenschifffahrt*, die im 2. Halbjahr 1971 zu einem Rückgang von 14% geführt hatte, setzt sich 1972 weiter fort. Da erst im November eine deutliche Änderung der Witterungsverhältnisse eintrat, ist im Berichtsjahr mit einem Güterumschlag von 36,1 Mill. t zu rechnen, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um mehr als 4% entspricht.



Von den einzelnen Verkehrsbezirken verzeichnen nur die Häfen am Mittelrhein (unterhalb Bingen bis nördliche Landesgrenze) sowie an der Mosel im Durchschnitt einen höheren Güterumschlag als vor einem Jahr. Hierzu tragen vor allem die Häfen Bendorf, Trier und Koblenz bei, während in Vallendar dagegen wesentlich weniger umgeschlagen wird als im Vorjahr. Am stärksten verringern sich die Ein- und Ausladungen am Oberrhein (von der südlichen Landesgrenze bis oberhalb Worms), was vor allem auf die bei niedrigem Wasserstand gefährlichen Engpässe an der Loreley und im Binger Loch zurückzuführen ist. Davon ist in erster Linie der Hafen Ludwigshafen betroffen.

Das Wachstum des Kraftfahrzeug-Bestandes, der in den vorausgegangenen drei Jahren Zuwachsraten zwischen 7,0 und 9,2% aufwies, hat sich in diesem Jahr erstmals verlangsamt. Am 1. Juli 1972 wurden im Lande Rheinland-Pfalz 1,17 Mill.

Verkehrswirtschaft				
Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
<u>Binnenschifffahrt</u>				
Güterumschlag	Mill. t	36	- 4,5	- 4
Versand	"	18	- 7,2	- 6
Empfang	"	18	- 2,2	- 3
<u>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</u>				
Beförderte Personen	1 000	335 064	5,5	6
Allgemeiner Linienverkehr	"	284 969	2,3	4
Berufsverkehr	"	10 801	13,0	7
Schülerverkehr	"	33 085	50,2	28
<u>Kraftfahrzeugbestand</u>				
Krafträder	Anzahl	13 191	- 16,1	- 1,7
Personenkraftwagen	"	876 128	- 8,7	6,8
unter 1 000 ccm Hubraum	"	113 820	- 3,0	- 2,6
1 000 - 1 500 " "	"	458 147	5,2	3,2
über 1 500 " "	"	303 250	22,3	17,1
Lastkraftwagen	"	63 055	3,9	1,8

Kraftfahrzeuge gezählt, 64 000 oder 5,8% mehr als vor einem Jahr. Mit Ausnahme der Omnibusse und der Krafträder machte sich die Abschwächung bei allen Kraftfahrzeugarten bemerkbar. Während bei den Omnibussen mit + 7,7% die Veränderungsrate des Vorjahres gehalten werden konnte, reduzierte sich der in den letzten Jahren beobachtete starke Rückgang der Krafträder (Mitte 1971: - 16,1%) auf - 1,7%. Seit dem Januar 1972 wurde bei letzteren sogar eine Zunahme um 3,3% errechnet, wobei jedoch zu beachten ist, daß relativ viele Krafträder den Winter über polizeilich abgemeldet werden. Der Trend zum stärkeren Wagen setzte sich im vergangenen Jahr ebenfalls in abgeschwächtem Maße fort. Während sich die Zahl der größeren Wagen mit einem Hubraum ab 1 500 ccm um 44 325 oder 17,1% erhöhte, gab es 2 976 oder 2,6% weniger Wagen der Hubraumgrößenklasse unter 1 000 ccm. Am 1. Juli 1971 beliefen sich die entsprechenden Veränderungsdaten jedoch noch auf + 22,3 bzw. - 3,0%.

Im öffentlichen Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen (ohne freigestellten Schülerverkehr) setzt sich im Berichtsjahr die Entwicklung des Vorjahres wieder in stärkerem Maße fort, wenn auch die hohen Steigerungsraten des Jahres 1970 nicht mehr erreicht werden können. Die Zahl der beförderten Personen liegt mit 303 Mill. um 5% über der des vergangenen Jahres (Vorjahr + 3%). Die Beförderung im freigestellten Schülerverkehr wird sich im Berichtsjahr schätzungsweise auf 32 Mill. belaufen. Die Ergebnisse dieser Verkehrsform sind zeitlich jedoch nicht vergleichbar, weil von der Statistik aus methodischen Gründen nur die Unternehmen erfaßt werden können, die neben dem freigestellten Schülerverkehr noch eine Konzession für einen genehmigungspflichtigen Personenverkehr besitzen. Die günstigste Entwicklung weist der Gelegenheitsverkehr, insbesondere der Mietwagen- und der Ausflugsverkehr jeweils mit einer um 16% höheren Fahrgastzahl als im Vorjahr auf. Der allgemeine Linienverkehr, durch welchen im vorausgegangenen Jahr 87% aller Personen befördert wurden, verzeichnet 1972 nur eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate. Die Zahl der hier beförderten Personen erhöht sich deshalb voraussichtlich um knapp 4% auf 285 Mill., während die Zahl der Kilometer, die die Fahrgäste im Linienverkehr insgesamt zurücklegen, um etwa 1% auf 85 Mill. zurückgeht.

**Straßenverkehrsunfälle: Erneuter Anstieg nach Rückgang im Vorjahr**

Die Straßenverkehrsunfälle, deren Anstieg in erster Linie eine Folge des von Jahr zu Jahr zunehmenden Verkehrs auf den Straßen ist, nimmt nach den bis Redaktionsschluß vorliegenden Ergebnissen trotz des verlangsamten Wachstums des Kraftfahrzeug-Bestandes in diesem Jahr gegenüber 1971 wieder beträchtlich zu. So liegt die Zahl der Unfälle voraussichtlich um 6% höher als im Vorjahr, in dem vorübergehend eine Besserung (- 2%) eingetreten war. Die höchste prozentuale Steigerung (+ 20%) ist wie in den vorausgegangenen Jahren bei den schweren Sachschaden-Unfällen zu erwarten. Aber auch die Personenschaden-Unfälle nehmen mit + 7% wieder erheblich zu (1971: - 3%). Bei den Verunglückten ist dagegen eine Verlagerung von den Getöteten (- 1%) zu den Verletzten (+ 7%) zu beobachten, so daß sich die Zahl der Verkehrstoten in diesem Jahr voraussichtlich auf 1 225 belaufen wird.

Straßenverkehrsunfälle				
Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Unfälle insgesamt	Anzahl	92 140	- 2,2	6
mit schwerem Sachschaden	"	14 700	12,9	21
mit Personenschaden	"	23 470	- 2,5	7
Verletzte	"	33 950	- 3,0	7
Schwerverletzte	"	11 950	- 1,3	9
Getötete	"	1 225	2,6	- 1



## Bundespost: Weiterer Ausbau des Telefonnetzes

Die Geschäftstätigkeit der *Deutschen Bundespost* zeigte auch im zu Ende gehenden Jahr eine weiter ansteigende Tendenz. Im Jahre 1972 wurden im Bereich der Oberpostdirektion Koblenz, Trier und Neustadt, die mit den Grenzen von Rheinland-Pfalz identisch sind, 560 Mill. Briefsendungen befördert, das sind über 11% mehr als 1971. Hinzu kamen 13,3 Mill. Paketsendungen (— 3%). Die Zahl der aufgegebenen Telegramme ist um 22% auf weniger als 480 000 zurückgegangen. Fortgeschritten ist dagegen erneut der weitere Ausbau des Fernschreibnetzes (+ 9%) und des Telefonnetzes (+ 12%). Insgesamt wurden im zu Ende gehenden Jahr nahezu 250 Mill. Ferngespräche geführt, 7% mehr als 1971. Hierin sind die Ortsgespräche, über die zur Zeit noch keine Angaben vorliegen, nicht enthalten.

Deutsche Bundespost

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
Briefsendungen	Mill.	560	12,6	11
Paketsendungen	1 000	13 300	0,6	- 3
Aufgegebene Telegramme	"	480	- 14,1	- 22
Fernschreibanschlüsse	Anzahl	4 000	7,8	9
Fernsprechstellen	1 000	520	13,6	12
Telefongespräche (nur Ferngespräche)	Mill.	250	9,5	7
Rundfunkgenehmigungen	1 000	1 100	- 2,7	2
Fernsehgenehmigungen	"	990	0,1	3

Die Zahl der Genehmigungen für *Rundfunk- und Fernsehgeräte*, die ebenfalls in die Zuständigkeit der Bundespost fallen, ist im Jahre 1972 weiter angestiegen, und zwar auf 1,1 Mill. Rundfunkgenehmigungen (+ 2%) und 990 000 Fernsehgenehmigungen (+ 3%).

## Geld und Kredit: Weiterhin starke Zunahme der Kredite und Einlagen

Die von rheinland-pfälzischen Banken und Sparkassen an inländische Nichtbanken gewährten *Kredite* haben nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen zum Jahresende 1972 den Stand von rund 26 Mrd. DM erreicht, was einer Zunahme gegenüber 1971 um rund 15% entspricht. Beson-

## Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1971	1972
<u>Kreditinstitute</u>				
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	26 000	16,8	15
kurzfristig	"	6 300	11,8	11
mittelfristig	"	3 400	39,2	17
langfristig	"	16 400	15,0	17
<u>Einlagen und aufgenommene</u>				
Kredite	"	23 700	14,9	15
Sicht- und Termingelder	"	8 400	19,5	18
Spareinlagen	"	13 900	14,0	16
<u>Zahlungsschwierigkeiten</u> (Januar - September)				
Konkurse	Anzahl	158	- 8,1	17,0
Vergleichsverfahren	"	11	- 5,5	- 38,9
Gesamtforderungshöhe	Mill. DM	35,9	62,9	- 23,0

ders stark angestiegen sind die mittelfristigen und die langfristigen Kredite (jeweils + 17%), während bei den kurzfristigen Krediten eine unterdurchschnittliche Zunahme von rund 11% zu verzeichnen ist. Die langfristigen Kredite stellen mit über 16 Mrd. DM (63%) den wichtigsten Posten des Aktivgeschäftes dar.

Die *Einlagen* und die aufgenommenen Kredite von in- und ausländischen Nichtbanken dürften sich bis zum Jahresende um den gleichen Prozentsatz wie die Kredite (+ 15%) erhöhen. Das Volumen der Sicht- und Termingelder nahm um 18% zu, die Spareinlagen, die mit nahezu 14 Mrd. DM oder 58% den weitaus wichtigsten Teil des Passivgeschäftes der Banken und Sparkassen ausmachen, um 16%.

Zahlenmäßig betrachtet haben die Zahlungsschwierigkeiten in den ersten drei Quartalen diesen Jahres zwar zugenommen (23 Konkurse mehr, 7 Vergleichsverfahren weniger), die Gesamtforderungshöhe hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum jedoch beachtlich verringert. Insgesamt meldeten die Amtsgerichte des Landes in den ersten neun Monaten des Jahres 158 Konkurse und 11 Vergleichsverfahren. Die Gesamtforderungshöhe belief sich in diesem Zeitraum auf 36 Mill. DM, was gegenüber 1971 einen Rückgang um nahezu ein Viertel bedeutet.

Diplom-Volkswirte J. Gebauer/H.-H. Meincke

## Quellen des Lebensunterhalts - Wandlungen im letzten Jahrzehnt

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Wie bei den vorangegangenen Volks- und Berufszählungen wurde die Bevölkerung auch bei der Erhebung im Jahre 1970 nicht nur unter demographischen Gesichtspunkten erfaßt, sondern auch nach den verschiedensten erwerbsstatistischen Merkmalen untergliedert. Für die erwerbsstatistische Analyse wurde dabei zunächst eine Differenzierung nach folgenden Kriterien vorgenom-

men: Die Bevölkerung wird einmal nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen aufgeteilt. Diese Darstellung wird zum anderen ergänzt durch die Zuordnung aller Personen nach den Quellen ihres überwiegenden Lebensunterhalts, wobei als überwiegende Lebensunterhaltsquelle neben der Erwerbstätigkeit Rente, Vermögen und dgl. in Betracht kommen



können. Diejenigen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige bestritten wird, werden in diesem Zusammenhang als besondere Gruppe nachgewiesen. Die dritte erwerbsstatistisch orientierte Gliederung der Wohnbevölkerung folgt zunächst der Darstellung der Wohnbevölkerung nach den überwiegenden Quellen des Lebensunterhalts; hiervon abweichend werden jedoch die Personen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten werden, nach den überwiegenden Lebensunterhaltsquellen der jeweiligen Ernährer nachgewiesen.

Die Ergebnisse dieses Aufbereitungsgangs, die bei den Ernährern ansetzt und die Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung unter wirtschaftssystematischen und sozio-ökonomischen Gesichtspunkten sichtbar macht, ist Thema dieses Artikels. Die Darstellung stützt sich auf die Angaben des gemeindestatistischen Programms, das vorweg aufbereitet wurde und in der Differenzierung des Materials nur die wichtigsten Eckdaten bringen konnte, so daß eine tiefergehende Analyse noch nicht möglich ist. Andererseits erlaubt die Gliederung der Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken bereits die Aufdeckung bestimmter regionaler Unterschiede und der Wandlungen, die im letzten Jahrzehnt hier Platz gegriffen haben.

#### **Anteil der von Renten lebenden Bevölkerung stark gestiegen**

Nach der Bestandsaufnahme am Tage der Volks- und Berufszählung 1970 lebten in Rheinland-Pfalz 2 832 574 Personen, das sind 77,7% der Wohnbevölkerung, überwiegend aus Erwerbseinkünften, entweder aus eigener Erwerbstätigkeit oder aus der Erwerbstätigkeit eines Angehörigen. Dagegen führten 22,3% der Wohnbevölkerung, also 812 863 Personen (Ernährer und Ernährte) Renten, Vermögen u. dgl. als überwiegende Unterhaltsquelle an. Ein Rückblick auf die Volkszählung 1961 zeigt eine überraschende Verschiebung in dem zahlenmäßigen Verhältnis dieser beiden Bevölkerungsgruppen. In dem Zeitraum der letzten 9 Jahre hat die Zahl der Personen, deren überwiegende Unterhaltsquelle aus Erwerbstätigkeit fließt, nur um 2,9% zugenommen, während der Bevölkerungsanteil, für den Renten u. dgl. die Hauptunterhaltsquelle bilden, um 22,5% gestiegen ist. Die entsprechenden Anteilssätze sind damit von 80,6 auf 77,7% gefallen bzw. von 19,4 auf 22,3% gestiegen.

#### **Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**

Die Ursachen für diese Wandlung sind zum einen in einer recht ungünstigen Veränderung der Altersstruktur und zum anderen in einer Verminderung der Erwerbsquote zu sehen. Während die Wohnbevölkerung von 1961 bis 1970 insgesamt um 6,7% zugenommen hat, erhöhte sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis unter 65 Jahren) nur um 1,8%. Dagegen wuchs die Zahl der unter 15 Jahre alten Jugendlichen um 17,6% und die Zahl der älteren Menschen über 65 Jahre sogar um 31,2%. Der schrumpfende

Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist vor allem auf die zunehmende Lebenserwartung zurückzuführen. Diese Tendenz wurde jedoch noch dadurch verstärkt, daß der Anteil der älteren Menschen, der im letzten Jahrzehnt per Saldo (d. h. unter Berücksichtigung der Abwanderungen) nach Rheinland-Pfalz zuwanderte, erheblich höher war, als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im Ausgangsjahr 1961 (19,4 gegenüber 10,5%). Ein derartiger Entwicklungsverlauf war zunächst insofern kaum zu erwarten, als gerade in den 60er Jahren ein außergewöhnlicher Zustrom ausländischer Arbeiter erfolgte. Dieser positive Wanderungssaldo mit dem Ausland, der sich im letzten Jahrzehnt auf ca. 90 000 Personen belief, von denen sich wiederum ca. 80% im erwerbsfähigen Alter befanden, wurde jedoch in seinen Auswirkungen auf die Altersstruktur durch die Wanderungsbewegung mit den anderen Bundesländern erheblich neutralisiert, denn hier stand ein Wanderungsüberschuß bei den über 65jährigen in Höhe von etwa 11 000 Personen einem Wanderungsverlust bei den Personen im erwerbsfähigen Alter von ca. 17 000 gegenüber. Die Ursachen dieser Wanderungsbewegung werden noch im Zusammenhang mit den Wandlungen der Altersstruktur des Landes von 1961 bis 1970 näher untersucht werden müssen. Den Ergebnissen der Wanderungsstatistik läßt sich aber schon jetzt entnehmen, daß Rheinland-Pfalz wegen seiner schönen Landschaften für viele Pensionäre und Rentner aus dem angrenzenden rheinisch-westfälischen Industriegebiet erhebliche Anziehungskraft als Wohnort für den Ruhestand besitzt, wobei vermutlich vor allem die günstig gelegenen Klein- und Mittelstädte bevorzugt werden.

#### **Rückläufige Erwerbsquoten**

Wie bereits erwähnt ist die Abnahme des Anteils derjenigen Personen, deren Lebensunterhalt überwiegend aus der eigenen Erwerbstätigkeit oder aus einer Erwerbstätigkeit des Ernährers bestritten wird, nicht nur durch eine relativ schwächere Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bedingt. Hinzu kommt vielmehr bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter selbst eine Abnahme der Erwerbsquote. So sank von 1961 bis 1970 der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 68,6 auf 64,8%. Diese Veränderung trat nicht allein deshalb ein, weil ein Teil der bisher erwerbstätigen Frauen wegen der steigenden Einkommen ihrer Männer ihre Berufstätigkeit aufgaben, vielmehr sank die Erwerbsquote bei Männern und Frauen in etwa gleichmäßig, und zwar bei den Männern von 92,2 auf 88,9% und bei den Frauen von 47,9 auf 42,6%. Maßgebend hierfür dürfte vor allem sein, daß ein immer größerer Teil der jungen Menschen eine bessere Ausbildung anstrebt und damit erst später eine Erwerbstätigkeit aufnimmt.

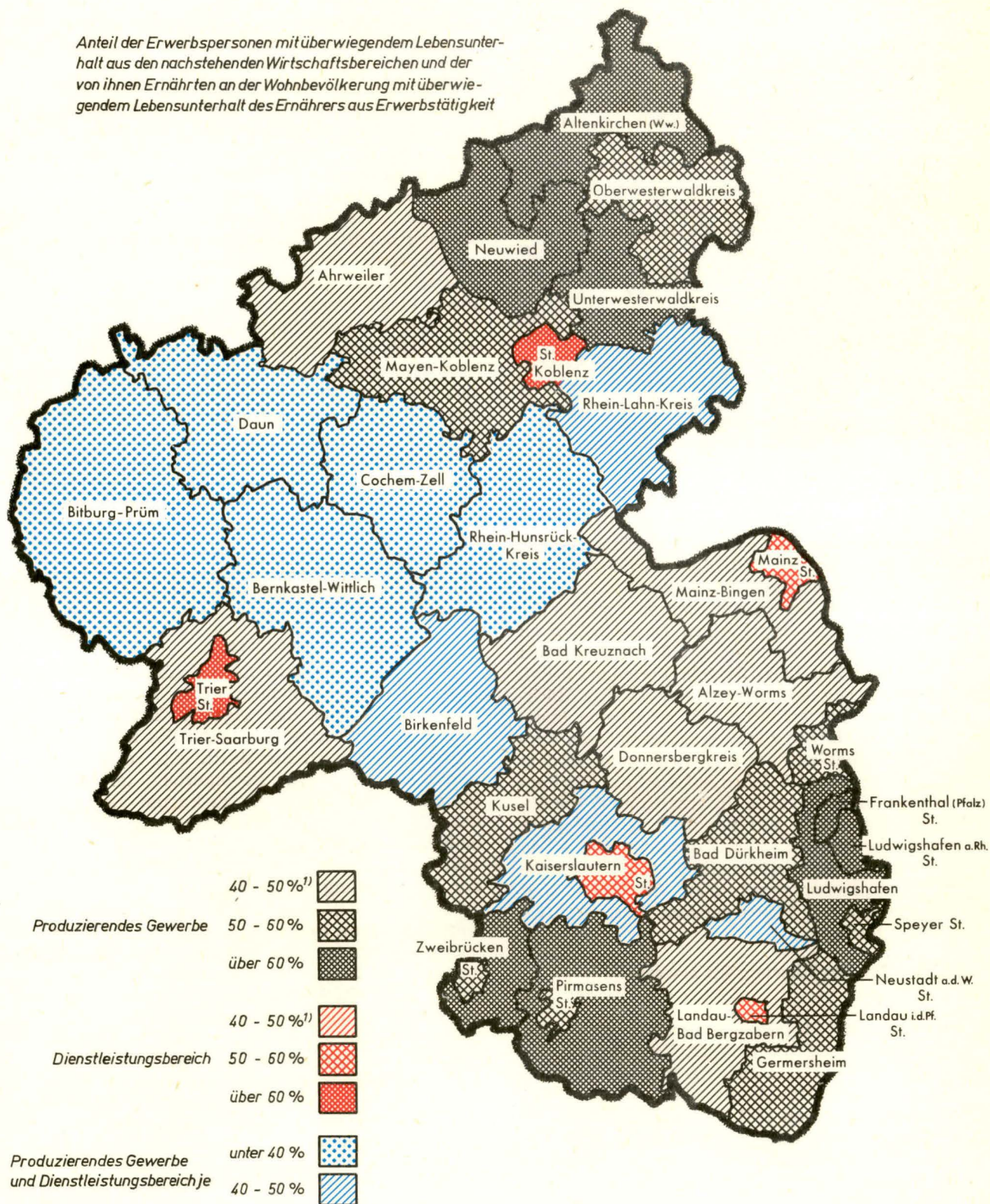
#### **Sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Konsequenzen**

Der steigende Anteil der Personen, die überwiegend von Rente u. dgl. leben, hat erhebliche



# Wohnbevölkerung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit des Ernährers 1961

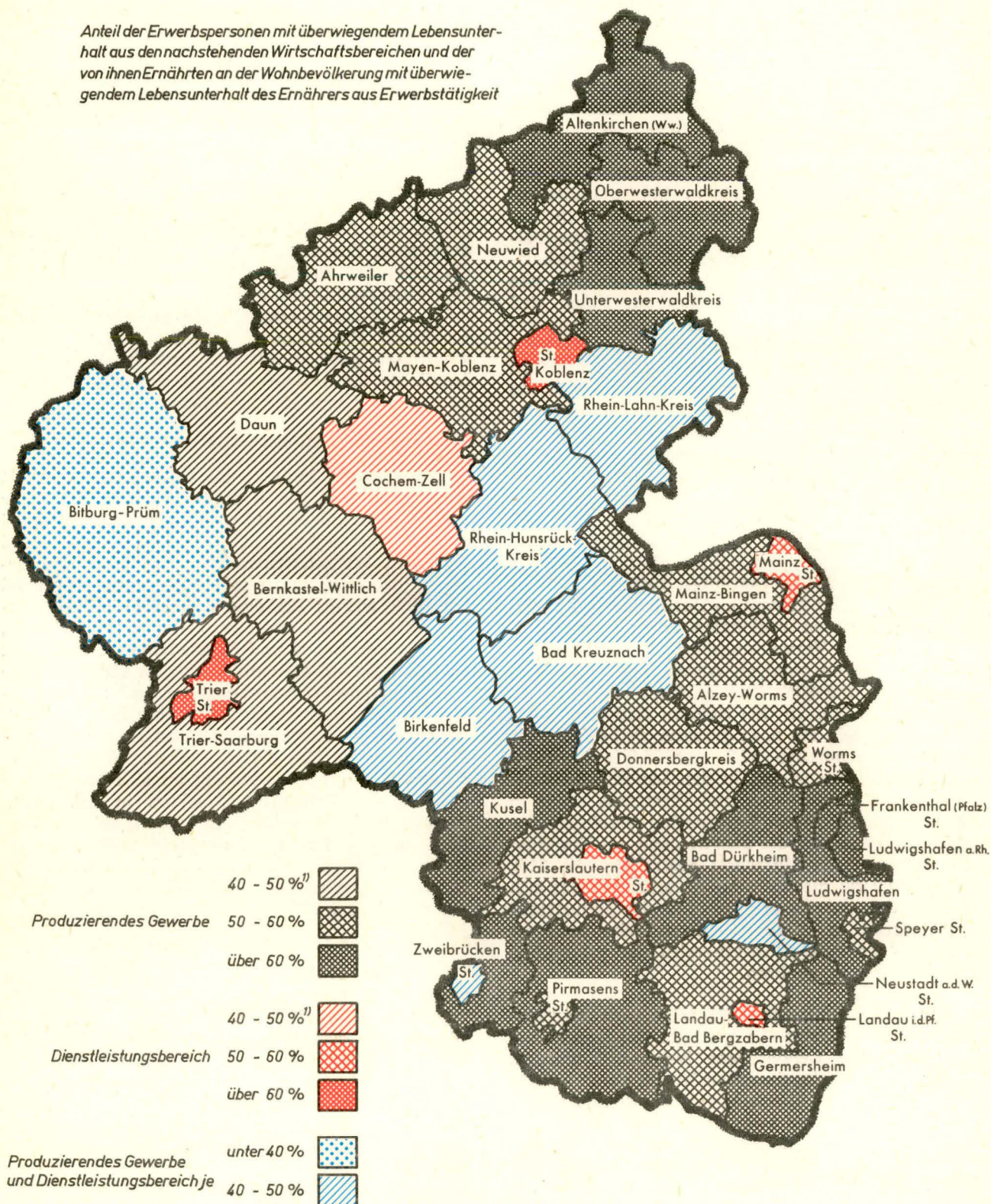
Anteil der Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus den nachstehenden Wirtschaftsbereichen und der von ihnen Ernährten an der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit





# Wohnbevölkerung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit des Ernährers 1970

Anteil der Erwerbspersonen mit überwiegender Lebensunterhalt aus den nachstehenden Wirtschaftsbereichen und der von ihnen Ernährten an der Wohnbevölkerung mit überwiegender Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit





wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen, von denen die wichtigste die ist, daß ein wachsender Teil der Erwerbseinkommen für Rentenzahlungen abgezweigt werden muß. Diese steigenden Belastungen der Erwerbseinkommen, die sich vor allen Dingen für die Lohn- und Gehaltsempfänger in höheren Sozialabgaben niederschlagen, bergen den Keim für soziale Spannungen in sich. Sie haben aber auch schon jetzt ganz konkrete finanzpolitische Auswirkungen, wenn sich die Rentner und Pensionäre regional ungleichmäßig verteilen, da die Sozialrenten weitgehend einkommensteuerfrei sind und die Pensionen aufgrund der höheren Freibeträge für ältere Menschen nur zu einem geringeren Teil zur Besteuerung herangezogen werden können. Wandern z. B. aus einem Bundesland mit einem hohen Industrialisierungsgrad wie Nordrhein-Westfalen in zunehmendem Maße Personen nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsprozeß in ein landschaftlich reizvolleres benachbartes Bundesland wie Rheinland-Pfalz ab, so hat dies zur Folge, daß in dem letzteren der Anteil der einkommensteuerzahlenden Personen abnimmt, eine Situation, die durch den Finanzausgleich zwischen den Ländern nur unvollständig bereinigt wird. Aber auch die seit der Gemeindefinanzreform an der Einkommensteuer beteiligten Gemeinden gewinnen dadurch neue Bürger, die in dieser Hinsicht nichts zur Finanzierung der kommunalen Ausgaben beitragen.

### Regionale Unterschiede

Innerhalb der Landesgrenzen zeigen die Relationen der beiden genannten Bevölkerungsgruppen keine auffallenden regionalen Abweichungen. In den einzelnen Verwaltungsbezirken streuen die Anteilssätze, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zwischen 75 und 80% bzw. entsprechend zwischen 25 und 20%. Nur in den Städten Bad Kreuznach und Landau lebt ein noch größerer Teil der Wohnbevölkerung, nämlich 27,2 und 25,8%, überwiegend von Renten u. dgl. In den Landkreisen Germersheim, Ludwigshafen und Pirmasens sowie in der kreisfreien Stadt Frankenthal erreichen dagegen die Personen, die überwiegend aus Erwerbseinkommen ihren Unterhalt bestreiten, mit 81,9, 81,0 und 80,8% die höchsten Anteilssätze, was sich vornehmlich daraus erklärt, daß der Industrialisierungsgrad in diesen Gebieten sehr hoch ist bzw. daß sie zum Einzugsbereich der pfälzischen Industriezentren gehören.

Die Entwicklung seit 1961 zeigt auch in regionaler Aufgliederung die gleichen Tendenzen wie sie bereits auf Landesebene festgesetzt wurden. In allen Verwaltungsbezirken ist die absolute Zahl der Personen, die überwiegend von Renten u. dgl. leben, gestiegen, und zwar in den meisten Verwaltungsbezirken um 20 bis 30%. Höhere Zuwachsraten von 30,1 bis 33,0% waren in den Landkreisen Ludwigshafen und Pirmasens, im Oberwesterwaldkreis sowie in den Landkreisen Daun und Ahrweiler festzustellen, während in den Städten Trier und Speyer sowie im Landkreis Kusel und im

Rhein-Lahn-Kreis die Zunahmen mit 5,5 bis 13,8% am weitesten unter dem Durchschnitt lagen.

Bei dem Teil der Bevölkerung, der überwiegend von Erwerbseinkommen lebt, läßt sich in den einzelnen Verwaltungsbezirken ein stärker differenzierter Entwicklungsverlauf verfolgen. Die Zunahme von 2,9% im Landesdurchschnitt wird zum Teil erheblich überschritten, wie z. B. in den Landkreisen Germersheim (17,5%) und Ludwigshafen (12,3%) sowie im Oberwesterwaldkreis (15,5%) und Unterwesterwaldkreis (12,4%). In dreizehn Verwaltungsbezirken hat dagegen die Zahl der Personen, die überwiegend von Arbeitseinkommen leben, abgenommen. Besonders auffällig war der Rückgang in einigen Städten wie Pirmasens (— 12,3%), Zweibrücken (— 5,7%), Kaiserslautern (— 4,6%) und Trier (— 4,0%). In einzelnen Fällen war hierfür sicherlich der Verlauf der industriellen Entwicklung maßgebend. So hat z. B. die Zahl der in der Industrie Beschäftigten im Oberwesterwaldkreis und im Landkreis Germersheim stark zugenommen, während im Stadt- und Landkreis Pirmasens die Zahl der Industriebeschäftigten geschrumpft ist. Auch im Stadt- und Landkreis Kaiserslautern zeigt sich eine ähnliche rückläufige Entwicklungstendenz.

### Wachsender Anteil des tertiären Sektors

Wichtige und interessante Informationen erhält man, wenn man die Wohnbevölkerung (Ernährer und Ernährte), deren Lebensunterhalt überwiegend auf Erwerbstätigkeit basiert, weiter analysiert und nach den Wirtschaftsbereichen, in denen die Ernährer arbeiten, untergliedert. Es ergibt sich dabei ein Bild, wie es für eine hochentwickelte Volkswirtschaft typisch ist: Der Teil der Bevölkerung, der von der Land- und Forstwirtschaft lebt, geht zurück, während die dem produzierenden Gewerbe zuzurechnende Bevölkerung zwar noch zunimmt — wobei sich allerdings die Zuwachsraten tendenziell verringern — und der Dienstleistungsbereich, der sogenannte tertiäre Sektor, einen stärker wachsenden Teil der Bevölkerung an sich bindet. Am Stichtag der Volkszählung lebten in Rheinland-Pfalz von der Bevölkerung, deren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkünften bestritten wird, 7,6% aus der Land- und Forstwirtschaft, 51,7% aus dem produzierenden Gewerbe und 40,7% aus dem Dienstleistungsbereich.

### Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung

Im Jahre 1961 bezogen noch 13,8% der Einwohner des Landes überwiegend aus der Land- und Forstwirtschaft ihren Lebensunterhalt. Welche Wandlungen sich hinter diesen Anteilssätzen verbergen, lassen die absoluten Zahlen erkennen: Danach sind ca. 165 000 Personen, deren Einkommen 1961 noch überwiegend aus der Land- und Forstwirtschaft floß, bis 1970 in die anderen Wirtschaftsbereiche abgewandert, sofern sie nicht aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind (wobei hier, wie bei der gesamten Darstellung in diesem Artikel, natürlich zu berücksichtigen ist, daß die Angehörigen jeweils dem Wirtschaftsbereich ihres Ernährers zugeordnet werden). In diesem



Wohnbevölkerung (Ernährer und Ernährte) nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers  
und Verwaltungsbezirken 1961 und 1970

Verwaltungsbezirk	Überwiegender Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit 1)					Überwiegender Lebensunterhalt des Ernährers aus Rente u. dgl. 2)				
	1961	1970	Veränderung	1961	1970	1961	1970	Veränderung	1961	1970
	Anzahl		%	% 3)		Anzahl		%	% 3)	
Kreisfreie Stadt Koblenz	94 658	93 507	- 1,2	81,5	78,3	21 436	25 927	21,0	18,5	21,7
Landkreise										
Ahrweiler	75 020	80 264	7,0	80,9	77,3	17 737	23 598	33,0	19,1	22,7
Altenkirchen (Ww.)	88 382	91 439	3,5	78,6	75,5	24 014	29 742	23,9	21,4	24,5
Bad Kreuznach	109 215	113 290	3,7	79,9	76,9	27 519	34 070	23,8	20,1	23,1
Bad Kreuznach, St.	30 299	30 674	1,2	77,2	72,8	8 968	11 472	27,9	22,8	27,2
Birkenfeld	75 735	73 903	- 2,4	82,6	78,9	15 951	19 716	23,6	17,4	21,1
Idar-Oberstein, St.	32 648	30 815	- 5,6	83,2	79,0	6 581	8 185	24,4	16,8	21,0
Cochem-Zell	52 046	51 487	- 1,1	81,4	78,0	11 871	14 511	22,2	18,6	22,0
Mayen-Koblenz	137 525	145 203	5,6	80,1	78,2	34 070	40 553	19,0	19,9	21,8
Andernach, St.	20 870	20 613	- 1,2	78,7	76,0	5 648	6 527	15,6	21,3	24,0
Neuwied	106 427	112 558	5,8	79,0	75,9	28 257	35 644	26,1	21,0	24,1
Neuwied, St.	47 260	48 079	1,7	79,7	76,9	12 005	14 481	20,6	20,3	23,1
Oberwesterwaldkreis	50 586	58 415	15,5	77,8	75,6	14 474	18 890	30,5	22,2	24,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	64 884	67 021	3,3	79,4	76,6	16 802	20 429	21,6	20,6	23,4
Rhein-Lahn-Kreis	88 748	88 921	0,2	77,5	75,2	25 764	29 314	13,8	22,5	24,8
Lahnstein, St.	16 286	15 099	- 7,3	79,8	76,7	4 130	4 596	11,3	20,2	23,3
Unterwesterwaldkreis	59 229	66 544	12,4	79,0	77,5	15 765	19 323	22,6	21,0	22,5
Reg. Bez. Koblenz	1 002 455	1 042 552	4,0	79,8	77,0	253 660	311 717	22,9	20,2	23,0
Kreisfreie Stadt Trier	82 031	78 718	- 4,0	77,6	75,9	23 704	25 006	5,5	22,4	24,1
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	87 775	84 767	- 3,4	81,8	77,1	19 534	25 216	29,1	18,2	22,9
Bitburg-Prüm	74 853	72 815	- 2,7	82,4	78,0	16 040	20 581	28,3	17,6	22,0
Daun	42 062	43 899	4,4	81,0	77,1	9 876	13 055	32,2	19,0	22,9
Trier-Saarburg	89 661	93 530	4,3	82,1	79,0	19 530	24 825	27,1	17,9	21,0
Reg. Bez. Trier	376 382	373 729	- 0,7	80,9	77,5	88 684	108 683	22,6	19,1	22,5
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	29 544	33 051	11,9	82,7	80,8	6 188	7 847	26,8	17,3	19,2
Kaiserslautern	79 438	75 798	- 4,6	80,0	76,1	19 871	23 819	19,9	20,0	23,9
Landau i. d. Pfalz	21 812	23 424	7,4	75,5	74,2	7 088	8 165	15,2	24,5	25,8
Ludwigshafen a. Rhein	136 593	139 051	1,8	82,4	79,0	29 168	36 980	26,8	17,6	21,0
Mainz	121 234	132 593	9,4	79,8	77,0	30 673	39 602	29,1	20,2	23,0
Neustadt a. d. Weinstr.	41 071	38 934	- 5,2	79,8	76,5	10 398	11 975	15,2	20,2	23,5
Pirmasens	47 699	41 824	- 12,3	80,8	75,1	11 355	13 868	22,1	19,2	24,9
Speyer	29 855	32 063	7,4	77,6	76,8	8 630	9 700	12,4	22,4	23,2
Worms	59 341	58 315	- 1,7	78,8	76,0	15 965	18 382	15,1	21,2	24,0
Zweibrücken	26 501	24 989	- 5,7	80,5	76,3	6 423	7 775	21,0	19,5	23,7
Landkreise										
Alzey-Worms	76 514	76 601	0,1	81,0	78,3	17 991	21 179	17,7	19,0	21,7
Bad Dürkheim	89 381	90 868	1,7	81,9	78,6	19 701	24 786	25,8	18,1	21,4
Donnersbergkreis	50 775	51 278	1,0	78,9	76,4	13 540	15 840	17,0	21,1	23,6
Germersheim	64 469	75 748	17,5	83,2	81,9	13 059	16 770	28,4	16,8	18,1
Kaiserslautern	70 128	70 768	0,9	81,6	78,5	15 849	19 392	22,4	18,4	21,5
Kusel	65 238	64 194	- 1,6	80,0	77,6	16 337	18 515	13,3	20,0	22,4
Landau-Bad Bergzabern	82 339	81 595	- 0,9	80,7	78,1	19 639	22 828	16,2	19,3	21,9
Ludwigshafen	84 699	95 102	12,3	83,2	81,0	17 143	22 301	30,1	16,8	19,0
Mainz-Bingen	111 242	119 184	7,1	81,6	79,6	25 114	30 614	21,9	18,4	20,4
Bingen, St.	18 388	17 835	- 3,0	77,3	75,2	5 395	5 889	9,2	22,7	24,8
Pirmasens	61 655	65 280	5,9	83,9	80,8	11 869	15 474	30,4	16,1	19,2
Zweibrücken	25 232	25 633	1,6	83,0	79,4	5 174	6 651	28,5	17,0	20,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 374 760	1 416 293	3,0	81,1	78,3	321 175	392 463	22,2	18,9	21,7
Rheinland-Pfalz	2 753 597	2 832 574	2,9	80,6	77,7	663 519	812 863	22,5	19,4	22,3
Kreisfreie Städte	769 777	772 267	0,3	80,1	77,1	190 899	229 046	20,0	19,9	22,9
Landkreise	1 983 820	2 060 307	3,9	80,8	77,9	472 620	583 817	23,5	19,2	22,1

1) 1961: einschl. Arbeitslosengeld/-hilfe. - 2) 1970: einschl. Arbeitslosengeld/-hilfe. - 3) Anteil an der Wohnbevölkerung in % (Zeilen-summen = 100).



Zusammenhang ist die Frage interessant, ob die aufgezeigten Relationen damit auch die Bedeutung haben, daß heute nur 7,6% der Bevölkerung die gesamte Bevölkerung ernähren — oder genauer gesagt, die für ihre Ernährung benötigten Rohstoffe bereitstellen. Das trifft nur zu, wenn nicht ein großer Teil der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse aus den anderen Bundesländern und dem Ausland importiert wird, die Ernährungsbilanz somit also nicht ein größeres Defizit aufweist. Eine exakte Antwort hierauf kann nur eine genauere Untersuchung liefern, in der die Produktionszahlen mit den Ergebnissen der Statistiken über den Güterfernverkehr zusammengeführt werden. Ein erster Überblick über die Angaben aus den Güterverkehrsstatistiken zeigt, daß nicht unbeträchtliche Versorgungslücken, vor allem bei Fleisch und Getreide, bestehen dürften, während positive Salden bei bestimmten Sonderkulturen (vor allem Wein), Zuckerrüben und Holz zu verzeichnen sind.

Die Bevölkerung, die überwiegend aus dem produzierenden Gewerbe bzw. aus dem Dienstleistungsbereich lebt, nahm von 1961 bis 1970 um 8,9 bzw. 12,0% zu. Ihre Anteile an der Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbseinkünften erhöhten sich damit von 48,9 auf 51,7% bzw. von 37,4 auf 40,7%.

#### **Industrieregionen im Norden und Süden des Landes**

Eine regionale Differenzierung dieser zunächst für das Land insgesamt aufgezeigten Relationen ergibt, daß in drei Räumen des Landes das produzierende Gewerbe dominiert, sofern man hierfür als Kriterium die Bevölkerung nimmt, die aus diesem Wirtschaftsbereich überwiegend ihren Lebensunterhalt bezieht. Es sind dies im Norden der Landkreis Altenkirchen sowie der Oberwesterwaldkreis und der Unterwesterwaldkreis (Anteil des produzierenden Gewerbes 60% und mehr), an die sich nach Westen die Landkreise Neuwied, Mayen-Koblenz und Ahrweiler anschließen (Anteil des produzierenden Gewerbes 50 bis unter 60%). Im Süden erreichen die stark industrialisierten Städte und Kreise im östlichen Teil der Pfalz einen Anteil des produzierenden Gewerbes von mehr als 60%; hierzu gehören die Städte Ludwigshafen und Frankenthal sowie die Landkreise Ludwigshafen, Bad Dürkheim und Gernsheim. In der Westpfalz ist für die Landkreise Pirmasens, Zweibrücken und Kusel das produzierende Gewerbe mit Anteilen von 60 und mehr % weitgehend bestimmend. Aber auch in den zwischen diesen Räumen gelegenen Gebieten und in den sich nördlich anschließenden Landkreisen und Städten des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz macht der Anteil des produzierenden Gewerbes noch zwischen 50 und 60% aus. Eine Ausnahme bilden hier nur die Städte Mainz, Kaiserslautern und Landau, deren Einwohner zu 50 bis 60% ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dem Dienstleistungsbereich beziehen und die Städte Zweibrücken und Neustadt, in denen die Bedeutung des produzierenden Gewerbes und des Dienst-

leistungsbereichs gleich groß ist (je 40 bis unter 50%).

#### **Dienstleistungsbereich in den zentralen Orten dominierend**

Eine in dieser Hinsicht entsprechend ausgeglichene Wirtschaftsstruktur weisen auch die sich als breiter Gürtel durch die Mitte des Landes hinziehenden Landkreise Birkenfeld, Bad Kreuznach, sowie der Rhein-Hunsrück-Kreis und Rhein-Lahn-Kreis auf. In den Landkreisen des Regierungsbezirks Trier hat die Land- und Forstwirtschaft noch eine gewisse Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Bitburg-Prüm (Anteile über 20%). Die Rolle eines ausgesprochenen zentralen Ortes für ihr Umland nehmen die Städte Koblenz und Trier ein; 74,6 bzw. 64,0% der Einwohner finden hier im Dienstleistungsbereich die überwiegende Quelle ihres Lebensunterhalts. Die außergewöhnlich hohe Quote für Koblenz erklärt sich dabei daraus, daß Koblenz sich zu einer ausgesprochenen Behördenstadt entwickelt hat, in der diejenigen Personen, die bei Bund, Ländern und Kommunen beschäftigt sind samt den von ihnen abhängigen Angehörigen 33,7% der Wohnbevölkerung stellen. (Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung an ihren Heimatorten gezählt wurden und damit in keiner Weise zu dem hohen Anteil des Dienstleistungsbereichs in Koblenz beitragen, das ja gleichzeitig als Militärstandort bekannt ist).

#### **Starke Strukturwandlungen in den ländlichen Regionen**

Vergleicht man diese für das Jahr 1970 dargestellten Verhältnisse mit den Relationen für das Jahr 1961, so zeichnet sich der Rückgang der Land- und Forstwirtschaft als Quelle des Lebensunterhalts und das entsprechende Vorrücken des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs als der die Entwicklung dominierende Trend ab. Dank der auf eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur gerichteten Politik der Landesregierung gelang es, die in der Land- und Forstwirtschaft freigesetzten Erwerbspersonen weitgehend in andere Wirtschaftsbereiche einzugliedern.

Das zeigt sich besonders in den vier Landkreisen des Regierungsbezirks Trier, wo von 1961 bis 1970 die Zahl der Personen, die überwiegend von Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft lebten, von 100 085 auf 56 891 zurückgegangen ist. Der Rückgang der Anteilssätze der Personen, deren überwiegende Unterhaltsquelle die Land- und Forstwirtschaft war, lag in diesen vier Landkreisen zwischen 14,0 und 17,8 Punkten. Im Regierungsbezirk Koblenz waren die Verhältnisse im Landkreis Cochem-Zell und Rhein-Hunsrück-Kreis ähnlich. Die entsprechenden Quoten sind hier um 14,9 und 13,9 Punkte gefallen. Auch im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz waren diese Strukturwandlungen in einigen Verwaltungsbezirken, z. B. in den Landkreisen Alzey-Worms,



Wohnbevölkerung (Ernährer und Ernährte) mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit  
nach dem Wirtschaftsbereich des Ernährers und Verwaltungsbezirken 1961 und 1970

Verwaltungsbezirk	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				Produzierendes Gewerbe				Übrige Wirtschaftsbereiche			
	1961		1970		1961		1970		1961		1970	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 904	2,0	1 082	1,2	24 015	25,4	22 696	24,3	68 739	72,6	69 729	74,6
Landkreise												
Ahrweiler	10 711	14,3	4 759	5,9	35 021	46,7	40 122	50,0	29 288	39,0	35 383	44,1
Altenkirchen (Ww.)	7 838	8,9	3 732	4,1	54 332	61,5	58 440	63,9	26 212	29,7	29 267	32,0
Bad Kreuznach	19 323	17,7	10 999	9,7	50 175	45,9	56 142	49,6	39 717	36,4	46 149	40,7
Bad Kreuznach, St.	1 252	4,1	1 027	3,3	12 721	42,0	13 384	43,6	16 326	53,9	16 263	53,0
Birkenfeld	8 789	11,6	4 533	6,1	36 623	48,4	35 984	48,7	30 323	40,0	33 386	45,2
Idar-Oberstein, St.	541	1,7	258	0,8	17 755	54,4	16 219	52,6	14 352	44,0	14 338	46,5
Cochem-Zell	17 311	33,3	9 482	18,4	15 358	29,5	18 933	36,8	19 377	37,2	23 072	44,8
Mayen-Koblenz	14 599	19,6	8 307	5,7	74 464	54,1	75 853	52,2	48 462	35,2	61 043	42,0
Andernach, St.	770	3,7	461	2,2	11 694	56,0	11 087	53,8	8 406	40,3	9 065	44,0
Neuwied	9 183	8,6	4 862	4,3	64 088	60,2	66 566	59,1	33 156	31,2	41 130	36,5
Neuwied, St.	1 193	2,5	827	1,7	29 698	62,8	27 745	57,7	16 369	34,6	19 507	40,6
Oberwesterwaldkreis	8 099	16,0	2 814	4,8	29 502	58,3	36 491	62,5	12 985	25,7	19 110	32,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	18 166	28,0	9 482	14,1	22 469	34,6	28 712	42,8	24 249	37,4	28 827	43,0
Rhein-Lahn-Kreis	13 274	15,0	6 843	7,7	36 377	41,0	39 065	43,9	39 097	44,1	43 013	48,4
Lahnstein, St.	217	1,3	157	1,0	5 979	36,7	5 790	38,3	10 090	62,0	9 152	60,6
Unterwesterwaldkreis	4 698	7,9	2 121	3,2	36 422	61,5	39 992	60,1	18 109	30,6	24 431	36,7
Reg. Bez. Koblenz	133 895	13,4	69 016	6,6	478 846	47,8	518 996	49,8	389 714	38,9	454 540	43,6
Kreisfreie Stadt Trier	2 266	2,8	1 288	1,6	28 085	34,2	27 061	34,4	51 680	63,0	50 369	64,0
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	32 123	36,6	18 545	21,9	27 756	31,6	34 465	40,7	27 896	31,8	31 757	37,5
Bitburg-Prüm	28 642	38,3	17 669	24,3	22 093	29,5	28 244	38,8	24 118	32,2	26 902	36,9
Daun	14 305	34,0	7 097	16,2	15 836	37,6	20 258	46,1	11 921	28,3	16 544	37,7
Trier-Saarburg	25 015	27,9	13 580	14,5	38 023	42,4	45 647	48,8	26 623	29,7	34 303	36,7
Reg. Bez. Trier	102 351	27,2	58 179	15,6	131 793	35,0	155 675	41,7	142 238	37,8	159 875	42,8
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	833	2,8	632	1,9	21 001	71,1	23 921	72,4	7 710	26,1	8 498	25,7
Kaiserslautern	910	1,1	569	0,8	31 986	40,3	31 851	42,0	46 542	58,6	43 378	57,2
Landau i. d. Pfalz	527	2,4	350	1,5	8 521	39,1	9 503	40,6	12 764	58,5	13 571	57,9
Ludwigshafen a. Rhein	1 074	0,8	1 001	0,7	91 358	66,9	94 006	67,6	44 161	32,3	44 044	31,7
Mainz	3 243	2,7	2 284	1,7	53 329	44,0	54 443	41,1	64 662	53,3	75 866	57,2
Neustadt a. d. Weinstr.	3 124	7,6	2 014	5,2	18 218	44,4	18 048	46,4	19 729	48,0	18 872	48,5
Pirmasens	598	1,3	401	1,0	27 663	58,0	23 192	55,5	19 438	40,8	18 231	43,6
Speyer	588	2,0	368	1,1	15 980	53,5	16 319	50,9	13 287	44,5	15 376	48,0
Worms	2 401	4,0	1 783	3,1	33 610	56,6	33 100	56,8	23 330	39,3	23 432	40,2
Zweibrücken	526	2,0	282	1,1	14 139	53,4	12 479	49,9	11 836	44,7	12 228	48,9
Landkreise												
Alzey-Worms	20 012	26,2	13 089	17,1	34 584	45,2	38 848	50,7	21 918	28,6	24 664	32,2
Bad Dürkheim	13 271	14,8	8 571	9,4	50 266	56,2	54 578	60,1	25 844	28,9	27 719	30,5
Donnersbergkreis	10 901	21,5	6 282	12,3	25 225	49,7	29 482	57,5	14 649	28,9	15 514	30,3
Germersheim	9 415	14,6	4 882	6,4	36 213	56,2	47 434	62,6	18 841	29,2	23 432	30,9
Kaiserslautern	6 664	9,5	3 839	5,4	34 025	48,5	36 396	51,4	29 439	42,0	30 533	43,1
Kusel	9 519	14,6	4 810	7,5	36 077	55,3	38 587	60,1	19 642	30,1	20 797	32,4
Landau-Bad Bergzabern	19 697	23,9	12 060	14,8	37 251	45,2	41 078	50,3	25 391	30,8	28 457	34,9
Ludwigshafen	7 012	8,3	4 208	4,4	57 749	68,2	66 713	70,1	19 938	23,5	24 181	25,4
Mainz-Bingen	21 627	19,4	13 623	11,4	51 150	46,0	60 612	50,9	38 465	34,6	44 949	37,7
Bingen, St.	841	4,6	533	3,0	7 639	41,5	7 973	44,7	9 908	53,9	9 329	52,3
Pirmasens	6 112	9,9	3 187	4,9	41 658	67,6	44 308	67,9	13 885	22,5	17 785	27,2
Zweibrücken	4 512	17,9	2 898	11,3	15 548	61,6	16 245	63,4	5 172	20,5	6 490	25,3
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	142 566	10,4	87 133	6,2	735 551	53,5	791 143	55,9	496 643	36,1	538 017	38,0
Rheinland-Pfalz	378 812	13,8	214 328	7,6	1 346 190	48,9	1 465 814	51,7	1 028 595	37,4	1 152 432	40,7
Kreisfreie Städte	17 994	2,3	12 054	1,6	367 905	47,8	366 619	47,5	383 878	49,9	393 594	51,0
Landkreise	360 818	18,2	202 274	9,8	978 285	49,3	1 099 195	53,4	644 717	32,5	758 838	36,8

1) Anteil an der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit (Zeilensummen = 100).



Landau-Bad Bergzabern und im Donnersbergkreis, besonders ausgeprägt. Die Zahl der Einwohner, die überwiegend aus der Land- und Forstwirtschaft ihren Unterhalt bestritten, ist hier in 9 Jahren um 19 179 gefallen; der Rückgang der Anteilssätze lag zwischen 9,0 und 9,2 Punkten.

Die freigesetzten Arbeitskräfte wurden sowohl in den Dienstleistungsbereich als auch in den Produktionsbereich eingegliedert. In den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Alzey-Worms, Landau-Bad Bergzabern sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Donnersbergkreis war dabei die relative Zunahme der Einwohnerzahl, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dem produzierenden Gewerbe bezog, besonders stark. Höhere Zuwachsraten vor allem im Dienstleistungsbereich zeigten dagegen die Landkreise Daun, Trier-Saargau und Cochem-Zell. Die Entwicklungstendenzen im Produktionsbereich einerseits und im

Dienstleistungsbereich andererseits waren in den meisten Verwaltungsbezirken gleich gerichtet. In einigen Fällen führte jedoch der überproportionale Anstieg in einem Bereich zu gewissen Strukturveränderungen. Der besonders hohe Zuwachs der Einwohnerzahl, die von Einkommen aus dem Dienstleistungsbereich lebten, bewirkte z. B., daß dieser Sektor in den Städten Koblenz und Mainz ein noch stärkeres Gewicht erhielt, als dies zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 bereits der Fall war. Für einige Landkreise wie Mayen-Koblenz, Neuwied, Pirmasens und den Unterwesterwaldkreis — also Gebiete, in denen ein großer Teil der Bevölkerung an den Produktionssektor gebunden ist — läßt die relativ hohe Zuwachsrate der Bevölkerung im Dienstleistungsbereich dagegen einen Trend zum Ausgleich der Wirtschaftsstruktur erkennen.

Dr. G. Nold-Stahlberg

## Krankenhäuser 1971

Unter der Vielzahl heutiger sozial und gesellschaftspolitischer Aufgaben des Staates haben die Bemühungen um eine moderne, optimale Krankenhausversorgung einen besonderen Rang. Nicht zuletzt ist dies die Erkenntnis, daß erst die gesundheitliche Sicherstellung den übrigen Forderungen der Gesellschaft Wert und Bedeutung verleiht. In Rheinland-Pfalz werden die im Rahmen einer fortschrittlichen Krankenhauspolitik zu ergreifenden Maßnahmen in sogenannten Krankenhausplänen, welche neben konkreten Zielvorstellungen auch wichtige Daten für den Bereich der Akut-Versorgung beinhalten, vorgezeichnet. Diese Publikationen, in erweitertem Umfang die Ergebnisse der amtlichen Krankenhausstatistik, geben Aufschluß sowohl über die Struktur als auch das Leistungsvermögen des rheinland-pfälzischen Krankenhauswesens.

Ende 1971 befanden sich in Rheinland-Pfalz 230 Krankenhäuser mit zusammen 43 300 planmäßigen Krankenvetten. Damit waren im Landesdurchschnitt für je 10 000 Einwohner 117,6 Betten verfügbar. Dieses nicht differenzierte Verhältnis besagt nur wenig über eine effektive Bettenversorgung nach bedarfsgerechter Ausrichtung. Hierfür ist eine Unterscheidung zwischen einzelnen Krankenhauskategorien, welche hauptsächlich von ihrer engeren Zweckbestimmung her abgegrenzt sind, notwendig. Folgt man der systematischen Gruppierung der Zweckbestimmungen, so finden sich unter den beiden Überbegriffen „Akut-Krankenhäuser“ und „Sonderkrankenhäuser“ jeweils bestimmte, nach medizinischen Teilbereichen ausgerichtete Krankenhausarten. So werden als Akut-Krankenhäuser solche stationäre Einrichtungen bezeichnet, welche in der Regel für die Aufnahme von Kranken vorgesehen sind, die auf Grund ihres Gesundheitszustandes einer sofortigen, zumindest nicht länger aufschiebbaren Behandlung bedürfen. Bei den Sonderkrankenhäusern handelt es sich in der Regel um Anstalten, die meist chronischen, länger dauernden Krankheitsfällen vorbehalten bleiben.

Der Definition der amtlichen Krankenhausstatistik zufolge waren am Erhebungsstichtag den Akut-Krankenhäusern (142) zuzuordnen: 116 Allgemeine Krankenhäuser — diese bieten die Möglichkeit zur Behandlung nahezu aller Krankheiten und weisen zumeist Abteilungen der inneren, chirurgischen und gynäkologischen Heilkunde, oft sogar Organfachabteilungen auf — sowie 26 Fachkrankenhäuser der speziellen Medizin. Zu den Letzteren zählten die Krankenhäuser für Chirurgie (7), für Gynäkologie und Geburtshilfe (6), für innere Krankheiten (4), für Säuglings- und Kinderkrankheiten (3) sowie für Orthopädie (2). Überdies gehörten dieser Krankenhausgruppe noch an ein Infektions-, ein Unfallkrankenhaus und zwei Entbindungsheime.

### Beachtliche Vermehrung der Bettenkapazität für die Akutversorgung

Die für alle Akut-Krankenhäuser (142) ermittelte Gesamtbettenzahl erreichte 1971 mit 28 199 Einheiten ihren bisher höchsten Stand, obwohl sich die Zahl der Häuser, welche zum Zeitpunkt der erstmaligen vergleichbaren Nachweisung einzelner Krankenhaus-kategorien in der amtlichen Statistik im Jahre 1953 noch mit 179 angegeben war, bis zum Vorjahr ständig verringerte. Konnte man bisher die stetige Verminderung der Zahl der Krankenhäuser unter gleichzeitiger Vermehrung der Krankenvetten als ein durch allgemeinerwirtschaftliche und medizinisch-technische Entwicklungen ausgelöstes Regulativ verstehen, so werden inzwischen auch die Einflüsse der neuen Krankenhauspolitik, entsprechend der Zielplanung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, wirksam sein. Nach dieser soll durch weitere zahlenmäßige Schrumpfung der kleineren Häuser und durch Verbesserung der Größenstruktur geeigneter Einrichtungen eine höhere Leistungsfähigkeit innerhalb der Akutversorgung erreicht werden.



Hauptzweckbestimmung	Insgesamt		Öffentliche Krankenhäuser		Freie gemeinnützige Krankenhäuser		Private Krankenhäuser	
	Anstalten	Planmäßige Betten	Anstalten	Planmäßige Betten	Anstalten	Planmäßige Betten	Anstalten	Planmäßige Betten
Krankenhäuser für Akutkranke	142	28 199	38	11 700	87	15 722	17	777
Allgemeine Krankenhäuser	116	26 438	36	11 427	79	14 953	1	58
Fachkrankenhäuser	26	1 761	2	273	8	769	16	719
Sonderkrankenhäuser	88	15 094	25	7 106	21	4 517	42	3 471
Psychiatrische und neurologische Krankenhäuser	19	8 012	4	4 121	11	3 424	4	467
Tuberkulose-Krankenhäuser	9	1 392	3	732	4	492	2	168
Kurkrankenhäuser	55	5 147	15	2 168	5	430	35	2 549
Insgesamt	230	43 293	63	18 806	108	20 239	59	4 248
dagegen 1964	245	38 810	63	15 442	125	19 711	57	3 657
1969	229	42 356	62	17 659	110	20 691	57	4 006
1970	229	42 364	62	17 904	110	20 272	57	4 188

Betrachtet man die Entwicklung der Bettenkapazität im Akutbereich an Hand der sehr aufschlußreichen Bettenziffern (das ist die auf 10 000 Einwohner durchschnittlich entfallende Bettenzahl) so zeigt sich bis 1967 eine Schwankung des Jahreswertes zwischen den Größen 67,2 und 70,1. Erst ab 1968 haben die Ziffern in ihrem Aufwärtstrend eine Kontinuität bis zum Gipfelwert des Berichtsjahres (76,6). Bei der größten Gruppe des Akutbereiches, den Allgemeinen Krankenhäusern, verläuft die Entwicklung der Bettenziffer nur durch unwesentliche Spitzen vereinzelt unterbrochen sehr viel stetiger. Der für das Jahr 1950 ermittelte Wert (60,1) hat sich inzwischen auf 71,8 erhöht.

Des allgemeinen Interesses wegen seien hier die im rheinland-pfälzischen Krankenhausplan verwendeten, sowohl von den Aufnahmekapazitäten als auch vom Umfang der medizinisch-therapeutischen Möglichkeiten her bestimmten Funktionsstufen innerhalb des Akutbereiches wiedergegeben. Dabei ist zu bemerken, daß der in diesem Plan umrissene Krankenhausbereich sich nicht völlig deckt mit dem der amtlichen Krankenhausstatistik. Zahlenmäßig wird im Krankenhausplan von 120 Akut-Krankenhäusern ausgegangen, während die amtliche Statistik 142 solcher Häuser nachweist. Die in einigen Fällen unterschiedliche Zuordnung ist ausschließlich eine Folge der nicht genau abgestimmten Definitionen. Im Großen und Ganzen deckt sich der Akutbereich des Krankenhausplanes mit dem der Allgemeinen Krankenhäuser in der amtlichen Statistik. Die Funktionsstufungen unterscheiden sich wie folgt:

**Krankenhäuser der Grundversorgung:** Ihre Bettenzahl reicht bis 250. Sie verfügen über Hauptabteilungen in der Inneren Medizin und in der Chirurgie, teilweise auch in der Gynäkologie und Geburtshilfe. Daneben werden ein bis zwei Belegabteilungen in Organfächern vorgehalten. Die Krankenhäuser der Grundversorgung hatten Mitte 1972 einen Anteil von rund 71% der Gesamtzahl der im Krankenhausplan vorgegebenen Krankenhäuser der Akut-Versorgung (120).

**Krankenhäuser der Regelversorgung:** Ihre Bettenzahl schwankt zwischen 250 und 500. Diese Häuser verfügen über Hauptabteilungen in der

Inneren Medizin, der Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe sowie über eine oder mehrere Schwerpunktabteilungen (Betriebseinheiten, die der stationären Versorgung eines überregionalen Einzugsbereiches dienen). Auch werden ein bis zwei Abteilungen in Organfächern, gegebenenfalls als Belegabteilungen vorgehalten. Der Anteil dieser Krankenhäuser (25) betrug etwa 21% der im Krankenhausplan erfaßten Häuser.

**Schwerpunktkrankenhäuser:** Ihre Aufnahmekapazitäten liegen zwischen 500 und mehr Betten. Sie verfügen in der Regel über alle bedeutsamen Fachabteilungen. Mit einer Anzahl von 4 im Jahre 1972 stellten sie 3,3% der erfaßten Krankenhäuser.

Als Sonderkrankenhäuser galten 88 Einrichtungen, in denen am Jahresende 1971 zusammen 15 094 Planbetten verfügbar waren. Bei 55, also nahezu zwei Drittel der Häuser handelt es sich um Kurkrankenhäuser, welche in den letzten 5 Jahren zwar anzahlmäßig unverändert geblieben sind, jedoch in ihrer heutigen Gesamtbettenkapazität (5 147 Einheiten, Bettenziffer 14,0) eine 10-prozentige Verminderung erfahren haben. Die Gründe für diesen Bettenschwund liegen zum einen in der erheblichen Reduzierung der Planbetten eines größeren Hauses, zum anderen in der Änderung der Zweckbestimmung einer ehemaligen Kureinrichtung, welche inzwischen die Aufgaben eines Fachkrankenhauses wahrnimmt. Verständlicherweise befinden sich die Standorte der Kurkrankenhäuser vorwiegend in heilklimatisch günstig gelegenen und balneologisch bevorzugten Landesteilen, so in den Kreisen Ahrweiler, Bad Kreuznach, Cochem-Zell und im Rhein-Lahn-Kreis. Vier Fünftel aller Kurkrankenhäuser und die gleiche Anzahl der für Kurbehandlungen vorgehaltenen Betten entfallen auf diese Landesteile.

Die hinsichtlich ihrer Bettenzahl an erster Stelle stehende Gruppe der Sonderkrankenhäuser, die psychiatrischen und neurologischen Krankenhäuser, erhalten ihr stärkermäßiges Gewicht durch 12 Heil- und Pflegeanstalten, von denen vier mit annähernd 5 000 Planbetten zu den größten Krankenseinrichtungen des Landes zählen. Von der Gesamtheit ihrer Betten (1 392) her, bilden auch die Tuberkulosekrankenhäuser (9) noch eine relativ bedeut-



Bettenziffern der Krankenhäuser nach Hauptzweckbestimmung 1964 - 1971

Hauptzweckbestimmung	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Krankenhäuser für Akutkranke	67,9	68,2	68,4	70,1	73,3	73,5	73,7	76,7
Allgemeine Krankenhäuser	63,7	64,2	64,7	66,4	68,8	68,8	69,1	71,9
Fachkrankenhäuser	4,2	4,0	3,7	3,7	4,5	4,7	4,7	4,8
Sonderkrankenhäuser	41,5	42,4	42,2	42,9	41,6	41,9	42,1	41,0
Psychiatrische und neurologische Krankenhäuser	21,3	21,4	21,8	22,1	21,6	21,9	22,0	21,8
Tuberkulose-Krankenhäuser	5,1	5,0	4,4	4,3	4,2	4,0	3,9	3,8
Kurkrankenhäuser	14,4	15,2	15,1	15,8	15,1	14,5	14,7	14,0
Insgesamt	109,5	110,5	110,5	113,0	114,9	115,4	115,8	117,7

same Gruppe. Infolge des Rückganges der Tuberkuloseerkrankungen und der oftmals eine stationäre Behandlung entbehrlich machende Tuberkulostatika wurden diese Heilstättenkapazitäten innerhalb des letzten Jahrzehnts erheblich (— 28%) auf den vorgenannten Stand verringert. Außer den Genannten zählten zu den Sonderkrankenhäusern noch eine Rheumaklinik (287 Betten), ein Krankenhaus für chronisch Kranke (171) und zwei Beobachtungskrankenhäuser mit zusammen 36 Betten. Überdies ist hier noch anzuführen das in Rheinland-Pfalz einzige Krankenhaus einer Justizvollzugsanstalt (49 Betten), welches zwar für die Versorgung von akutkranken Häftlingen zur Verfügung steht, seines besonderen Charakters wegen aber den Sonderkrankenhäusern zugeordnet wird.

Es sei noch aufgezeigt, zu welchen prozentualen Anteilen sich der Gesamtbestand der Krankenhausbetten innerhalb der wichtigsten Krankenhausgruppen verteilt. Für die Versorgung von Akutkranken standen 65% der Betten bereit, für die Behandlung psychiatrischer und neurologischer Erkrankungen waren es 16%. Gut 3% der Betten wurden für Tuberkulosekranke und 12% für Kurpatienten vorgehalten.

#### Veränderung der Größenstruktur mit Trend zu höheren Aufnahmekapazitäten

Beim Ausbau eines versorgungsgerechten Krankenhaussystems dürfte der Größenstruktur der einzelnen Krankenhausbereiche erhebliche Bedeutung zukommen. Soweit es den rheinland-pfälzischen Krankenhausplan betrifft, so werden nach diesem die im Akutbereich wahrzunehmenden Funktionen „Grund-, Regel- und Schwerpunktversorgung“ nicht zuletzt von der Zugehörigkeit zur jeweiligen Größenklasse bestimmt. Die entsprechend dieser Funktionsabstufung ermittelten Ergebnisse wurden bereits aufgezeigt; sie sind allerdings wegen der unterschiedlichen Abgrenzung der Größenklassen mit der Krankenhausstatistik nur bedingt vergleichbar. Geht man bei der Größenanalyse von den bisher allgemein verwendeten Vorstellungen aus, so waren der Krankenhausstatistik zufolge am Ende des Berichtsjahres 42 (30%) der Akut-Krankenhäuser wegen ihrer unter 100 liegenden Bettenzahl als kleinere Häuser einzuordnen. Akut-Krankenhäuser mittlerer Größenordnung mit einer Bettenzahl zwischen 100 und 300 gab es 73 (51%). Eine Kapazität

von über 300 Betten hatten 27 (19%) solcher Einrichtungen. Bei den für die Akutversorgung hauptsächlich zuständigen Allgemeinen Krankenhäusern (116) handelte es sich überwiegend (67) um Häuser der mittleren Größenklasse. Die kleineren Häuser waren hier mit etwa einem Fünftel des Gesamtbestandes vertreten. In der Frequenzgruppe über 300 Betten wurde ein knappes Viertel der Allgemeinen Krankenhäuser nachgewiesen, unter denen sich als größte Häuser die Universitätsklinik in Mainz mit 1 874 Betten und das Städtische Krankenhaus in Ludwigshafen mit 1 112 Betten befanden. In welchem Umfange sich die Größenstrukturen im Bereich der Allgemeinen Krankenhäuser zu größeren Aufnahmekapazitäten innerhalb der letzten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts verschoben hat, wird deutlich bei der Gegenüberstellung der Zahlen des Jahres 1964 mit denen des Berichtsjahres. Gab es damals noch 50 Krankenhäuser deren Bettenzahl unter 100 lag, so sind es nunmehr noch 22. Während sich die mittleren Krankenhäuser innerhalb dieses Zeitraumes um 3 Häuser, und zwar von 64 auf 67 vermehrten, haben die größeren Einrichtungen einen Zuwachs von 17 auf 27 erfahren.

Die den Krankenhäusern für Akutkranke zugeordneten Fachkrankenhäuser (26) wiesen in der großen Mehrzahl (20) weniger als 100 Betten auf. Lediglich ein Chirurgisches Krankenhaus und das in seiner Art im Lande einzige Unfallkrankenhaus gehörten als größte Akut-Fachkrankenhäuser zur Bettengruppe 200 bis unter 300.

Der allgemeine Trend zur größeren Krankenhausinstitution zeigte sich auch bei den Kurkrankenhäusern (55). Waren diese 1964 noch zu 70% der kleineren und zu 27% der mittleren Kategorie zugehörig, so erscheinen sie nunmehr in diesen beiden Bettengruppen mit 56% und 42%. Sehr unterschiedlich ist das Aufnahmevermögen der psychiatrischen und neurologischen Krankenhäuser (19). Läßt man die vier großen Heil- und Pflegeanstalten außer acht, deren Belegkapazitäten zwischen 800 und 1 700 Betten schwankten, dann zählen weitere 5 der Krankenhäuser zu den größeren, 7 zu den mittleren und 3 zu den kleineren Einrichtungen. Bei den Tuberkulosekrankenhäusern (9) ergaben sich die großemäßigen Schwerpunkte in den Bettenfrequenzgruppen 50 bis unter 100 (4) und 200 bis unter 300 (3).



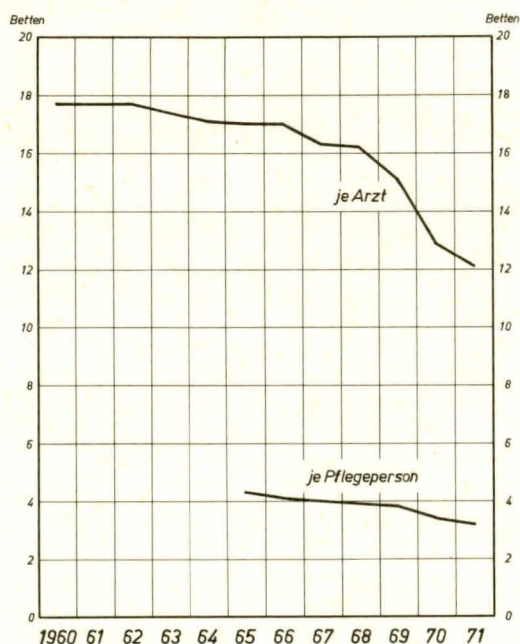
## Krankenhäuser, Betten, Ärzte und Zweckbestimmung nach Verwaltungsbezirken am 31.12.1971

Verwaltungsbezirk	Krankenhäuser insgesamt				Krankenhäuser für Akutkranke				Sonder- krankenhäuser <sup>1)</sup>			Kurkrankenhäuser		
	An- zahl	Plan- mäßige	Über- plan- mäßige	Ärzte	An- zahl	Plan- mäßige Betten	Plan- mäßige Betten auf 10 000 Einw.	Ärzte	An- zahl	Plan- mäßige Betten	Ärzte	An- zahl	Plan- mäßige Betten	Ärzte
		Betten												
Kreisfreie Stadt Koblenz	8	2 183	8	209	7	2 098	174,8	208	-	-	-	1	85	1
Landkreise														
Ahrweiler	29	2 928	32	118	6	870	82,0	57	2 (1)	284	8	21	1 774	53
Altenkirchen (Ww.)	4	824	11	48	4	824	67,2	48	-	-	-	-	-	-
Bad Kreuznach	24	3 350	77	120	9	1 229	82,9	76	5	1 052	18	10	1 069	26
Bad Kreuznach, St.	11	2 180	20	82	5	923	216,2	61	3	874	13	3	383	8
Birkenfeld	6	1 034	20	36	3	582	62,6	35	2	332	-	1	120	1
Idar-Oberstein, St.	2	495	-	22	1	348	90,5	22	1	147	-	-	-	-
Cochem-Zell	10	1 119	9	25	3	320	48,8	12	1	350	1	6	449	12
Mayen-Koblenz	15	3 502	45	110	9	1 317	70,1	82	5	2 167	27	1	18	1
Andernach, St.	3	1 777	-	55	1	418	153,7	32	2	1 359	23	-	-	-
Neuwied	13	2 329	54	109	8	1 366	91,0	87	5 (3)	963	22	-	-	-
Neuwied, St.	4	1 060	30	71	4	1 060	168,6	71	-	-	-	-	-	-
Oberwesterwaldkreis	3	260	-	14	2	230	29,3	13	-	-	-	1	30	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	6	961	19	49	5	661	74,6	36	-	-	-	1	300	13
Rhein-Lahn-Kreis	18	2 842	6	87	10	1 230	103,6	65	2	877	3	6	735	19
Lahnstein, St.	1	220	-	17	1	220	113,1	17	-	-	-	-	-	-
Unterwesterwaldkreis	5	826	11	25	4	576	65,5	24	1	250	1	-	-	-
Reg. Bez. Koblenz	141	22 158	292	950	70	11 303	82,7	743	23 (4)	6 275	80	48	4 580	127
Kreisfreie Stadt Trier	8	2 194	33	135	8	2 194	212,2	135	-	-	-	-	-	-
Landkreise														
Bernkastel-Wittlich	6	945	-	40	4	568	51,8	31	1 (1)	167	3	1	210	6
Bitburg-Prüm	4	597	50	30	3	547	58,8	29	-	-	-	1	50	1
Daun	3	415	20	19	2	275	48,5	16	-	-	-	1	140	3
Trier-Saarburg	2	460	21	23	2	460	38,5	23	-	-	-	-	-	-
Reg. Bez. Trier	23	4 611	124	247	19	4 044	83,9	234	1 (1)	167	3	3	400	10
Kreisfreie Städte														
Frankenthal (Pfalz)	1	246	-	23	1	246	58,2	23	-	-	-	-	-	-
Kaiserslautern	7	980	3	107	6	958	94,7	101	1	22	6	-	-	-
Landau i. d. Pfalz	4	831	37	44	4	831	264,1	44	-	-	-	-	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	6	2 198	54	213	5	2 107	120,1	210	1 (1)	91	3	-	-	-
Mainz	5	2 858	-	569	5	2 858	160,0	569	-	-	-	-	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	4	523	21	41	4	523	103,0	41	-	-	-	-	-	-
Pirmasens	3	492	12	30	3	492	89,8	30	-	-	-	-	-	-
Speyer	3	691	6	49	3	691	161,6	49	-	-	-	-	-	-
Worms	3	783	10	59	3	783	101,9	59	-	-	-	-	-	-
Zweibrücken	3	546	75	38	2	497	153,0	36	1*)	49	2	-	-	-
Landkreise														
Alzey-Worms	2	1 086	-	22	1	136	13,8	11	1	950	11	-	-	-
Bad Dürkheim	3	689	20	48	2	396	34,0	35	1 (1)	293	13	-	-	-
Donnersbergkreis	3	386	7	24	2	309	45,7	23	1 (1)	77	1	-	-	-
Germersheim	3	551	33	42	3	551	57,7	42	-	-	-	-	-	-
Kaiserslautern	1	225	15	14	1	225	24,8	14	-	-	-	-	-	-
Kusel	1	188	10	14	1	188	22,8	14	-	-	-	-	-	-
Landau-Bad Bergzabern	9	2 501	9	55	3	341	32,6	15	3 (1)	2 023	36	3	137	4
Ludwigshafen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mainz-Bingen	2	368	-	25	2	368	24,2	25	-	-	-	-	-	-
Bingen, St.	1	225	-	14	1	225	94,8	14	-	-	-	-	-	-
Pirmasens	3	382	26	23	2	352	43,2	21	-	-	-	1	30	2
Zweibrücken	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	66	16 524	338	1 440	53	12 852	70,3	1 362	9 (4)	3 505	72	4	167	6
Rheinland-Pfalz	230	43 293	754	2 637	142	28 199	76,7	2 339	33 (9)	9 947	155	55	5 147	143
dagegen 1970	229	42 364	767	2 389	142	26 971	73,7	2 086	32 (9)	10 012	153	55	5 381	150

1) Ohne Kurkrankenhäuser. - ( ) = darunter Tuberkulose-Krankenhäuser. - \*) Gefängnis-Krankenhaus.



### Betten je Arzt und je Pflegeperson in der Krankenhausakutversorgung 1960-1971



108/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

### Freigemeinnützige Träger haben bedeutendes Gewicht in der Krankenhausversorgung

In der Aufgliederung nach der Trägerschaft belegen die Nachweisungen der Krankenhausstatistik die zahlenmäßig dominierende Stellung der freigemeinnützigen Krankenhäuser (108), deren Anteil sowohl gemessen an allen Häusern als auch an der Gesamtbettenkapazität jeweils 47% ausmachte. Öffentlichrechtliche Träger hatten das Eigentum an 63 (27,4%) Anstalten, welche mehr als zwei Fünftel der verfügbaren Planbetten auf sich vereinigten. Gut ein Viertel der Häuser (59) mit rund einem Zehntel der Betten befanden sich in der Hand von privaten Trägern. Im Bereich der Akutversorgung, in welchem die Bettenkapazität der privaten Träger mit 2,8% des Bettenbestandes von ziemlich untergeordneter Bedeutung blieb, waren die Bettenanteile der freigemeinnützigen (55,8%) und der öffentlich-rechtlichen Träger (41,5%) etwas stärker nach oben und nach unten markiert, als dies für den vorangezeigten Gesamtakutbereich zutraf. Den Ausführungen des Krankenhausplanes zufolge wird sich die innerhalb der letzten Jahre im Akutbereich zu beobachtende leichte Verschiebung des Aufnahmevermögens zugunsten des öffentlich-rechtlichen Anteils noch weiter fortsetzen; dennoch dürfte auch für die Zukunft in Rheinland-Pfalz, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, den freigemeinnützigen Krankenhäusern bei der Akutversorgung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle zukommen. Im Bereich der Sonderkrankenhäuser sind die öffentlich-rechtlichen Träger mit der Bettenvorhaltung stärker engagiert

(47%) als die freigemeinnützigen (30%) und privaten (23%).

Die Zahlen über die Krankenhaushäufigkeit bezeugen auch im Berichtsjahr die stetige Zunahme des Bedarfs an Krankenhausleistungen. Für 1971 wurden über 607 000 stationäre Behandlungsfälle registriert, aus welchen sich auf 1 000 Einwohner bezogen eine Häufigkeitsziffer von 165 errechnet. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 160, im Jahre 1964 noch bei 138 Personen. Vornehmlich wird diese Entwicklung bestimmt durch die anwachsende Zahl der Krankenhausaufnahmen (1971: 580 000). Bei diesen ergaben sich, ausgehend von den Jahren 1970 und 1964, Steigerungsraten von 5% und 25%. Als wichtigste Gründe für die zunehmende Inanspruchnahme der Krankenhäuser sind zu nennen der durch die höhere Lebenserwartung sich vergrößernde Anteil älterer und somit krankheitsanfälligerer Personen und die durch die hohe Verkehrsdichte vermehrte Unfallhäufigkeit. Aber auch das Geborenwerden und das Sterben vollzieht sich heute stärker als dies früher der Fall war, in den Krankenhäusern. Machten die Anstaltsgeburten 1964 noch etwa zwei Drittel der Gesamtgeburten aus — 1950 gar nur ein Drittel — so ist heute das Geburtsgeschehen fast ausschließlich (1971: 41 757 = 95,3%) in das Krankenhaus verlagert. Gestorben sind im Berichtsjahr 20 400 Personen, das sind gut 46% der Gesamtsterbefälle.

### Weitere Verkürzung der Verweildauer

Trotz erneuter Zunahme der Pfl egetage (13,7 Mill.) ist die Verweildauer, welche den durchschnittlichen stationären Aufenthalt eines Patienten nach Tagen nachweist, in allen Krankenhausbereichen weiterhin rückläufig. Der für die Gesamtheit der Krankenhäuser errechneten Verweildauer (1971: 23,7 Tage, 1970: 24,6 Tage) kommt lediglich die Bedeutung eines unspezifischen Meßwertes zu. Sehr viel aussagefähiger sind die für die einzelnen Krankenhausgruppen ermittelten Werte. Danach betrug die Verweildauer in den Akut-Krankenhäusern 17,5 Tage (1970: 17,9), in den Kurkrankenhäusern 29,5 (30,4) Tage, den Tuberkulosekrankenhäusern 93 (102,3) Tage und den psychiatrischen und neurologischen Krankenhäusern 185,8 (190,9) Tage.

Von einer Normalbelegung kann gesprochen werden, wenn die durchschnittliche Bettenausnutzung etwa 85% der Gesamtkapazität erreicht. Dies war 1971 bei den Akut-Krankenhäusern (84,9%) annähernd der Fall; bei allen anderen Krankenhaustypen überstieg der Belegungsgrad diese Marke z. T. erheblich (Psychiatrie und Neurologie 95,9%).

Die ärztliche Betreuung der Krankenhauspatienten lag Ende 1971 in den Händen von 2 637 Ärzten, von denen 425 als Leitende Ärzte — vorwiegend als ärztliche Direktoren und Chefärzte von Fachkrankenhäusern —, 343 als Oberärzte und 1 457 als Assistenzärzte fungierten. Neben einer unbedeutenden Anzahl Konsiliar- und Gastärzten wirkten



an den Krankenhäusern noch 398 Belegärzte. Bei den letztgenannten Ärzten handelt es sich um solche, die hauptberuflich in freier Praxis tätig sind, aber in einem für sie zugelassenen Krankenhaus ihre zunächst ambulant versorgten Patienten stationär weiterbehandeln. Nicht ganz ein Sechstel der Krankenhausärzte waren Frauen, gut ein Siebtel Ausländer, die ihre Tätigkeit mit deutscher Bestallung bzw. Berufserlaubnis ausübten. Eine Anerkennung als Fachärzte hatten 52% der Krankenhausärzte, unter denen die Internisten (312), Chirurgen (269), Frauenärzte (172) und HNO-Ärzte (110) zahlenmäßig besonders hervortraten.

Welche beachtliche Verbesserung die krankenhausärztliche Versorgung — gemessen an den auf einen Arzt entfallenden Krankenhausbetten — erfahren hat, mögen wiederum die Anfangs- und Endwerte des Vergleichszeitraumes 1964 bis 1971 demonstrieren. In der Trennung nach Akut- und Sonderkrankenhäusern ergaben sich 1964 die Meßziffern 17,1 und 59,2, wogegen die Meßziffern des Berichtsjahres bei 12,1 und 50,7 lagen.

Eine nicht unbedeutende Verbesserung hat auch der krankenpflegerische Dienst in den Krankenhäusern — er umfaßte am Erhebungstag insgesamt 10 505 Personen — erfahren. Allein zwischen Berichts- und Vorjahr betrug die Steigerung mehr als ein Zehntel. Insbesondere waren es die Krankenschwestern (6 059), vornehmlich die in Akut-

Durchschnittliche Verweildauer und Bettenausnutzung in den Krankenhäusern 1964, 1970 und 1971

Hauptzweckbestimmung	Durchschnittliche Verweildauer in Tagen			Durchschnittliche Bettenausnutzung in %		
	1964	1970	1971	1964	1970	1971
Krankenhäuser für Akutkranke	19,2	17,9	17,5	86,4	86,7	84,9
Allgemeine Krankenhäuser	19,0	17,7	17,2	86,2	86,8	84,5
Fachkrankenhäuser	22,6	22,0	22,6	89,2	85,0	92,1
Sonderkrankenhäuser	72,8	64,3	63,0	93,4	91,4	91,0
Psychiatrische und neurologische Krankenhäuser	264,9	190,9	185,8	97,9	95,7	95,9
Tuberkulose-Krankenhäuser	114,7	102,3	93,0	97,8	96,2	86,8
Kurkrankenhäuser	31,7	30,4	29,5	86,7	84,8	85,7
Insgesamt	27,1	24,7	23,7	89,0	88,6	87,0

Krankenhäusern (5 445), welche zahlenmäßig von diesem Gewinn profitierten. Außer den Krankenschwestern übten noch 880 Krankenpfleger, 1 200 Krankenpflegehelfer(innen) und 2 367 sonstige Pflegepersonen eine Pflgetätigkeit in den Krankenhäusern aus. Das Verhältnis Krankenpflegeperson zu Bettenzahl läßt im Bereich der Akut-Krankenhäuser, in dem eine Pflegeperson 3,2 Betten zu versorgen hatte, eine durchaus günstige Situation erkennen. Relativ günstig war auch das Verhältnis 1 : 8,9 im Bereich der Sonderkrankenhäuser.

R. Zirwes

### Sozialhilfeempfänger 1971

Das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorgung und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 hat das Recht der öffentlichen Fürsorge zusammengefaßt und an die moderne gesellschaftliche Entwicklung angepaßt. Mit dem Nachweis der Empfänger nach persönlichen Merkmalen — wie Alter, Geschlecht und Familienstand — ist gegenüber der Erfassung vor 1963 ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Während der Schwerpunkt der Erfassung bis 1963 bei der Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben lag, wurden nach diesem Zeitpunkt die Empfänger individuell mittels Zählblättern erfaßt. Die maschinell aufbereiteten Angaben liefern — in gewünschter Form kombiniert — detaillierte Informationen für Gesetzgebung und Verwaltung und ermöglichen eine sinnvolle Planung von Hilfsmaßnahmen. Im ersten Teil der Jahresstatistik wird auch jetzt noch der Sozialhilfeaufwand ausgewiesen, aber der Akzent liegt seit 1963 auf der Erfassung von Strukturmerkmalen des Empfängerkreises, der in der früheren Fürsorgestatistik nur teilweise und ohne tiefere Gliederung am Jahresende dargestellt wurde.

Obwohl der Sozialhilfeaufwand im Rahmen der gesamten öffentlichen Sozialleistungen (Kranken-, Renten-, Unfallversicherungen, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Sozialhilfe) nur eine relativ

geringe Rolle spielt — er machte 1967 nicht ganz 4,5% aus —, handelte es sich dabei 1971 immerhin um 193 Mill. DM, die etwa 75 000 Hilfeempfängern zugute kamen (1970: 156 Mill. DM). Auf die Wohnbevölkerung bezogen ergibt sich ein Mittelwert von 53 DM, etwa 11 DM mehr als 1970.

Soweit die Jahrestatistik der Sozialhilfe nicht ausreicht, Form, Umfang und Struktur des Empfängerkreises ausreichend zu durchleuchten, besteht nach dem vorerwähnten Gesetz die Möglichkeit, eine Zusatzstatistik über Sonderfragen auf dem Gebiet der Sozialhilfe anzuordnen. Davon ist in den Jahren 1966 und 1968 Gebrauch gemacht worden. Für 1972 wurde eine solche Verordnung bereits vom Bundestag verabschiedet.

#### Jeder 49. erhält Sozialhilfe

Die Auswertung der Individualzählblätter ergab, daß 1971 rund 75 600 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen oder mehrere Hilfearten erhielten. 1967 gab es 69 000 Sozialhilfeempfänger, die annähernd zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten (1971: 2,1%). Unter den 75 600 Hilfeempfängern befanden sich 618 Ausländer oder Staatenlose und 492 sogenannte Zugewanderte aus dem Gebiet der DDR und Berlins. Zwei Drittel des Empfängerkreises (48 518) waren Frauen. Etwa drei Zehn-



Verwaltungsbezirk	Empfänger	
	insgesamt	auf 1 000 Einwohner
Kreisfreie Stadt		
Koblenz	2 289	27,4
Landkreise		
Ahrweiler	1 453	13,7
Altenkirchen (Ww.)	2 652	21,6
Bad Kreuznach	2 744	18,5
Birkenfeld	2 134	22,9
Cochern-Zell	901	13,8
Mayen-Koblenz	2 725	14,5
Neuwied	3 348	22,3
Oberwesterwaldkreis	1 225	15,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 136	12,8
Rhein-Lahn-Kreis	1 984	16,7
Unterwesterwaldkreis	1 687	19,2
Reg. Bez. Koblenz	25 278	18,5
Kreisfreie Stadt		
Trier	2 769	26,8
Landkreise		
Bernkastel-Wittlich	1 540	14,0
Bitburg-Prüm	1 766	19,0
Daun	1 074	18,9
Trier-Saarburg	2 069	17,3
Reg. Bez. Trier	9 218	19,1
Kreisfreie Städte		
Frankenthal (Pfalz)	1 413	33,4
Kaiserslautern	3 219	31,8
Landau i. d. Pfalz	300	9,5
Ludwigshafen a. Rhein	4 327	24,7
Mainz	3 032	17,0
Neustadt a. d. Weinstr.	764	15,0
Pirmasens	1 241	22,6
Speyer	893	20,9
Worms	1 430	18,6
Zweibrücken	746	23,0
Landkreise		
Alzey-Worms	1 595	16,2
Bad Dürkheim	1 742	15,0
Donnersbergkreis	791	11,7
Germersheim	953	10,0
Kaiserslautern	1 243	13,7
Kusel	1 264	15,3
Landau-Bad Bergzabern	767	7,3
Ludwigshafen	1 501	12,4
Mainz-Bingen	2 411	15,9
Pirmasens	683	8,4
Zweibrücken	497	15,4
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	30 812	16,8
Rheinland-Pfalz	75 610	20,6
Kreisfreie Städte	23 423	23,2
Landkreise	41 885	15,7
Landessozialamt	10 947	3,0

tel (21 506) hatten noch nicht das 25. Lebensjahr erreicht, 25 bis 64 Jahre alt waren mehr als drei Zehntel (25 742), fast vier Zehntel 65 Jahre und älter (28 362). Außerhalb von Anstalten wurden rund 57 000 Personen, in Anstalten etwa 20 000 betreut. Sowohl Hilfe in als auch außerhalb von Anstalten erhielten 1 800 Hilfeempfänger. 39 000 Personen empfangen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in über 49 000 Fällen gewährt. Da Empfänger mehrerer Hilfearten auch bei jeder Form der Hilfe gezählt werden, ist das entsprechende Additionsergebnis höher als die ausgewiesene Gesamtzahl des Empfängerkreises (75 600).

Auf je 1 000 Einwohner entfielen fast 21 Sozialhilfeempfänger, oder anders gesagt: jeder 49. Rheinland-Pfälzer erhielt Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz. Dieser Wert, die sogenannte Sozialhilfedichte, war in den kreisfreien Städten erheblich höher (23,2‰) als in den Landkreisen (15,7‰). Die höchste Dichte verzeichnet die Stadt Frankenthal mit 33,4, die niedrigste wurde im Landkreis Landau-Bad Bergzabern mit 7,3 ermittelt.

#### Hilfe in besonderen Lebenslagen gewinnt zunehmende Bedeutung

Von den insgesamt etwa 75 600 Hilfeempfängern erhielten annähernd 39 000 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, und fast 50 000 Personen wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Die Entwicklung der beiden großen Leistungsgruppen des Bundessozialhilfegesetzes verlief unterschiedlich. Während die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt seit 1967 (37 818) abnahm und sich erst 1971 wieder erhöhte (38 664), stieg die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen im gleichen Zeitraum von 43 082 um 15% auf 49 335 an. Obwohl der Schwerpunkt der Hilfestellung offensichtlich durch die Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenslagen bestimmt wird und die Zahl der Empfänger laufender Leistungen jahrelang rückläufig war, sollte die Bedeutung dieser Hilfeart nicht unterschätzt werden, denn sie sichert immerhin fast 39 000 Menschen mit einem Aufwand von 63,8 Mill. DM den notwendigen Lebensunterhalt.

Zu den wichtigsten Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen — diese Gruppe von Leistungen ist erstmalig durch das Bundessozialhilfegesetz bundeseinheitlich geregelt worden — gehören Krankenhilfe, Tuberkulosehilfe, Blindenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege, Ausbildungshilfe, vorbeugende Gesundheitshilfe u. a. Nach Zahl der Fälle dominieren Krankenhilfe mit mehr als 17 000 und Hilfe zur Pflege mit über 16 000 Fällen. Diese beiden Hilfearten machen allein zwei Drittel aller 49 000 Fälle aus. Die Zunahme der Empfängerzahl beruht überwiegend auf häufigerer Gewährung der Hilfe zur Pflege (+ 2 261) und der Krankenhilfe (+ 1 130) sowie der vorbeugenden Gesundheitshilfe (+ 690). Der Rückgang an Hilfeempfängern, die wegen Erkrankung an Tuberkulose unterstützt werden, entsprach der rückläufigen Entwicklung des Be-



Sozialhilfeempfänger nach Hilfearten 1971

Hilfeart	Ins- gesamt	Weib- lich	Außer- halb von An- stalten	In An- stalten	Stellung zum Haushaltsvorstand				Personengruppe		
					Haus- halts- vor- stände	Ehe- gatten	Kinder	Son- stige	Zuge- wan- derte	Aus- länder und Staaten- lose	Son- stige
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	38 664	26 149	36 385	2 382	19 903	3 491	12 678	2 592	320	393	37 951
Hilfe in besonderen Lebenslagen überhaupt <sup>1)</sup>	49 335	31 068	32 381	18 240	25 978	5 183	11 082	7 092	298	338	48 699
Aufbau oder Sicherung der Lebens- grundlage	10	4	10	-	6	2	2	-	-	3	7
Ausbildungshilfe	1 272	692	1 090	187	46	8	1 178	40	8	7	1 257
Vorbeugende Gesundheitshilfe	4 464	3 619	255	4 213	2 675	1 335	395	59	9	5	4 450
Krankenhilfe	17 273	12 138	15 603	2 024	11 067	1 504	3 233	1 469	148	151	16 974
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	244	244	109	160	148	56	9	31	2	7	235
Eingliederungshilfe für Behinderte <sup>2)</sup>	5 329	2 411	3 073	2 292	1 709	340	3 036	244	15	22	5 292
Tuberkulosehilfe <sup>2)</sup>	2 893	1 388	1 320	335	1 264	622	861	146	10	32	2 851
Blindenhilfe	3 658	2 078	3 479	196	2 445	455	184	574	17	10	3 631
Hilfe zur Pflege	16 140	9 887	7 658	8 628	8 245	935	2 052	4 938	104	78	15 988
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	659	326	406	255	170	55	428	6	3	40	616
Hilfe für Gefährdete	23	4	11	12	15	2	-	6	-	-	23
Altenhilfe	565	429	224	341	464	91	-	10	1	-	564
Sonstige Hilfe	426	235	374	53	186	46	158	36	8	4	414
<b>Insgesamt</b>	<b>75 610</b>	<b>48 518</b>	<b>57 205</b>	<b>20 254</b>	<b>38 382</b>	<b>7 861</b>	<b>20 763</b>	<b>8 604</b>	<b>492</b>	<b>618</b>	<b>74 500</b>

1) Personen, die mehrere Hilfen erhielten, sind mehrfach gezählt. - 2) Einschl. Schul- und Berufsausbildung.

standes an Tuberkulosekranken (1970: 3 426, 1971: 2 893).

### 20 000 Empfänger in Anstalten

Bei der Hilfestellung außerhalb von Anstalten hat sich die 1970 erstmals festgestellte Zunahme auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Die Zahl der außerhalb von Anstalten betreuten Personen war 1971 um etwa 10% höher als im Jahr zuvor. Unter den insgesamt 75 600 Hilfeempfängern, die außerhalb oder innerhalb von Anstalten Unterstützung erhielten, waren etwa 1 800, die beide Hilfearten im Laufe des Jahres erhielten.

Sowohl die Zahl der unterstützten Personen als auch die Höhe der Ausgaben zeigen, daß laufende Hilfe zum Lebensunterhalt überwiegend — im Berichtsjahr zu etwa 94% — außerhalb von An-

stalten geleistet wird, während in Anstalten annähernd die Hälfte des Personenkreises betreut wird, der Hilfe in besonderen Lebenslagen erhält. 4 213 der insgesamt 4 464 Empfänger vorbeugender Gesundheitshilfe und über die Hälfte (8 628) derjenigen von Hilfe zur Pflege gingen an Empfänger in Anstalten.

### Zwei Drittel nicht im erwerbsfähigen Alter

Die Leistungen der Sozialhilfe kamen zum überwiegenden Teil Hilfeempfängern zugute, die nicht im erwerbsfähigen Alter standen. Ein Fünftel von ihnen war 1971 noch nicht 15 Jahre alt, bereits 65 Jahre oder älter waren nicht ganz zwei Fünftel. Gegenüber dem Jahr zuvor hat sich der Anteil älterer Empfänger dabei von 36 auf 38% erhöht. Außerhalb von Anstalten stellten 1971 die Personen von 65 Jahren und mehr etwa 35%

Sozialhilfeempfänger nach Hilfearten und Alter 1971

Hilfeart	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Im Alter von ... Jahren						
				unter 7	7 - 14	14 - 25	25 - 50	50 - 60	60 - 65	65 und mehr
Hilfe außerhalb von Anstalten <sup>1)</sup>	57 205	20 331	36 874	5 266	7 589	4 459	9 079	5 140	5 425	20 247
Hilfe in Anstalten <sup>1)</sup>	20 254	7 381	12 873	703	1 799	2 126	3 493	1 715	1 575	8 843
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt <sup>1)</sup>	38 664	12 515	26 149	4 509	6 126	2 492	6 015	3 167	3 272	13 083
Hilfe in besonderen Lebenslagen <sup>1)</sup>	49 335	18 267	31 068	2 452	4 409	4 527	8 320	4 795	4 834	19 998
Aufbau oder Sicherung der Lebensgrundlage	10	6	4	-	-	1	7	-	2	-
Ausbildungshilfe	1 272	580	692	-	183	1 064	25	-	-	-
Vorbeugende Gesundheitshilfe	4 464	845	3 619	92	300	21	606	381	561	2 503
Krankenhilfe	17 273	5 135	12 138	1 309	1 354	763	2 805	1 890	2 156	6 996
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	244	-	244	-	-	120	124	-	-	-
Eingliederungshilfe für Behinderte <sup>2)</sup>	5 329	2 918	2 411	355	1 475	1 258	570	302	328	1 041
Tuberkulosehilfe <sup>2)</sup>	2 893	1 515	1 388	231	430	234	806	368	274	550
Blindenhilfe	3 658	1 580	2 078	33	49	112	510	368	357	2 229
Hilfe zur Pflege	16 170	6 283	9 887	269	613	962	3 245	1 821	1 434	7 826
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	659	333	326	207	185	36	130	20	17	64
Hilfe für Gefährdete	23	19	4	-	-	4	13	1	-	5
Altenhilfe	565	136	429	-	-	-	-	8	52	505
Sonstige Hilfe	426	191	235	24	54	91	79	43	32	103
Insgesamt	75 610	27 092	48 518	5 826	9 240	6 440	12 207	6 694	6 841	28 362

1) Personen, die mehrere Hilfen erhielten, sind mehrfach gezählt. - 2) Einschl. Schul- und Berufsausbildung.



Haushalte bzw. Haushaltsteile mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten  
nach dem Alter des Haushaltsvorstandes 1971

Haushaltstyp	Haushaltsvorstände						
	ins- gesamt	im Alter von ... Jahren					
		unter 21	21 - 25	25 - 50	50 - 60	60 - 65	65 und mehr
<b>Einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände</b>							
männlich	1 722	14	33	390	265	237	783
weiblich	9 752	18	29	630	1 138	1 533	6 404
<b>Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger</b>							
männlich	769	284	25	235	72	41	112
weiblich	1 761	294	25	309	199	169	765
<b>Ehepaare</b>							
ohne Kinder	2 333	3	6	131	325	465	1 403
mit 1 Kind	293	3	7	101	90	37	55
mit 2 Kindern	225	-	5	148	50	9	13
mit 3 und mehr Kindern	442	-	1	367	44	18	12
<b>Elternteile</b>							
mit 1 Kind	922	47	109	539	118	27	82
mit 2 Kindern	936	27	119	744	35	3	8
mit 3 und mehr Kindern	1 227	8	53	1 145	17	1	3
<b>Einzeln erfaßte Ehegatten mit Kindern</b>	75	2	16	54	2	1	-
<b>Sonstige Haushalte</b>							
mit 2 Personen	504	250	14	42	23	19	156
mit 3 und mehr Personen	335	228	11	52	10	10	24
<b>Insgesamt</b>	21 296	1 178	453	4 887	2 388	2 570	9 820

dieses Empfängerkreises, in Anstalten sogar fast 44%. Aber auch jüngeren Menschen im Alter von 25 bis 50 wurde vielfach Hilfe in Anstalten gewährt.

Die Gesamtzahl der Personen, die nach dem Bundessozialhilfegesetz betreut werden, verteilt sich zu fast zwei Drittel (64%) auf weibliche und zu 36% auf männliche Hilfeempfänger. Bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt war der Anteil der Frauen noch höher als bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Lediglich bei der Hilfe für Gefährdete, die allerdings zahlenmäßig gering war (23 Fälle), der Eingliederungshilfe für Behinderte (5 329) und der Tuberkulosehilfe (2 893) sowie bei der Hilfe zum Aufbau oder Sicherung der Lebensgrundlage (10) überwogen die männlichen Hilfeempfänger.

#### Laufende Hilfe außerhalb von Anstalten überwiegend an Alleinstehende

Die Zahl der privaten Haushalte, in denen die 36 385 außerhalb von Anstalten Betreuten der insgesamt 38 664 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erfaßt wurden, stieg unbedeutend um 13 auf 21 296. Annähernd zwei Drittel (14 004) der Haushalte waren Alleinstehende mit eigenem Haushalt und sonstige einzel nachgewiesene Personen, darunter etwa 11 500 Frauen, von denen fast 80% (8 871) das 60. Lebensjahr überschritten hatten und mehr als 7 000 oder 62% sogar älter

als 65 waren. Die alleinstehenden männlichen Haushaltsvorstände und Einzelpersonen zeigten mit Anteilen der über 60- bzw. 65jährigen von 47 und knapp 36% eine ganz andere altersmäßige Struktur. Bei 2 333 kinderlosen Ehepaaren war — wie im vergangenen Jahr — mehr als die Hälfte der Haushaltsvorstände (1 403) über 65, ein weiteres Fünftel über 60 Jahre alt. Die Zahl der hilfebedürftigen Elternteile mit drei und mehr Kindern war mit 1 227 etwas höher als im Vorjahr (1970: 1 185). Mit einem Anteil von etwa 93% gehörte dieser Haushaltstyp der Altersgruppe zwischen 25 und 50 Jahren an.

#### Fast 100 Mill. DM für 20 000 Empfänger in Anstalten

Die Ergebnisse der Rechnungsstatistik ermöglichen eine Feststellung der durchschnittlichen Höhe der Leistung für den einzelnen Empfänger. 1971 wurde für Anstaltshilfe mit fast 100 Mill. DM je Empfänger etwa dreimal soviel (4 912 DM) ausgegeben wie für jeden Empfänger einer Hilfeart außerhalb von Anstalten (1 626 DM). Bei den einzelnen Hilfearten sind die durchschnittlichen Fallkosten sehr unterschiedlich. Mit 4 481 DM ist die Hilfe zur Pflege am teuersten, es folgen Blindenhilfe (3 576 DM) und Tuberkulosehilfe (2 113 DM); für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurden im Durchschnitt 1 567 DM je Empfänger ausgegeben.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern ( \* ) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 671	3 677	3 679	3 681	3 688	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 305	2 256	2 911	2 197	2 293	2 446	2 683	2 405 <sup>p</sup>	1 789 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,1	9,3	7,3	7,3	7,8	8,6 <sup>p</sup>	7,9 <sup>p</sup>	5,7 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	4 159	3 837	3 799	3 742	3 513	3 481	3 411	3 248 <sup>p</sup>	3 324 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,5	12,2	12,4	11,2	11,1	10,9 <sup>p</sup>	10,7 <sup>p</sup>	10,6 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 641	3 667	3 365	3 400	3 379	3 446	3 371	3 350 <sup>p</sup>	3 778 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,0	10,8	11,2	10,8	11,0	10,8 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>	12,1 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	103	88	81	80	67	93	93	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	25,4	22,9	21,3	21,4	19,1	26,7	27,3	...	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	418	170	434	342	134	35	40	- 102 <sup>p</sup>	- 454 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	1,1	0,5	1,4	1,1	0,4	0,1	0,1 <sup>p</sup>	- 0,3 <sup>p</sup>	- 1,5 <sup>p</sup>
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 822	10 580	13 196	12 718	12 584	10 981	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	9 084	9 119	8 971	11 380	10 718	8 929	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 738	1 461	4 225	1 338	1 866	2 052	...	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 245	10 351	12 205	12 683	11 940	11 475	...	...	...
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	9,5	10,9	7,2	7,2	8,2	9,2	8,8	8,5	9,3
* Männer	1 000	6,5	6,6	3,7	3,6	4,1	4,8	4,7	4,4	4,8
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	905	621	91	129	100	92	116	148	134
Bauberufe	Anzahl	933	859	240	245	351	342	284	267	320
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 705	5 254	3 104	3 066	3 589	4 077	3 784	3 560	3 951
Offene Stellen	Anzahl	33 113	27 650	29 491	28 212	25 993	29 339	29 682	30 134	27 704
Männer	Anzahl	20 838	17 617	19 179	18 612	16 930	17 881	18 343	19 060	17 876
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	461	366	293	379	229	289	252	371	398
Bauberufe	Anzahl	3 110	2 663	2 870	2 729	2 393	2 802	3 054	3 388	2 914
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	16 790	12 159	13 320	12 609	11 362	12 948	13 022	13 549	12 215
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	726	687	.	.	.	.	.	.	.
* Milchkühe	1 000	266	252	.	.	.	.	.	.	.
* Schweine	1 000	827	741	.	810	.	.	.	743	.
* Zuchtsauen	1 000	77	69	.	72	.	.	.	73	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	46	42	.	42	.	.	.	43	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	20	20	20	21	14	15	14	17
* Kälber	1 000	2	2	2	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	100	103	98	92	100	95	89	86	104
* Hausschlachtungen	1 000	20	21	7	12	17	8	8	11	17
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,9	12,0	13,0	12,0	12,3	11,2	11,0	10,3	12,0
* Rinder	1 000 t	5,2	5,1	5,3	5,4	5,3	3,9	4,2	3,9	4,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,5	6,7	7,5	6,5	6,8	7,2	6,7	6,3	7,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	320	197	112	205	63	79	165	160	75
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	50	44	47	45	37	59	70	54	71
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	83	79	80	72	70	86	83	76	76
* an Molkereien geliefert	%	79,5	80,8	83,7	83,3	80,5	84,4	85,2	85,6	83,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,7	10,0	9,9	9,2	8,6	11,0	10,7	10,1	9,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 005	3 059	3 065	3 067	3 072	3 051	3 050	3 048	3 044
* Beschäftigte	1 000	407	408	410	411	410	403	407	406	405
* Arbeiter 2)	1 000	306	304	306	306	305	298	300	298	298
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	48 379	46 972	45 049	49 102	48 495	42 051	46 367	46 378	48 229
Löhne und Gehälter	Mill. DM	491	541	537	536	526	585	588	570	585
* Löhne	Mill. DM	328	357	360	358	350	383	393	373	389
* Gehälter	Mill. DM	163	184	177	178	176	202	195	197	196
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	103	87	78	77	91	73	71	63	75
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	136	92	147	171	175	146	180	174
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	31	19	19	17	16	5	3	3	4
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	56	117	73	130	155	170	143	177	170
* Heizölverbrauch	1 000 t	195	201	158	177	213	162	172	184	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	36	40	28	34	41	27	28	34	...
* schweres Heizöl	1 000 t	159	161	130	143	172	135	144	150	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	788	804	804	786	830	836	857	838	881
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	313	297	263	257	304	267	278	270	293
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 331	2 565	2 451	2 752	2 735	2 654	2 851	2 936	3 080
* Auslandsumsatz	Mill. DM	504	535	489	545	527	579	596	625	704
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	200	213 <sup>r</sup>	199	216 <sup>r</sup>	226 <sup>r</sup>	225	219	242	244 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	210	223 <sup>r</sup>	204	222 <sup>r</sup>	235 <sup>r</sup>	235	228	253	255 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	211	223 <sup>r</sup>	205 <sup>r</sup>	223 <sup>r</sup>	236 <sup>r</sup>	237	230	254	255 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	175	210 <sup>r</sup>	179 <sup>r</sup>	201 <sup>r</sup>	221 <sup>r</sup>	202	195	224	239 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	219	234	219	237	249	259	251	277	273 <sup>p</sup>
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	154	165	184	196	197	200	197	209	208 <sup>p</sup>
Chemische Industrie	1962 = 100	256	276	251	272	286	306	298	327	321 <sup>p</sup>
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	280	288	258	269	289	316	278	311	313 <sup>p</sup>
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	237	242	221	216	215	324	267	265	268 <sup>p</sup>
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	162	170	159	177	181	164	174	193	192 <sup>p</sup>
Schuhindustrie	1962 = 100	111	108	115	121	112	94	109	108	102 <sup>p</sup>
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	162	178	147	176	206	150	165	181	213 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	148	157	171	183	176	173	167	184	186 <sup>p</sup>
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	103	.	.	.	103	...
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	181	207	.	206	.	.	.	228	...
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	177	208	.	210	.	.	.	237	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	233	176	110	117	188	149	150	156	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 039	1 181	1 108	1 137	1 256	1 180	1 191	1 241	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	332	330	262	285	378	339	331	246	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	928	1 015	946	960	1 052	978	999	1 040	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,7	0,6	0,2	0,3	0,5	0,2	0,2	0,4	0,6
Gasbezug 4)	Mill. cbm	118	192	89	137	185	189	165	219	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	118	193	89	138	185	189	166	219	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 398	89 276	91 355	91 226	90 100	90 436	90 569	90 442	...
Facharbeiter	Anzahl	48 493	48 428	49 277	49 354	48 686	49 584	48 816	48 796	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 582	26 438	27 701	27 373	26 892	26 183	26 856	26 630	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 871	13 257	15 035	16 077	14 823	13 973	14 764	14 852	...
Privater Bau	1 000	7 113	7 511	8 449	9 039	8 340	8 182	8 662	6 699	...
* Wohnungsbau	1 000	4 623	4 906	5 501	5 931	5 651	5 462	5 921	5 903	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	164	143	177	199	145	156	149	158	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 326	2 462	2 771	2 909	2 544	2 564	2 592	2 638	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 758	5 746	6 586	7 038	6 483	5 791	6 102	6 153	...
Hochbau	1 000	1 311	1 427	1 599	1 728	1 683	1 361	1 481	1 513	...
Tiefbau	1 000	4 447	4 319	4 987	5 310	4 800	4 430	4 621	4 640	...
Straßenbau	1 000	2 180	2 007	2 450	2 551	2 260	2 098	2 203	2 200	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	100	115	130	133	130	137	145	142	...
* Löhne	Mill. DM	90	103	119	122	118	124	132	129	...
* Gehälter	Mill. DM	10	12	11	11	12	13	13	13	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	256	325	320	319	439	317	349	361	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1972 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 143	1 314	1 554	1 507	1 438	1 463	1 887	1 549	1 518
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 034	1 178	1 386	1 352	1 302	1 315	1 682	1 401	1 322
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 244	1 489	1 890	1 625	1 578	1 585	2 441	1 718	2 008
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	151	203	269	225	209	243	333	261	315
* Wohnfläche	1 000 qm	213	255	333	280	249	274	380	302	359
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	273	251	266	251	303	260	307	250	288
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 279	1 186	947	1 195	1 409	1 074	1 056	1 007	1 105
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	99	126	101	114	132	127	103	103	136
* Nutzfläche	1 000 qm	207	200	174	220	246	167	204	173	202
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 479	2 997	4 050	3 237	2 893	3 234	4 517	3 436	4 478
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	116	122	124	.	.	.	124	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	155	175	178	.	.	.	191	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	158	176	180	.	.	.	196	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	158	179	184	.	.	.	200	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	149	164	168	.	.	.	178	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	154	170	174	.	.	.	184	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	124	132	133	.	.	.	138	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	164	180	184	.	.	.	202	.	.
Deckenputz	1962 = 100	162	174	177	.	.	.	195	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	171	185	187	.	.	.	208	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	139	153	158	.	.	.	173	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	151	170	170	.	.	.	180	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	566,3	633,4	568,9	612,7	646,0	682,7	688,3	722,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	18,8	20,1	21,1	20,3	20,1	22,3	26,9	30,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	547,4	613,3	547,8	592,5	625,8	660,4	661,4	691,6	...
* Rohstoffe	Mill. DM	9,7	10,1	9,7	10,2	9,4	9,3	9,5	10,6	...
* Halbwaren	Mill. DM	29,6	36,2	30,0	30,8	35,9	36,3	35,5	32,2	...
* Fertigwaren	Mill. DM	508,2	567,1	508,1	551,6	580,6	614,8	616,3	648,8	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	195,9	211,8	188,4	209,5	215,3	211,1	228,5	249,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	312,3	355,3	319,7	342,1	365,3	403,7	387,4	399,4	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	217,6	253,3	206,8	250,4	251,5	264,8	245,7	280,0	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	38,9	43,6	36,6	44,1	43,5	47,5	47,9	50,0	...
Frankreich	Mill. DM	83,0	101,9	84,7	98,4	96,6	104,7	83,7	109,9	...
Italien	Mill. DM	47,6	54,7	37,4	53,4	56,1	67,1	56,7	64,8	...
Niederlande	Mill. DM	48,2	53,2	48,2	54,4	55,3	45,5	57,4	55,3	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	120,4	136,0	118,3	131,9	157,4	140,7	154,4	156,9	...
Dänemark	Mill. DM	12,3	13,1	12,5	11,9	15,6	13,6	14,5	15,7	...
Großbritannien	Mill. DM	22,7	29,4	22,2	28,6	37,9	34,4	37,4	39,3	...
Österreich	Mill. DM	23,3	26,1	23,0	25,5	31,7	27,3	30,2	33,2	...
Schweden	Mill. DM	17,0	16,9	16,5	16,8	16,7	14,4	21,5	19,2	...
Schweiz	Mill. DM	33,4	38,1	32,1	37,2	42,7	38,2	41,1	39,5	...
USA und Kanada	Mill. DM	36,7	45,5	65,2	47,3	40,9	45,1	55,3	68,1	...
Ostblockländer	Mill. DM	23,0	22,2	21,0	16,9	20,8	36,8	30,4	36,4	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	390,8	455,8	408,5	448,9	497,3	439,8	436,7	498,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	62,1	74,1	62,2	72,9	81,4	60,5	66,6	77,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,7	381,7	346,3	376,0	415,9	379,3	370,1	420,6	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	97	96	96	97	98	96	101	99	...
* Umsatz	1962 = 100	158	170	152	164	180	182	184	180	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	229	241	206	214	248	258	249	240	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	138	131	134	141	171	169	159	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	146	161	119	152	199	163	158	170	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	170	189	181	200	206	197	212	209	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	152	153	142	140	150	141	172	158	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	154	181	156	185	198	175	168	173	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	113	113	121	118	120	118	128	117	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	197	211	246	244	239	249	285	257	...
* Umsatz	1962 = 100	162	174	210	210	209	234	239	214	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	212	246	372	390	361	410	402	445	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	156	164	196	196	195	221	227	195	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	244	257	413	409	354	411	386	436	...
* Auslands Gäste	1 000	58	56	123	87	47	142	107	90	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	888	949	1 635	1 466	1 104	1 798	1 581	1 549	...
* Auslands Gäste	1 000	131	131	272	178	100	399	272	194	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 311	3 150	3 779	3 326	2 754	3 567	3 634	3 244	...
* Gütereingang	1 000 t	1 582	1 547	1 838	1 585	1 435	1 694	1 685	1 617	...
* Güterversand	1 000 t	1 729	1 603	1 941	1 741	1 319	1 873	1 694	1 627	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 594	4 358	4 545	4 571	4 646	4 102	3 668	4 443	4 489
Ladung	1 000 t	2 836	2 764	3 139	2 792	1 759	3 331	2 821	2 567	1 788
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	87	67	72	65	41	83	80	59	42
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 894	4 709	4 928	4 852	5 264	4 438	4 190	4 637	5 205
Ladung	1 000 t	1 464	1 182	1 386	1 244	818	1 267	1 402	1 095	783
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	85	62	67	61	37	80	76	54	38
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr- zeuge	Anzahl	11 108	11 440	8 040	10 814	11 340	10 867	9 398	9 982	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	47	93	146	86	56	244	211	130	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	9 856	10 198	7 059	9 562	10 137	9 659	8 381	8 836	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	696	687	510	679	676	608	447	569	...
Zugmaschinen	Anzahl	450	398	277	412	409	311	294	393	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	366	416	353	287	283	722	367	271	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	24 891	26 272	21 708	28 609	30 250	23 992	24 023	29 213	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 307	22 828	19 408	24 087	26 195	21 277	20 643	23 770	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 182	2 997	1 758	3 935	3 541	1 956	2 677	4 776	...
Berufsverkehr	1 000	747	844	851	1 106	932	802	724	1 113	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	402	447	542	587	514	759	703	667	...
Ausflugsfahrten	1 000	93	97	140	133	111	255	146	137	...
Ferienziel - Reisen	1 000	1	2	5	3	1	5	6	5	...
Mietwagenverkehr	1 000	308	348	397	451	402	499	551	525	...
Wagenkilometer	1 000	11 020	11 705	11 903	13 518	12 282	12 212	12 945	14 478	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	7 399	7 235	7 394	7 622	7 957	7 605	7 811	7 666	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 871	1 825	2 018	2 066	2 032	2 147	2 102	2 044	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 528	5 410	5 376	5 556	5 925	5 458	5 709	5 622	...
bis 1 000 DM bei jedem Betei- ligten	Anzahl	4 627	4 393	4 338	4 518	4 751	4 252	4 493	4 350	...
über 1 000 DM bei einem Betei- ligten	Anzahl	900	1 017	1 038	1 038	1 174	1 206	1 216	1 272	...
* Getötete Personen	Anzahl	100	103	109	121	116	132	101	114	...
Pkw - Insassen	Anzahl	54	55	56	61	61	78	56	63	...
Fußgänger	Anzahl	27	28	22	30	27	23	14	22	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 720	2 639	3 019	3 021	2 939	3 185	3 051	2 955	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 813	1 769	1 999	1 902	1 935	2 098	1 920	1 938	...
Fußgänger	Anzahl	370	319	287	343	357	306	336	318	...
Schwerverletzte	Anzahl	924	913	1 093	1 049	1 011	1 177	1 110	1 040	...
Pkw - Insassen	Anzahl	528	552	646	602	623	731	627	588	...
Fußgänger	Anzahl	182	162	163	180	185	146	166	166	...
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	37 629	42 452	40 511	43 511	47 809	37 590	37 486	39 431	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 129	1 137	1 032	1 117	1 194	838	1 006	1 093	...
Telegramme	1 000	60	51	56	52	48	42	42	39	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1068 962	1101 076	1058 831	1043 710	1040 857	1159 714	1143 666	1070 913	...
Lastschriften	1 000 DM	1065 972	1101 741	1042 888	1043 556	1038 560	1149 556	1144 951	1090 655	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	15 671	18 444	22 010	18 689	17 679	27 253	24 279	21 210	...
Auszahlungen	1 000 DM	15 635	20 753	23 016	23 567	22 480	26 070	26 890	26 081	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 096	1 073	1 066	1 067	1 069	1 090	1 092	1 093	...
Fernsehrundfunk	1 000	938	956	947	948	950	976	976	978	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehnehmer.



# Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	19 655	22 898	21 518	21 922	22 103	24 502	24 695	25 203	25 520
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	19 346	22 590	21 208	21 606	21 781	24 223	24 416	24 930	25 242
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 061	5 658	5 363	5 494	5 472	5 890	5 844	6 094	6 168
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 936	5 479	5 207	5 300	5 303	5 716	5 689	5 914	6 020
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	125	179	156	194	169	175	156	179	147
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 088	2 906	2 632	2 687	2 739	3 043	3 115	3 161	3 206
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 959	2 670	2 410	2 460	2 509	2 740	2 800	2 841	2 873
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	129	236	222	227	230	303	315	320	332
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	12 197	14 026	13 213	13 425	13 571	15 290	15 456	15 676	15 869
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 707	10 862	10 293	10 497	10 583	11 733	11 864	12 055	12 204
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 490	3 164	2 920	2 928	2 987	3 557	3 592	3 621	3 664
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	17 801	20 581	19 296	19 333	19 646	22 059	22 279	22 301	22 486
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 898	7 125	6 663	6 642	6 875	7 808	7 900	7 852	7 919
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 824	5 963	5 353	5 409	5 621	6 440	6 465	6 458	6 541
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 074	1 162	1 310	1 233	1 254	1 368	1 435	1 393	1 377
* Spareinlagen	Mill. DM	10 493	12 013	11 189	11 242	11 323	12 787	12 912	12 980	13 093
* bei Sparkassen	Mill. DM	6 650	7 502	6 996	7 020	7 068	7 901	7 970	8 001	8 064
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	587	678	648	588	594	793	695	612	684
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	498	557	535	541	516	700	572	546	571
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	16	21	16	21	17	12	14	17
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 668	6 041	2 844	6 755	21 742	2 013	2 049	1 182	3 324
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	3	-	-	-	-	1	2
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 652	1 578	1 580	1 572	1 512	1 600	1 502	1 410	1 622
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	4 041	4 101	4 093	3 879	5 323	4 931	3 787	4 658
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	394 473	454 593	417 948	555 811	405 988	391 652	519 309	670 087	462 651
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	254 214	290 364	258 343	406 480	208 023	177 829	356 368	500 514	241 467
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	143 909	179 517	217 848	150 567	173 144	143 247	249 223	193 593	197 548
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	15 749	26 593	71 220	-	-	-	84 380	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	62 924	70 011	4 384	190 012	26 199	25 808	9 779	224 059	34 454
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 478	9 032	5 684	664	2 642	6 163	60 791	- 1 045	2 181
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	38 904	31 805	30 427	65 237	6 038	2 611	36 575	83 907	7 284
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 879	8 341	19 033	-	-	-	28 317	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	140 259	164 228	159 605	149 331	197 965	213 823	162 941	169 573	221 184
* Umsatzsteuer	1 000 DM	104 655	124 447	120 255	116 491	135 027	126 326	125 221	131 784	151 190
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	35 604	39 781	39 350	32 840	62 938	87 497	37 720	37 789	69 994
* Bundessteuern	1 000 DM	87 188	94 786	106 843	99 320	82 796	108 086	90 281	99 707	108 421
* Zölle	1 000 DM	10 773	8 301	6 789	6 374	11 647	12 351	5 409	5 631	13 867
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	68 394	77 709	93 900	80 838	64 779	91 058	79 240	82 202	89 762
* Landessteuern	1 000 DM	38 529	40 669	53 562	30 912	32 972	38 399	59 855	37 516	35 236
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 801	9 302	24 431	- 356	1 697	1 492	25 466	1 189	1 208
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	19 391	21 027	17 878	20 458	21 303	26 626	22 310	24 773	23 905
* Biersteuer	1 000 DM	5 531	5 751	7 101	6 910	5 944	6 436	6 888	6 987	5 779
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	208 603	239 504	.	249 835	.	.	.	303 038	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 522	8 597	.	10 164	.	.	.	10 628	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	28 967	30 745	.	37 441	.	.	.	42 420	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	137 583	163 951	.	166 348	.	.	.	206 837	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 664	14 661	.	14 809	.	.	.	16 594	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	307 170	348 440	335 611	383 593	341 511	357 072	360 186	432 058	391 527
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	113 615	179 399	90 058	77 080	160 054	221 021	104 494
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	98 181	114 960	111 724	104 532	138 576	139 001	105 926	111 056	142 948
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	3 429	342	30 081	32 905	3 925	274	35 664
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	221 504	248 273	238 028	291 748	219 954	224 309	304 702	335 857	263 726
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	113 615	179 399	90 058	77 056	160 025	221 021	104 472
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	61 173	68 910	67 422	81 095	66 843	75 949	80 897	77 046	88 354
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	3 429	342	30 081	32 905	3 925	274	35 664
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	229 964	282 132	.	276 480	.	.	.	337 850	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	82 544	98 274	.	102 256	.	.	.	132 916	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	76 400	108 305	.	90 737	.	.	.	108 733	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	261	288	.	.	295	318	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	286	314	.	.	322	347	.	.	...
* Facharbeiter	DM	304	335	.	.	344	369	.	.	...
* Angelernte Arbeiter	DM	278	305	.	.	312	335	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	238	262	.	.	268	294	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	170	190	.	.	195	210	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	160	180	.	.	184	199	.	.	...
Bruttostundenverdienste	DM	5,85	6,54	.	.	6,69	7,22	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	6,26	6,99	.	.	7,15	7,71	.	.	...
* Facharbeiter	DM	6,65	7,43	.	.	7,61	8,21	.	.	...
* Angelernte Arbeiter	DM	6,09	6,78	.	.	6,92	7,45	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	5,22	5,85	.	.	6,00	6,48	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	4,18	4,72	.	.	4,81	5,22	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	3,91	4,44	.	.	4,51	4,90	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,5	43,8	.	.	44,1	44,0	.	.	...
Männliche Arbeiter	Std.	45,6	45,0	.	.	45,1	45,0	.	.	...
Weibliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	.	.	40,4	40,3	.	.	...
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	40,2	38,4	.	.	40,2	34,9	.	.	...
Männliche Arbeiter	Std.	41,2	39,3	.	.	41,0	36,4	.	.	...
Weibliche Arbeiter	Std.	36,3	34,5	.	.	37,0	29,2	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 388	1 540	.	.	1 570	1 696	.	.	...
* männlich	DM	1 250	1 388	.	.	1 413	1 531	.	.	...
* weiblich	DM	1 515	1 672	.	.	1 700	1 839	.	.	...
Technische Angestellte	DM	961	1 078	.	.	1 100	1 197	.	.	...
* männlich	DM	1 615	1 783	.	.	1 822	1 950	.	.	...
* weiblich	DM	1 665	1 835	.	.	1 875	2 007	.	.	...
* weiblich	DM	1 106	1 248	.	.	1 281	1 371	.	.	...
im Handel, Kredit und Versicherungs-										
Kaufmännische Angestellte	DM	943	1 052	.	.	1 066	1 170	.	.	...
* männlich	DM	938	1 046	.	.	1 060	1 161	.	.	...
* weiblich	DM	1 235	1 379	.	.	1 397	1 513	.	.	...
* weiblich	DM	736	824	.	.	836	926	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 181	1 312	.	.	1 335	1 448	.	.	...
* männlich	DM	1 070	1 189	.	.	1 207	1 313	.	.	...
* weiblich	DM	1 371	1 521	.	.	1 543	1 668	.	.	...
Technische Angestellte	DM	820	917	.	.	932	1 023	.	.	...
* männlich	DM	1 590	1 767	.	.	1 806	1 927	.	.	...
* weiblich	DM	1 644	1 820	.	.	1 859	1 983	.	.	...
* weiblich	DM	1 071	1 228	.	.	1 261	1 346	.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 113	1 124	1 128	1 131	1 130	1 126	1 135	1 119	1 115
Pflichtmitglieder	1 000	672	677	680	683	681	672	681	682	682
Rentner	1 000	350	361	361	361	362	368	368	368	366
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,1	4,8	4,3	4,8	5,0	4,4	4,9	5,0	5,1
Männer	%	5,2	4,9	4,4	4,9	5,0	4,5	5,0	5,1	5,2
Frauen	%	4,9	4,6	4,1	4,7	4,8	4,0	4,5	4,7	4,8
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	368 909	381 361	382 238	384 269	385 256	395 070	396 117	396 604	398 305
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	102 883	111 773	112 258	113 515	114 110	122 849	123 267	123 695	124 295
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 988	8 462	4 851	4 955	5 133	6 231	5 844	5 830	6 101
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 154	7 728	4 143	4 241	4 483	5 221	4 911	4 925	5 152
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	3 937	5 273	3 591	2 255	2 844	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	3 700	4 924	3 177	2 030	2 510	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	160	157	.	156	.	.	.	152	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	34 078	36 458	36 516	36 092	36 370	38 117	38 045	38 090	38 256

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	60 651	61 281 <sup>p</sup>	61 339 <sup>p</sup>	61 388 <sup>p</sup>	61 449 <sup>p</sup>	61 674 <sup>p</sup>	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	37 043	35 951 <sup>p</sup>	46 146 <sup>p</sup>	43 400 <sup>p</sup>	36 181 <sup>p</sup>	39 233 <sup>p</sup>	37 763 <sup>p</sup>	41 265 <sup>p</sup>	38 659
Lebendgeborene 2)	Anzahl	67 567	64 709 <sup>p</sup>	65 957 <sup>p</sup>	63 519 <sup>p</sup>	63 445 <sup>p</sup>	61 547 <sup>p</sup>	60 463 <sup>p</sup>	58 260 <sup>p</sup>	54 496
Gestorbene 3)	Anzahl	61 237	60 617 <sup>p</sup>	59 216 <sup>p</sup>	56 532 <sup>p</sup>	55 777 <sup>p</sup>	56 890 <sup>p</sup>	59 402 <sup>p</sup>	56 932 <sup>p</sup>	55 330
Geburtenüberschuß	Anzahl	6 330	4 092 <sup>p</sup>	6 741 <sup>p</sup>	6 987 <sup>p</sup>	7 668 <sup>p</sup>	4 657 <sup>p</sup>	1 061 <sup>p</sup>	1 328 <sup>p</sup>	- 834
Arbeitslose	1 000	149	185	142	146	147	190	197	198	195
Männer	1 000	93	101	69	71	71	100	106	107	102
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 969	19 985	.	.	21 501	20 070	.	.	21 376
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	293	308	289	312	314	277	275	288	281
Milcherzeugung	1 000 t	1 821	1 764	1 931	1 796	1 583	2 024	1 941	1 832	1 630
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 603	8 538	8 530	8 551	8 565	8 320	8 320	8 345	8 352
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 020	977	955	897	1 002	952	878	883	933
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44 072	46 919	46 820	42 899	50 895	51 255	46 800	47 194	52 078
Auslandsumsatz	Mill. DM	8 506	9 166	9 434	7 896	10 052	10 264	9 246	8 954	10 544
Produktionsindex (von Kalendernunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	157	160	151	140	162	169	154	143	168 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	158	161	151	139	162	169	153	143	168 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	157	159	150	138	161	168	152	141	166 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	193	205	172	170	191	196	187	191	219 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	99	102	93	92	98	91	84	84	91 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	161	163	154	141	165	173	157	145	171 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	179	182	180	174	185	200	188	181	197 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	160	159	148	122	160	167	144	126	159 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	148	154	136	130	158	160	144	134	172 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	139	146	139	138	144	146	142	135	147 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	139	141	156	149	162	168	160	149	168 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 273	9 233	8 690	8 919	9 259	8 643	7 714	8 558	8 313
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 981	8 454	8 539	8 364	8 720	8 843	9 195	9 052	9 101
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 802	2 499	2 677	2 579	2 497	2 794	2 809	2 795	2 726
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 698	3 305	3 568	3 385	3 281	3 806	3 764	3 830	3 723
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 686	2 393	2 567	2 500	2 490	2 728	2 562	2 866	2 745
Stromerzeugung	Mill. kWh	20 218	21 379	19 297 <sup>r</sup>	18 995 <sup>r</sup>	20 504	20 054 <sup>r</sup>	19 519 <sup>r</sup>	...	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 804	6 878	6 372	6 208	6 412	6 366	6 319	6 471	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 529	1 550	1 588	1 594	1 589	1 544	1 546	1 554	1 546
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	231	242	231	253	237	221	222	230
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 602	6 061	5 647	5 786	6 285	6 254	6 083	6 296	6 366
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	50 780	58 809	66 400	68 815	66 895	75 178	72 410	70 157	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	170	188	190	166	182	195	197	194	198
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	...	...	...	...	112	104	111	113
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	138	148	165	169	161	164	174	175	169
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	9 134	10 010	10 412	8 988	9 783	11 200	10 019	10 038	10 490
Ausfuhr	Mill. DM	10 440	11 333	11 808	10 323	11 707	12 435	11 642	11 340	12 114
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 306	1 323	1 397	1 335	1 924	1 234	1 623	1 342	1 623

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	92	94	87	90	93	90	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	100	96	108	104	99	115	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	100	96	99	90	92	100	90	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	104	106	95	108	104	103	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	100	103	90	84	106	105	89	...	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	36 889	40 292	39 208	38 631	38 456	42 715	43 504	42 995	43 327 <sup>P</sup>
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	525 242	594 686	552 886	559 060	566 811	631 165	634 047	638 348	648 867 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	431 125	490 915	455 823	461 417	469 059	524 433	526 533	530 187	539 790 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	94 117	103 771	97 063	97 643	97 759	106 732	107 514	108 161	109 077 <sup>P</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	441 415	501 359	464 368	468 557	471 710	523 054	526 743	530 009	534 100 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	203 491	230 284	213 303	214 985	215 724	243 119	245 002	246 628	247 756 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	131,7	132,9	136,6	137,0	129,7	153,3	153,5	158,9	154,7
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	81,5	80,4	77,8	77,6	78,2	78,7	78,0	78,0	78,1
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 152	5 865	4 182	4 326	9 438	9 429	4 568	5 208	11 005
Lohnsteuer	Mill. DM	2 924	3 567	3 330	3 809	3 752	3 461	3 502	4 639	4 332
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 177	3 575	3 484	3 609	3 267	3 543	3 949	3 737	3 701
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 232	2 572	2 410	2 604	2 355	2 510	2 808	2 754	2 678
Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	2 065	2 209	2 246	2 272	2 252	2 453	2 484	2 473	2 438
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	99,2	100,2	102,4	112,5	113,1 <sup>P</sup>	113,9 <sup>P</sup>	115,4 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	113,9	114,0	114,5	120,5	120,2	120,2	121,0
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	107,5	112,5	113,0	113,0	113,1	115,7	116,0	116,3	117,1
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	147,4	162,7	.	165,3	.	.	.	175,9	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	115,6	124,8	.	126,5	.	.	.	127,1	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	130,4	130,9	130,8	131,4	137,4	138,2	138,2	139,6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	121,8	123,0	122,1	122,4	129,1	130,3	129,5	131,6
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	122,8	122,7	123,2	124,4	129,7	130,1	130,6	131,8
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	173,1	173,7	174,4	175,1	182,3	183,1	184,1	185,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	135,5	134,3	134,3	136,3	141,0	141,8	143,0	144,7
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	120,7	120,5	119,9	120,5	126,3	125,9	125,2	126,0
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	125,4	125,8	126,2	127,4	132,6	134,7	134,8	135,2
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	150,1	150,7	151,3	151,9	159,3	160,7	161,5	162,2
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	136,4	136,6	137,3	137,9	141,9	142,4	142,5	143,1
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	126,8	126,0	128,7	128,8	131,0	131,3	133,8	134,3
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	130,4	131,2	131,1	131,7	137,4	138,5	138,5	140,0
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	108,6	111,2 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,1	112,3 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,9	113,0 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	111,3	113,4 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,1	98,6 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,9	99,1 <sup>x</sup>	.	.	.	...	.	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).



### Produktionssteigerung der Industrie im 3. Quartal 1972

Ebenso wie in den beiden ersten Quartalen konnte auch für die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie im dritten Vierteljahr 1972 gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres wiederum ein spürbarer Anstieg verzeichnet werden (Industrie insgesamt + 9,4%, ohne Bau und Energie + 9,6%), während sowohl bei den Beschäftigten (— 1,1%) als den geleisteten Arbeiterstunden (— 4,1%) jeweils rückläufige Tendenzen zu beobachten waren. Für die Lohn- und Gehaltssumme sowie den Umsatz ergaben sich mit + 7,4 bzw. + 8,7% beträchtliche Wachstumsquoten; der Auslandsumsatz expandierte mit + 14,6% noch stärker. In diesen Entwicklungsverläufen spiegeln sich neben den Auswirkungen der allgemeinen Lohn- und Preissteigerungen gleichermaßen auch die seitens der heimischen Industrie im Berichtsjahr erzielten Produktivitäts- und Rationalisierungserfolge wider. pe

### Rückläufige Investitionstätigkeit 1971

Während sich im Jahre 1971 die Zahl der rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr — jeweils auf den 30. September als Stichtag bezogen — um + 0,6% auf 1 029 Einheiten leicht erhöhte, war für den Beschäftigtenstand eine bereits merkliche Abnahme um — 0,7% auf 314 804 Personen zu verzeichnen. Der Umsatz, welcher bei einem 4,6%igen Preisanstieg der industriellen Produkte mit einer Wachstumsquote von + 8,2% expandierte, belief sich auf knapp 23,5 Mrd. DM; die Summe der Bruttoanlageinvestitionen ging hingegen um 20,3% auf rund 1,6 Mrd. DM stark zurück. Angesichts der für das Vorjahr ermittelten Veränderungsdaten (+ 1,6 und + 3,1 sowie + 13,7 und + 23,7%) wird deutlich, daß das Wachstum der in Rheinland-Pfalz ansässigen Industrieunternehmen im Berichtsjahr merklich schwächer war. Diese alles in allem rückläufige Tendenz findet auch in der relativ geringen Höhe der im Jahre 1971 als Investitionsintensität und -quote errechneten Dichterelationen ihren Niederschlag. Während in den letzten beiden Vorjahren seitens der heimischen Industrieunternehmen durchschnittlich 5 320 bzw. 6 390 DM je Beschäftigten investiert wurden, ergab sich für 1971 lediglich eine Investitionsintensität von 5 120 DM je tätige Person. Die Investitionsquote bzw. der Anteil der Investitionen am Umsatz belief sich im Berichtsjahr auf nur 6,9%, wogegen für 1969 und 1970 entsprechende Raten von 8,6 bzw. 9,3% festgestellt werden konnten. pe

### Rückläufige Beschäftigung und Arbeitsleistung im Bauhauptgewerbe

Beim Bauhauptgewerbe des Landes Rheinland-Pfalz waren während des 3. Vierteljahres 1972 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum sowohl für den Beschäftigtenstand (— 0,9%) als auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (— 6,8%) jeweils Rückgänge zu verzeichnen. Insbesondere durch die gerade auf dem Bausektor überdurchschnittlich ins Gewicht fallenden Kosten- und Preissteigerungen, wurden demgegenüber bei den Löhnen und Gehältern sowie beim Umsatz merkliche Steigerungsquoten von + 6,7 bzw. + 7,6%

festgestellt. Bezogen auf das Bundesgebiet ließen sich bei entsprechenden Veränderungsdaten von — 2,7 und — 7,4 sowie + 4,1 und + 5,8% in etwa gleichartige Entwicklungsverläufe erkennen, worunter allerdings der Grad der Beschäftigtenabnahme noch wesentlich stärker ausgeprägt war als auf Landesebene.

Auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres ergab sich für das Beschäftigtenvolumen des heimischen Bauhauptgewerbes bezüglich der Vergleichsspanne des Jahres 1971 eine rückläufige Tendenz (— 1,4%), während die Arbeitsleistung unverändert blieb. Die monetären Größen, die Löhne und Gehälter sowie Umsatz waren hingegen mit Relationen von + 11,4 und + 4,3% weiterhin expansiv. pe

### Beträchtliche Ausweitung des Außenhandels auch im 3. Quartal 1972

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft setzte im 3. Vierteljahr 1972 Waren im Wert von annähernd 2,1 Mrd. DM auf den Auslandsmärkten ab, wobei sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal eine Steigerung um 13,5% ergab. Die Einfuhr erhöhte sich hingegen mit knapp 1,4 Mrd. DM um 5,2%. Der Export von Gütern der gewerblichen Wirtschaft, welcher sich auf rund 2,0 Mrd. DM belief, nahm um 13,2% zu (Import: 1,2 Mrd. DM bzw. + 5,9%). Während hier lediglich die Ausfuhr von Rohstoffen und die Einfuhr von Halbwaren zurückgingen (— 3,2 bzw. — 5,9%), konnten für alle anderen wichtigeren Warengruppen Zunahmen verzeichnet werden. Seitens des Exports wurde die höchste Wachstumsquote für Erzeugnisse des Maschinenbaues festgestellt (470,8 Mill. DM bzw. + 38,6%). Auch beim Warenimport hatte sich der Maschinenbau überdurchschnittlich plazierte (230,4 Mill. DM, + 9,3%).

Nach Wirtschaftsräumen differenziert, entfielen bei der Ausfuhr 790 Mill. DM (+ 10,3%) und bei der Einfuhr 804 Mill. DM (+ 6,3%) auf die Partnerstaaten der EWG. Dabei verlagerte sich in den Außenhandelsbeziehungen zum Nachbarland Frankreich der Schwerpunkt sichtlich zugunsten des Imports. Während hier die rheinland-pfälzische Ausfuhr unverändert blieb, stieg die Einfuhr beträchtlich, und zwar um + 13,2% auf 305 Mill. DM. Demgegenüber konnte das Volumen der nach Italien exportierten Güter um 33,1% auf 188 Mill. DM stark ausgeweitet werden, während jedoch der Importwert (177 Mill. DM) stagnierte. Der Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten war auf der Ausfuhrseite leicht (— 1,5%), auf der Einfuhrseite hingegen stark (— 23,4%) rückläufig. Die Außenhandelsbeziehungen zur Gesamtheit der EFTA-Länder entwickelte sich im ganzen sehr günstig (Export: 452 Mill. DM bzw. + 17,9%; Import 144 Mill. DM bzw. + 11,8%). pe

### Berichtigung

Wir bitten darum, den Druckfehler im Heft 10/1972, Seite 250, zu korrigieren. Der Satz in der fünften und sechsten Zeile von oben (linke Spalte) muß richtig heißen: „Im Landesdurchschnitt hatten noch 11,6% der Sozialwohnungen ein Bad ohne Zentralheizung“.



### **Zunehmende Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße**

Das für 1971 innerhalb von Rheinland-Pfalz registrierte gesamte Güterverkehrsvolumen ohne gewerblichen Nahverkehr mit Kraftfahrzeugen belief sich beim Versand auf 45,1 Mill. t und beim Empfang auf 38,7 Mill. t, woraus sich Veränderungsquoten zum Vorjahr von  $-0,2$  bzw.  $+2,1\%$  errechnen. Per Eisenbahn gelangten im Jahre 1971 Güter von annähernd 13,3 Mill. t zum Versand, während sich der Wert auf der Empfangsseite auf etwa 9,7 Mill. t belief. Damit waren für beide Sparten im Vergleich zu 1970 merkliche Rückgänge, und zwar um  $-3,1$  bzw.  $-5,5\%$  zu verzeichnen. Demgegenüber konnte der Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen sowohl beim Versand (12,1 Mill. t) als auch beim Empfang (10,4 Mill. t) jeweils starke Ausweitungen um  $+10,5$  bzw.  $+19,7\%$  verbuchen. Für die Binnenschifffahrt ergaben sich hier Resultate von 19,7 Mill. t bzw.  $-4,2\%$  sowie 18,6 Mill. t bzw.  $-2,2\%$ , was hauptsächlich auf die geringe Wasserführung des Rheins und seiner Nebenflüsse zurückzuführen ist. Auf Bundesebene wurden ähnliche Entwicklungstendenzen beobachtet. pe

### **Sozialhilfeempfänger 1971**

75 600 Personen — das sind etwa zwei Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes — wurden im Laufe des Jahres 1971 mit insgesamt 193 Mill. DM in Form laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen oder in Form mehrerer Hilfearten unterstützt. Zwei Drittel des Empfängerkreises waren Frauen. Im erwerbsfähigen Alter befand sich nur etwa ein Drittel aller Hilfebedürftigen Personen.

An fast 50 000 Personen — das sind  $8\%$  mehr als 1970 — wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt, rund 39 000 Personen erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt. Von 20 000 Sozialhilfeempfängern, die in Anstalten betreut wurden, gehörten 18 000 zum Kreis der Personen, denen Hilfe in besonderen Lebenslagen zugute kam. Der Anteil alleinstehender Haushaltsvorstände oder einzelner Personen in Haushalten an der Zahl aller Haushalte mit Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten betrug  $66\%$ .

Nach Ausgaben der Sozialhilfe je Empfänger dominieren die Hilfe zur Pflege (4481 DM), die Blindenhilfe (3576 DM) und die Tuberkulosehilfe (2113 DM). hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 299.

### **Ende September fast 13 Mrd. DM Spareinlagen**

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten des Landes stieg im Berichtszeitraum Juli bis September 1972 um 292 Mill. DM oder  $2,3\%$  auf nahezu 13 Mrd. DM an. Gemessen am Zuwachs des gleichen Vorjahreszeitraumes (246 Mill. DM) wurden sogar 46 Mill. DM oder  $18,7\%$  mehr angespart.

Von Januar bis Ende September dieses Jahres nahm die Sparkapitalbildung um weitere 967 Mill. DM zu, womit das Ergebnis im gleichen Vorjahresabschnitt (749 Mill. DM) um 218 Mill. DM oder  $29,1\%$  übertroffen wurde. Diese Entwicklung zeigt, daß trotz hoher Preissteigerungsraten, die durch die Zinsen nur teilweise wieder wettgemacht werden, der Sparer das Kontensparen nach wie vor bevorzugt.

Auf die prämienbegünstigten Spareinlagen entfielen Ende September 1 090 Mill. DM oder  $8,4\%$  des gesamten Sparvolumens. he

### **Zahl der Unfälle im 3. Quartal 1972 leicht gestiegen**

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen wurden im 3. Quartal dieses Jahres insgesamt 23 082 Unfälle polizeilich erfaßt. Obwohl damit der Stand des Vergleichsvierteljahres von 1971 um  $1,1\%$  leicht überschritten wurde, hat sich die im Laufe des 1. und 2. Quartals 1972 festzustellende starke Ausweitung des Unfallgeschehens erfreulicherweise nicht fortgesetzt. Die Häufigkeit der Unfälle mit Personenschaden (6 293 Fälle) blieb unverändert, während die Zahl der Getöteten von 367 auf 347 zurückging. Unter den Verletzten mußten sich 3 327 Personen einer stationären Krankenhausbehandlung unterziehen ( $+2,0\%$ ). Demgegenüber war die Zahl der Leichtverletzten, welche sich auf 5 864 belief, um  $-2,2\%$  rückläufig.

Innerhalb des 3. Vierteljahres 1972 nahm hinsichtlich der Unfallhäufigkeit der Monat August eine Sonderstellung ein. Während sich die Anzahl der Unfälle gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten im Juli um  $-2,7\%$  auf 7 605 verringerte und im September um  $0,6\%$  auf 7 666 erhöhte, stieg diese im August um  $5,6\%$  auf 7 811 beträchtlich an. Die Zahl der Unfälle mit schwerem Sachschaden erwies sich in allen drei Monaten als stark expansiv; hier bewegten sich die Zuwachsraten zwischen  $+17,1\%$  im August und  $+22,5\%$  im September 1972. Nicht zuletzt ist diese Entwicklung zum Teil auch auf den überdurchschnittlichen Anstieg der Instandsetzungspreise im Kraftfahrzeuggewerbe zurückzuführen. pe

### **Gemeindefinanzen im 3. Quartal 1972**

In den ersten drei Quartalen 1972 stiegen Steuereinnahmen, Bauinvestitionen und Schulden bei Gemeinden und Gemeindeverbänden gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres mit etwa den gleichen Prozentsätzen.

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen erhöhten sich um  $15\%$  auf 929 Mill. DM, wobei jedoch im 3. Vierteljahr allein ein Anstieg von  $22,2\%$  gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal festzustellen war. An diesem Zuwachs waren am stärksten die Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital (ohne Gewerbesteuerumlage) beteiligt, die mit einem Einnahmeanstieg von  $30\%$  gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres bei einem Anteil von  $39,3\%$  an den gesamten Steuereinnahmen des Quartals etwa die Hälfte der steuerlichen Mehreinnahmen von 61 Mill. DM decken; nicht ganz ein Drittel davon kommt durch den Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ein, der auf 109 Mill. DM gestiegen ist.

Die Schulden (ohne Kassenkredite) der Gemeindeverbände und der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (ohne Verbandsgemeinden) sind seit dem 30. 9. 1971 im Laufe eines Jahres um  $16,2\%$  auf 3,2 Mrd. DM gestiegen ( $3,1\%$  gegenüber dem 2. Quartal 1972), das entspricht annähernd dem Zuwachs der vergleichbaren Schuldbeträge des Vorjahres.

Wie im dritten Vierteljahr 1971 wurden auch im gleichen Zeitraum dieses Jahres etwa 226 Mill. DM in Bauten (einschließlich Wohnungsbauzuschüsse) investiert. Die Summe der Bauausgaben in den letzten drei Quartalen zusammengekommen liegt jedoch um  $15,1\%$  höher als in den ersten drei Quartalen 1971. vh



# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

## Inhaltsverzeichnis **1972**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



# Systematisches Inhaltsverzeichnis

## des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

### 25. Jahrgang 1972

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Heft Seite

Bevölkerungsentwicklung 1970 . . . . .	1	9
Bevölkerungsentwicklung 1971 . . . . .	11	260
Ausbildungsstand der Bevölkerung 1970 . . . . .	9	203
Quellen des Lebensunterhalts - Wandlungen im letzten Jahrzehnt . . . . .	12	286
Beteiligung am Erwerbsleben 1971 . . . . .	2	31
Erwerbstätige und Beschäftigte 1970 . . . . .	10	232
Berufs- und Ausbildungspendler 1970 . . . . .	7	147

#### Gesundheitswesen

Meldepflichtige Krankheiten 1971 . . . . .	3	58
Krankenhäuser 1971 . . . . .	12	294

#### Bildung und Kultur

Schüler und Studenten 1971/72 . . . . .	1	7
Berufsziele der Studierenden 1970/71 . . . . .	3	56
Berufsbildende Schulen 1971 . . . . .	7	154
Volkshochschulen 1971 . . . . .	11	264

#### Wahlen

Teilkommunalwahlen am 23. April 1972 . . . . .	5	93
--	---	----

#### Land- und Forstwirtschaft

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1971 . . . . .	1	1
Bodennutzung der Betriebe 1971 . . . . .	10	227
Bodennutzung 1971 . . . . .	1	3
Ernteaussichten für 1972 . . . . .	8	186
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1971 . . . . .	2	39
Anbauverhältnisse im Weinbau 1968 — 1971 . . . . .	3	48
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971 . . . . .	3	50
Viehhaltung 1971 . . . . .	11	268
Nutzviehhaltung 1971 . . . . .	6	125
Milch, Fleisch und Eier 1971 . . . . .	4	90

#### Industrie und Handwerk

Unternehmensstruktur der gewerblichen Wirtschaft 1970 . . . . .	6	128
Beschäftigtenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1970 . . . . .	5	110
Arbeitsstätten nach Gemeindegrößenklassen 1970 . . . . .	8	193
Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Bundesländern 1970 . . . . .	2	37
Industriestruktur 1967 . . . . .	9	223
Umsätze der Unternehmen 1970 . . . . .	10	236
Betriebsgrößenstruktur 1970 . . . . .	4	77
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1970 . . . . .	4	81
Industrie 1971 . . . . .	5	102
Öffentliche Abwasserbeseitigung 1969 . . . . .	2	26
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Industrie 1969 . . . . .	6	135
Förderungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe . . . . .	9	209



## Bau- und Wohnungswesen

Heft Seite

Bauhauptgewerbe 1971 . . . . .	4	73
Tiefbauaufträge 1961 — 1970 . . . . .	3	65
Tiefbau 1971 . . . . .	6	121
Nichtwohnbau 1951 — 1970 . . . . .	4	86
Hochbautätigkeit 1971 . . . . .	10	245
Sozialwohnungsbau 1953 — 1970 . . . . .	1	16

## Handel und Gastgewerbe

Struktur des Einzelhandels 1968 . . . . .	6	140
Struktur des Großhandels 1968 . . . . .	8	198
Handelsvermittlung 1968 . . . . .	9	219
Außenhandel 1950 — 1971 . . . . .	9	214
Struktur des Gastgewerbes 1968 . . . . .	10	250
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1971 . . . . .	7	161

## Verkehr

Unfallursachen 1970 . . . . .	1	14
Straßenverkehrsunfälle 1971 . . . . .	7	157

## Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfeempfänger 1971 . . . . .	12	299
Sozialhilfeaufwand 1971 . . . . .	5	116
Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 — 1970 . . . . .	2	21
Krankenkassen und Lohnfortzahlungsgesetz . . . . .	2	23
Einnahmen und Vermögen der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 — 1970 . . . . .	3	69
Kriegsopferfürsorge 1971 . . . . .	6	119
Öffentliche Jugendhilfe 1971 . . . . .	7	168

## Öffentliche Finanzen

Realsteuervergleich 1971 . . . . .	11	255
Öffentliche Verschuldung 1971 . . . . .	7	172
Umsätze der Unternehmen 1970 . . . . .	10	236

## Löhne und Gehälter

Verdienste und Arbeitszeiten 1971 . . . . .	3	61
Löhne und Gehälter der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer 1969 . . . . .	2	32
Personalkosten im Dienstleistungsgewerbe 1970 . . . . .	8	190

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose 1960 — 1972 . . . . .	8	177
Gesamtwirtschaftliche Struktur 1960 — 1969 . . . . .	5	96
Sozialprodukt 1960 — 1971 . . . . .	3	45
Produktionswerte und Vorleistungen 1960 — 1969 . . . . .	11	271
Nettoinlandsprodukt 1960 — 1969 . . . . .	10	243
Rheinland-Pfalz 1972 — Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung . . . . .	12	275



#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.



Band 235

## BETRIEBSVERHÄLTNISSE DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT IN RHEINLAND-PFALZ 1971

### Teil I: Betriebe, Rechtsformen, Bodennutzung, Viehhaltung

Umfang 345 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 16,50



Dieser Band enthält für Land, Regierungsbezirke und Landkreise die Ergebnisse der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 über die Größenstruktur der Betriebe, ihre Hauptproduktionsrichtungen und Rechtsformen, sowie die Bodennutzung und Viehhaltung. Dem umfangreichen Tabellenteil mit Größenklassengliederungen nach der Betriebsfläche, der Waldfläche und der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind eingehende methodische Vorbemerkungen über den Ablauf der gesamten Landwirtschaftszählung vorangestellt.

Gerade in einer Zeit tiefgreifender und vielfältiger Anpassungsvorgänge und -schwierigkeiten, die zur Zeit die Landwirtschaft nicht nur der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen, sind detaillierte Daten über die wirtschaftliche Lage der Betriebe für alle mit agrarpolitischen Fragen befaßten nationalen und supranationalen Stellen von besonderer Bedeutung.

#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) \* 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.